

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL
=====

Sonderparteitag der ÖVP
"Wir wirtschaften besser"

Freitag, 21. Februar 1986
in der Kurhalle Wien-Oberlaa
Wien 10, Kurbadstraße 10

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

I n h a l t

	Seite
<u>Beginn des Sonderparteitages</u>	1
<u>1. Eröffnung und Begrüßung</u>	
Bundesparteioibmann Dr. Alois Mock	1
Bundesparteioibmann-Stellvertreter Vizebürger-	
meister Dr. Erhard Busek	1
Vorsitzender Dr. Mock	13
<u>2. a) Feststellung der Beschlußfähigkeit</u>	
Vorsitzender Dr. Mock	14
<u>2. b) Genehmigung der Tagesordnung</u>	
Vorsitzender Dr. Mock	14
<u>2. c) Wahl des Tagungspräsidiums</u>	
Vorsitzender Dr. Mock	14
<u>2. d) Bestätigung der Mandatsprüfungskommission</u>	
Vorsitzender Dr. Ratzenböck	15
<u>3. Bundesparteioibmann Dr. Alois Mock:</u>	
<u>"Wir wirtschaften besser"</u>	
Vorsitzender Dr. Ratzenböck	15
Bundesparteioibmann Dr. Alois Mock	15
Vorsitzender Dr. Ratzenböck	39

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer	39
Zweiter Präsident des Nationalrates	
Abg. z. NR Dr. Marga Hubinek	40
Vorsitzender Dr. Haslauer	44
<u>4. Ministerpräsident Lothar Späth:</u>	
<u>"Aufschwung aus eigener Kraft"</u>	
Vorsitzender Dr. Haslauer	44
Ministerpräsident Lothar Späth	45
Vorsitzender Dr. Haslauer	63
<u>5. ÖVP-Wirtschaftsprogramm:</u>	
<u>"Mehr Chancen - mehr Fairneß"</u>	
Vorsitzender Dr. Krainer	63
<u>5. a) Präsentation durch Präsident Robert Graf</u>	
Präsident Robert Graf	68
Vorsitzender Dr. Krainer	91
<u>5. b) Diskussion</u>	
Vorsitzender Dr. Krainer	92
Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Rudolf Sallinger	92
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Herbert Kohlmaier	97

	Seite
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Josef Taus ..	100
Abgeordneter zum Nationalrat Präsident	
Ing. Alois Derfler	109
Johannes Hahn	112
Generaldirektor Dipl.-Ing. Manfred Leeb	116
Präsident Bertram Jäger	120
DDr. Franz Curt Fetzner	125
Generalsekretär der Industriellenvereinigung	
Prof. Dr. Herbert Krejci	130
Prof. Dr. Erich Streissler	132
Reinhold Lopatka	134
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Robert Lichal	135
Dkfm. Josef Böck	139
Landtagsabgeordnete Dr. Marilies Flemming	143
Prorektor Prof. Dr. Clemens August Andreae ...	145
Direktor Dipl.-Ing. Dr. Alfred Fahrnberger ...	147
Landeshauptmann Dr. Josef Krainer	152
Abgeordnete zum Nationalrat Rosemarie Bauer ..	156
Abgeordneter zum Nationalrat Präsident	
Ing. Karl Dittrich	158
Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler	162
Landesrat Arno Gasteiger	164
Vizepräsident Abgeordnete zum Nationalrat	
Ingrid Tichy-Schreder	165

	Seite
Landtagspräsident Waltraud Klasnic	167
Landtagsabgeordneter Rudolf Schwarzböck	168
Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Dr. Felix Ermacora	171
Abgeordneter zum Nationalrat Ferdinand Manndorff	172
Bezirksbauernkammerobmann Franz Kofler	174
Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Sixtus Lanner	176
Dr. Walter Höhnel	178
Franz Brandstätter	179
Landeskammerrat BB-Landesobmann Hans Schopf ..	181
Dr. N. Kernasenko	183
Abgeordneter Betriebsratsobmann Paul Burgstaller	184
<u>5. c) Beschlußfassung</u>	
Vorsitzender Dr. Busek	186
<u>6. Schlußwort: Bundesparteioobmann Dr. Alois Mock</u>	
Bundesparteioobmann Dr. Alois Mock	187
<u>7. Bundeshymne</u>	
Bundesparteioobmann Dr. Mock	189
<u>Schluß des Sonderparteitages</u>	189

Beginn des Sonderparteitages: 9 Uhr 45 Minuten
=====

1. Eröffnung und Begrüßung

Unter Marschmusik und Beifall der Delegierten ziehen die Vertreter des Präsidiums mit Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock sowie Zweiter Nationalratspräsident Dr. Marga Hubinek an der Spitze in die Kurhalle Wien-Oberlaa ein, wo an der Stirnwand die Parteitagsdevise "Wir wirtschaften besser. Die ÖVP." mit Scheinwerfern angestrahlt ist.

Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock : Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich eröffne den Wirtschaftsparteitag der Österreichischen Volkspartei und begrüße Sie alle auf das herzlichste. Besonders herzlich willkommen heiße ich den Vorsitzenden des Bundesrates, Ing. Ludescher, und den Zweiten Präsidenten des Nationalrates, Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Ich bitte nun den Landesparteiobmann des gastgebenden Bundeslandes, Bundesparteiobmann-Stellvertreter Vizebürgermeister Busek, um seine Begrüßungsworte.

Bundesparteiobmann-Stellvertreter Vizebürgermeister Dr. Erhard Busek (mit Beifall begrüßt): Lieber Alois! Liebe Delegierte zum Außerordentlichen Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei! Liebe Freunde! Für Stadt und Land Wien darf ich den Sonderparteitag der Österreichischen Volkspartei hier in der Kurhalle Oberlaa herzlich willkommen heißen. Die Wiener Volkspartei freut sich, daß für dieses Signal wirt-

schaftspolitischer Vernunft, das wir heute für Österreich hier setzen wollen, gerade ein Veranstaltungsort gewählt wurde, der geographisch und geistig in die brennenden Probleme unserer Republik hineinpaßt. Angesichts der wirtschaftlichen, strukturellen und sozialen Probleme, vor denen wir stehen, und angesichts des Versagens der sozialistischen Koalitionsregierung in der Bewältigung auch nur der notwendigsten Aufgaben erscheint mir die Ortswahl innerhalb unseres Bundeslandes und der Bundeshauptstadt von entscheidender Bedeutung.

Wir befinden uns hier im 10. Wiener Gemeindebezirk, im legendären Favoriten, das mit zirka 160.000 Einwohnern der größte Wiener Gemeindebezirk ist, der infolge dieser hohen Einwohnerzahl öfters als die viertgrößte Stadt Österreichs bezeichnet wird. Favoriten war in der geschichtlichen Entwicklung Wiens nicht nur bevorzugter Ansiedlungsort von Industrie und Gewerbe, sondern symbolisierte auch mit seinen Ziegelgruben am Wienerberg den großen Bauboom des ausgehenden 19. Jahrhunderts und den Arbeiter-Wohnhausbau aus dem Kaiser-Jubiläums-Fonds unter Karl Lueger. Es symbolisiert die große flächenhafte Ausdehnung, die Wien beim Eintritt als damalige Metropole eines großen Reiches in das industrielle Zeitalter gewonnen hat. In Favoriten kamen aber auch die sozialen Spannungen zum Ausdruck. Wenn in einer verborgenen Idylle oberhalb des Laaer Waldes - viele Wiener finden nicht einmal richtig hin - der sogenannte Böhmisches Prater entstand, so zeigt das, daß die Integration der Arbeiter, die aus den verschiedensten Kronländern der damaligen Monarchie gekommen sind, durch die politische

Ordnung der damaligen Zeit nicht gelungen ist, aber Phantasie und Initiative so schlecht und recht, jedoch sehr imponierend aushalfen, sich die kulturelle Identität dieser Arbeiter aus den Kronländern zu bewahren. Heute gehört diese Entwicklung der Geschichte an.

Favoriten steht aber nach wie vor im Brennpunkt der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen, die die Probleme von heute kennzeichnen. Auf dem Weg hierher, meine Damen und Herren, liebe Freunde aus den Bundesländern, haben Sie sehen können, wie Stadterweiterung große Wohnhausanlagen geschaffen hat, die vor allem jungen Menschen Wohnraum, aber auch eine Reihe von sozialen und eine Fülle von finanziellen Problemen durch die Teuerungen, die diese Regierung zu verantworten hat, beschert haben. Es ist das ebenso der Bezirk, wo das Problem der "neuen Armut" auftritt, wo Gebührenerhöhungen der Stadt Wien und ihrer Mehrheit dazu geführt haben, daß der Bürger durch das, was ihm zur Verfügung gestellt wird, was seine Lebensvoraussetzung betrifft, nämlich das Wohnen, verarmt.

Sie können tote Gebiete, Industrie- und Wirtschaftsgebiete in diesem Bezirk neben international beeindruckenden Anlagen multinationaler Gesellschaften sehen, die etwa im Computerbereich oder bei der Erzeugung von Videorecordern für die gesamte Welt produzieren und in der Qualität auch Weltspitze sind. Ganz in der Nähe ist der Sitz der Austrian Airlines als Symbol internationaler Kommunikation unseres Landes.

Aber auch nicht weit von hier - man kann es von der Kurhalle Oberlaa aus sehen - erleben Sie eine fast ländliche

Idylle, nämlich den alten Ort Oberlaa, wo sich der Ortskern erhalten hat, der zu einem attraktiven Siedlungsgebiet geworden ist und der neben den traditionellen Weinorten, die in aller Welt gekannt werden - in Wien etwa Grinzing oder Sievering -, heute ein bevorzugtes Erholungs- und Heurigengebiet der Wiener ist.

Die Stadt hat hier, rund um diesen Saal, im Umfeld Kurbetriebe geschaffen, die vielen Wienern Heilung bieten. Aber - und das muß hinzugefügt werden - sozialistischer Übereifer hat dazu geführt, mit solchen Einrichtungen und Nebeneinrichtungen das Heil in der Gemeinwirtschaft zu suchen. Hier sind Betriebe geschaffen worden, die von Privaten genauso gut besorgt werden könnten, wie das die Stadt Wien um das Geld des Steuerzahlers tut.

Favoriten hat das Problem aller Städte heute, nämlich gleichzeitig das größte Stadterneuerungsgebiet zu sein. So sind wir mitten im Thema dieses Bundesparteitags. Es wird nämlich damit die notwendige Umstellung unserer Bauwirtschaft im Hochbau symbolisiert. Gleichzeitig können Sie aber die versäumten Möglichkeiten der Wiener Sozialisten daraus entnehmen, mit verhältnismäßig wenig Mitteln viele Arbeitsplätze in zahlreichen Branchen zu schaffen.

Nicht zuletzt - auch das als eine Information an unsere Freunde aus den Bundesländern - befinden wir uns hier in Favoriten in einem politisch schwierigen Wettbewerb. Dabei ist es einem meiner Stellvertreter, dem Landtagsabgeordneten und Gemeinderat dieses Bezirks Josef Arthold, gemeinsam mit seinen

Freunden Ing. Kreiner, Frau Bundesrat Maria Rauch und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Walter Kuhn gelungen, in den letzten Jahren für unsere Volkspartei den Stimmenanteil imponierend zu erhöhen. Wir haben 1973 in Favoriten 18 Prozent der Wähler für uns gewinnen könne, haben 1983 24,2 Prozent erreicht (Beifall) und wissen, daß es mehr werden wird. (Neuerlicher Beifall.)

In der Bezirksvertretung - das ist sozusagen der Ansatz zu einer Selbstverwaltung der Wiener Bezirke - gibt es gegenwärtig 50 Sitze. Wir konnten unseren Anteil innerhalb dieses Dezenniums von fünf auf zwölf Sitze steigern. Dahinter steht harte Arbeit. Denn die Wiener Sozialisten haben in ihrer Tendenz der Totalerfassung des Menschen in Favoriten etwa gleich viel Mitglieder wie die ÖVP in Wien. Sie erfassen rein räumlich in ihrer politischen Arbeit durch 47 Sektionslokale, die fast ausschließlich in Gemeindebauten untergebracht sind - "an der Quelle saß der Knabe" -, eben den Menschen.

Wir befinden uns hier an einem Ort der historischen Stärke und gleichzeitig des aktuellen Niedergangs des Sozialismus in Wien und in Österreich. Ein Lokalausweis wird Ihnen zeigen, daß die Zeichen der Zeit von Sozialisten nicht verstanden werden, ja daß die Krise des Wirtschaftens und der dazugehörigen Politik eine geistige Krise des Sozialismus darstellt. Die Zeichen der Zeit sind nicht verstanden worden, weil man versucht, mit ewiger Gesundheitserei durch Prognosen des Optimismus und durch die dauernde Ausrede, daß alles kompliziert sei, nur zu verdecken, welche Chancen in Österreich und in der Bundeshauptstadt vertan werden.

Diese Qualität der Ausrede hat durch den Herrn Bundeskanzler einen neuen Sprung erfahren. Heute wirft er uns vor, daß wir das Land schlechtmachen, und will davon ablenken, daß es eine Politik ist, die nicht in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, die die Zukunft unseres Landes schlecht macht. Dafür haben die Sozialisten die Verantwortung! (Zustimmung.)

Es sei auch nicht verschwiegen, daß in letzter Zeit die wirtschaftlichen Kennzahlen darüber Auskunft geben, daß auch die wirtschaftliche Situation Wiens Anlaß zu berechtigten Sorgen gibt. War es eine Zeitlang so - und hier waren wir im Vergleich mit anderen Bundesländern glücklicher -, daß die Arbeitslosenziffern eher marginal gestiegen sind, so hat sich inzwischen ein exorbitanter Anstieg ergeben, der die Verantwortlichen in dieser Stadt längst hätte auf den Plan rufen sollen.

Bei dem Sonderproblem Österreichs und österreichischer Wirtschaft in den letzten Monaten und Jahren, bei der verstaatlichten Industrie, hat die sozialistische Politik von Wien und dessen Arbeitnehmer ebenso einen Tribut gefordert. Die Stadt Wien hat zwar großzügig Industrieareale von der verstaatlichten Industrie mit beträchtlichen Mitteln angekauft. Es wurde aber in der Folge nicht darum gekämpft, daß diese Betriebe für Wien erhalten bleiben. Die Entindustrialisierung ist in der Bundeshauptstadt, insbesondere im Bereich der Verstaatlichten etwa bei VEW und SGP, VOEST, Austria Email, Elin sowie bei Steyr-Daimler-Puch, ja geradezu betrieben worden, und die

Meldungen, die Sie gestern den Zeitungen entnehmen konnten, daß bei Elin 600 Arbeitsplätze in Gefahr sind, symbolisieren dieses Scheitern sozialistischer Politik.

Zwischen 1980 und 1983 hatten wir einen Rückgang an Beschäftigten im Bereich der Verstaatlichten in Wien von 13 Prozent zu verzeichnen, bis 1984 sind es sogar 22 Prozent weniger gewesen, während der Durchschnitt in Österreich bei minus 10 Prozent gelegen war. Wir haben den dritten Rang im Anteil an verstaatlichter Industrie in Wien gehabt und sind bei dieser Entindustrialisierung daran, auf die vierte Position abzustiegen. Und das bei einer Politik, die von sich behauptet, Zukunft sichern zu wollen.

Aber nicht nur das gemeinwirtschaftliche Imperium des Bundes zeigt in Wien die Probleme, sondern auch das aus sozialistischer Ideologie geschaffene Unternehmensreich der Wiener Holding war und ist nicht frei von Krisen. Die Vorgänge beim Wiener Bauring rund um das Jahr 1973, ja die Groteske, daß der Wiener Steuerzahler die Wiener Stadthalle dreimal kaufen durfte - immer ein und dasselbe Gebäude -, um damit irgendein Defizit oder das Verschwinden von Millionen zu kaschieren, sind uns noch in Erinnerung. Das zeigt, daß Sozialisten in öffentlicher Funktion schon lange nicht in der Lage sind, solche Unternehmen zu führen.

Aus sozialistischer Ideologie sind die meisten Holding-Betriebe gegründet worden, um - wie es einmal ein Wiener Bürgermeister formulierte - eine Kontrolle gegenüber der privaten Wirtschaft zu haben. Inzwischen hat die private Wirtschaft in

Wien Millionen- und Milliarden-Beträge erarbeiten müssen, um diese Betriebe zu erhalten. Die einsame Spitze von Scheitern öffentlicher Versuche, ein Problem zu bewältigen, war und ist der Bau des Allgemeinen Krankenhauses, der zeigt, daß es unmöglich ist, aus dieser Ideologie funktionsfähige Lösungen für die Bürger zu erzeugen.

Ein Erfolg der Wiener Volkspartei in diesem Zusammenhang sei jedoch vermerkt: Schritt um Schritt ist es seit dem Bauring-Debakel gelungen, diese Unternehmensbereiche, die mit kommunaler Tätigkeit nichts zu tun haben, die von einem Privaten besser besorgt werden können und die nicht der Sicherung der öffentlichen Versorgung dienen, abzubauen, zu privatisieren oder dafür gemischtwirtschaftliche Formen zu finden. Anstelle eines großen Imperiums des Baurings steht heute nur noch eine Baufirma, die eine Minderheitsbeteiligung privater Baufirmen hat, im Besitz der Gemeinde Wien. Manches konnte stillgelegt, abgegeben oder reduziert werden.

Es ist ein zäher Kampf, bei dem wir immer wieder feststellen müssen, daß sozialistische Politiker von der Versuchung gepackt sind, sich als große Manager zu gebärden, sich womöglich dabei kapitalistischer gerieren zu wollen, als es je jemand im 19. Jahrhundert gewagt hat, ohne es wirklich zu können. Dafür müssen und mußten in der Vergangenheit die Steuerzahler aber beachtlich in die Tasche greifen, um solche stolze Manager-Rollen, auf Kosten eben dieses Steuerzahlers, zu ermöglichen.

Die wirkliche Lösung der Probleme in Österreich wie auch in Wien liegt jedoch darin - nicht, daß hier Betriebe geführt wer-

den um jeden Preis -, daß es Rahmenbedingungen gibt, die wirtschaftliche Ergebnisse zeitigen und dem einzelnen Mitbürger die Möglichkeit einräumen, selbst die Entwicklung wirtschaftlich zu gestalten und einen Arbeitsplatz zu haben.

Lassen Sie mich kurz skizzieren, wo - so glauben wir von der Wiener Volkspartei - im Gesamten unseres Programms die Chance der Bundeshauptstadt liegt, um am wirtschaftlichen Horizont einer Zukunft unseres Landes mitzuwirken. Wenn heute viel von High-tech und intelligenten Produkten die Rede ist, so sagen wir einmal klar, daß es nicht die Produkte sind, die intelligent sein müssen, sondern die Menschen, die sie produzieren, eine entsprechende Ausbildung haben müssen, und da hat Wien als Universitätsstadt, als Ort der qualifizierten und differenzierten Bildungseinrichtungen besondere Chancen.

Aber zu dieser Wirtschaftsfrage gehört auch, daß die Bildungs- und Wissenschaftspolitik der letzten eineinhalb Jahrzehnte dazu geführt hat, daß die Qualität dieser Einrichtungen nicht dem internationalen Standard gewachsen ist. Die Sozialisten haben die Modernität von Schul- und Hochschuleinrichtungen daran gemessen, wie groß, wie drittelparitätisch und wie kompliziert die Beschlußfassungen in den Einrichtungen sind, nicht aber daran, ob es die eine oder andere in der Geschichte berühmte Wiener Schule noch gibt oder sie nur mehr der Erinnerung angehört.

Auch die Sozialisten werden sich einem ehernen Gesetz stellen müssen, nämlich daß bei der Bewältigung der Zukunft letztlich wirklich nur die Ergebnisse zählen und nicht die guten Ausreden. Daher ist eine wesentliche Voraussetzung für die Be-

wältigung der Wirtschaftsprobleme von heute, daß es wieder die Anerkennung der Leistung und eine österreichische Leistung in internationaler Qualität gibt.

Ein zweites. Innovation kann man nicht herbeiadministrieren und schon gar nicht gesetzlich befehlen. Phantasie muß möglich sein, ihr muß man Raum geben, sie darf nicht behindert, sondern sie muß ermutigt werden.

Bei uns in Wien wird aber durch die Sozialisten Phantasie besteuert und administriert, vergesellschaftet und damit verunmöglicht. Eine Stadt ist jedoch ein Ort der Phantasie, nicht der befohlenen, sondern der freiwillig, gerne und lustvoll erbrachten.

Die Steuerideen der Wiener Sozialisten laufen hier in eine Gegenrichtung. Bei uns in Wien gibt es eine Lustbarkeitsabgabe, ja sogar eine Luftsteuer, sodaß es einem gar nicht wundert, daß etwa beabsichtigte Maschinensteuern des Ministers Dallinger zur Besteuerung der wirtschaftlichen Phantasie in diesem Land werden.

Apropos Phantasie: Wir brauchen auch mehr Phantasie in der Vielfalt der internationalen Begegnungen. Eines der Kennzeichen des Sozialismus ist es offensichtlich, in eine Stadt und in ein Land Provinzialität bringen zu wollen, zuzumachen, nicht aufzumachen. Und wenn es schon international sein muß, dann läßt man den Ehrenvorsitzenden Kontakte zu internationalen Abenteurern pflegen, während unsere traditionellen Beziehungen vernachlässigt werden.

Wir haben daher den Sozialisten in Wien vorgeschlagen, auf dem Wissenschafts- und Bildungssektor, im Technologiebereich Einrichtungen zu schaffen, die internationale Begegnung und Auseinandersetzung ermöglichen, wissenschaftliche Kommunikation herstellen sowie Österreichern und Wienern die Möglichkeit geben, ins Ausland zu gehen, um für unser Land Erfahrungen zu gewinnen. Alle diese Vorstellungen, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten in Zusammenarbeit mit der Mehrheit in dieser Stadt verwirklichen wollten, sind - das darf ich dem Bundesparteitag bei dieser Gelegenheit auch berichten - an dem Einspruch der sogenannten "sozialistischen Basis" gescheitert, wobei diese Basis nicht jene grundvernünftigen Sozialisten sind, die ohnehin das Scheitern ihrer Repräsentanten erleben müssen, sondern die Basis waren die Inhaber von "politischen Schrebergärten", die lieber ihre "Zäune" haben, als in einer kritischen Situation das Zusammenwirken aller Kräfte ermöglichen wollen. Das war und ist in Wien eine Entscheidung gegen die Wiener gewesen, die die SPÖ hier getroffen hat.

Lassen Sie mich hier feststellen, daß die große Aufgabenstellung und damit eine Lösung der wirtschaftlichen Probleme nicht allein für Wien, sondern im österreichischen Zusammenhang für die Wiener Volkspartei mit dem Schlagwort umrissen werden könnte: dreimal Donauraum.

Die Diskussion um die Staustufe Wien verlangt von uns Wienern festzulegen, wie wir nicht nur die Staustufe, sondern darüber hinaus die Donau gestalten wollen, wie wir sie nach Wien hereinholen wollen, damit sie nicht nur in Wiener Liedern, sondern auch

in der Wirklichkeit in Wien liegt. Was man aus einem Fluß in einer Stadt machen kann, das zeigen etwa Passau und Budapest, nicht aber die Planungsvorstellungen der Sozialisten.

Dreimal Donauraum bedeutet weiters die Zusammenarbeit der im Osten gelegenen Bundesländer, der Ostregion, weil wir ein gemeinsames Schicksal, aber auch gemeinsame Probleme haben, die nicht zuletzt in den vier Jahrzehnten durch den Eisernen Vorhang entstanden sind. Wenn wir kein Ungleichgewicht zwischen Ost und West in Österreich haben wollen, müssen wir insbesondere das wirtschaftliche Abgeschlossensein unserer Grenzen durch Aktivitäten ausgleichen.

Die Politik der Wiener Sozialisten - und ich sage das gerne hier -, unseren niederösterreichischen Freunden sozusagen immer wieder den Koffer vor die Tür zu stellen, wie etwa beim Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost oder beim Verkehrsverbund Ost, sie immer wieder zu diskriminieren, macht der Wiener Volkspartei verständlich, daß unsere politischen Freunde in Niederösterreich neue Wege und nach einem politischen Zentrum ihrer Verwaltung suchen. (Beifall.) Daß damit aber die Sozialisten in Wien dem Bundesstaat und unserer Bundeshauptstadt einen schlechten Dienst erwiesen haben, ist für die Wiener Volkspartei außer Frage. Alles, was damit verbunden ist, liegt in der ausschließlichen Verantwortung der Wiener SPÖ.

Im Sinne der Grenzüberschreitung bedeutet dreimal Donauraum schließlich vermehrte Kontakte mit den Nachbarn, weil nicht zuletzt dadurch wirtschaftliche Chancen bestehen. Trotz der Ungleichheit der politischen Systeme haben wir die Möglichkeit, mit

diesen Kontakten Arbeit zu schaffen und vielleicht auch gleichzeitig kleine Freiheiten in Ländern, wo die große Freiheit fehlt, einzuführen.

Lassen Sie uns also mit diesem Außerordentlichen Bundespartei- tag hier in Oberlaa, hier in Favoriten, hier in Wien ein Signal setzen! Die Fragestellungen kennen wir, die Probleme sind skizziert, und der Ort der Handlung ist richtig gewählt. Ich bin froh darüber, daß wir bewußt nicht in ein traditionelles Gebäude im Kern der Stadt gegangen sind, sondern in eines, das in Ort und Architektur die Leistungen, aber auch die Probleme unserer Zeit zeigt. Nur in einem Geistesaufbruch und in einer Grenz überschreitung, nur in einem Glauben an die eigene Kraft und in einem Willen zur Leistung ist es möglich, mit einer anderen Wirtschaftspolitik die Zukunft zu sichern.

In einer für Österreich kritischen Zeit, im ausgehenden 18. Jahrhundert, hat ein Ausländer, der Kur-Mainzer Philipp Wilhelm von Hörnigk, den Österreichern zugerufen: "Österreich über alles, wenn es nur will!" - Heute, liebe Freunde, können wir den Österreichern zurufen: "Österreich kann alles, wenn endlich eine andere Politik gemacht wird!" (Beifall.)

Vorsitzender Dr. M o c k : Ich danke dem Freund Erhard Busek nicht nur für seine Begrüßung, die Gastfreundschaft in Wien, die Information, die er uns über die politische und gesellschaftspolitische Entwicklung in Wien gegeben hat, ich danke dir vor allem, daß es dir in den letzten Jahren gelungen ist, mit einem außergewöhnlichen Maß an persönlichem Einsatz, Phantasie und politischer Sensibilität auch in Wien namens der österreichi-

schen Volkspartei Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln.
Vielen Dank, Erhard! (Beifall.)

Liebe Delegierte! Ich muß Sie noch informieren, daß die Mitglieder des Bundespartei Vorstandes Landeshauptmann Keßler, Landeshauptmann Ludwig, Bundesobmann Withalm wegen Grippe - sie scheint sehr zu grassieren - und Landeshauptmann Wallnöfer wegen einer leichten Schulterverletzung sich vom heutigen Wirtschaftsparteitag entschuldigen mußten.

2. a) Feststellung der Beschlußfähigkeit

Vorsitzender Dr. M o c k : Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt 2. Bis jetzt sind 621 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend. Ich stelle somit fest, daß der Wirtschaftsparteitag beschlußfähig ist.

2. b) Genehmigung der Tagesordnung

Vorsitzender Dr. M o c k : Die Tagesordnung ist allen Damen und Herren, die Delegierte sind, zugegangen und liegt den Tagungsmappen bei.

Erhebt sich gegen die Tagesordnung ein Einwand? - Das ist nicht der Fall. Die Tagesordnung ist genehmigt.

2. c) Wahl des Tagungspräsidiums

Vorsitzender Dr. M o c k : Weiters schlage ich vor, die Landesparteiobmänner der Österreichischen Volkspartei zum Tagungspräsidium zu wählen.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Vorschlag angenommen.

Ich bitte nun Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck, den Vorsitz zu übernehmen.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Josef R a t z e n b ö c k :
Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich übernehme den Vorsitz des Bundesparteitages.

2. d) Bestätigung der Mandatsprüfungskommission

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Wir sind bei Punkt 2. d) "Bestätigung der Mandatsprüfungskommission". Ich schlage vor, daß wir die neun Landesparteisekretäre beauftragen, die Mandatsprüfung vorzunehmen.

Besteht dagegen ein Einwand? - Da das nicht der Fall ist, bitte ich die Landesparteisekretäre, sich zum Informationsstand im Eingangsfoyer zu begeben.

3. Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock: "Wir wirtschaften besser"

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Damit sind wir bei Punkt 3 der Tagesordnung. Ich bitte unseren Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock, zum Thema "Wir wirtschaften besser" zu uns zu sprechen.

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! "Wir wirtschaften besser" ist die Leitlinie des Wirtschaftsprogramms der Österreichischen Volkspartei. Wir verbinden damit den Anspruch, wirtschaftspolitisch die Grundlagen für die Lösung jener Probleme anzubieten, die die derzeitige Regierung vor sich herschiebt: die ständig steigende Arbeitslosigkeit, vor allem die drückende Jugendarbeitslosigkeit; die Zerrüttung der Staats-

finanzen und der ständig wachsende Schuldenberg; der fehlende Strukturwandel in der Wirtschaft und die zunehmenden Umweltbelastungen.

"Wir wirtschaften besser" heißt für uns: Daß wir die Leistungen des einzelnen Bürgers, ob Arbeitnehmer, Unternehmer oder Bauer, besser anerkennen, und nicht, wie es das heutige Steuersystem macht, die Leistung bestrafen. Daß der Steuer-schilling wieder sorgsam eingesetzt und nicht verschwendet wird. Daß durch eine breite Eigentumsstreuung und Privatisierung auch die öffentliche Hand einen Beitrag zur Sanierung der verstaatlichten Industrie zu leisten hat und nicht nur in die Tasche des Steuerzahlers greift. Daß durch mehr Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten für unternehmerische Menschen in allen sozialen Gruppen wieder jene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entsteht, die es auch erlaubt, das soziale Netz für die Schwachen in unserer Gesellschaft zu festigen.

"Wir wirtschaften besser" heißt daher auch, daß wir nach den Vorstellungen der sozialen Marktwirtschaft die gesellschaftlichen Strukturen in Richtung mehr Freiheit, mehr Verantwortungsbewußtsein und mehr sozialer Gerechtigkeit erneuern wollen. Es widerspiegelt die Stärke der Österreichischen Volkspartei, wenn wir heute nicht nur im wirtschaftspolitischen Bereich die Diskussion jener grundsätzlichen Themen bestimmen, von deren Bewältigung die Zukunft unseres Landes in einem hohen Maß abhängt.

Mit parlamentarischen Anträgen für ein Persönlichkeitswahlrecht, für das Briefwahlrecht und für die Stärkung der direkten

Demokratie durch stärkere Beachtung der Volksbegehren zusammen mit weiteren Vorschlägen aus der reichen und erfolgreichen Regierungspraxis der von der ÖVP regierten Bundesländer zeigen wir glaubwürdig Perspektiven für die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie auf.

Liebe Freunde! Die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei zum Nationalrat haben durch den Vorschlag, F r a u Marga Hubinek zum Zweiten Präsidenten des Nationalrates zu wählen, einen gewaltigen Beitrag zur Glaubwürdigkeit der parlamentarischen Demokratie geleistet. (Beifall.)

Liebe Delegierte! Diese politische Entscheidung der Abgeordneten zum Nationalrat der Österreichischen Volkspartei entsprach nicht nur einer großen Tradition, die begonnen hat mit der Betrauung der Gewerkschafterin Grete Rehor mit der Führung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung im Jahre 1966, mit der Berufung der Bäuerin Preinstorfer an die Spitze des Oberösterreichischen Landtages, mit der Berufung der Unternehmerin Klasnic in das Landtagspräsidium des Steiermärkischen Landtages, sondern mit dieser politischen Entscheidung haben wir gezeigt, daß "Chancengerechtigkeit" für uns nicht nur ein Schlagwort ist, sondern praktizierte Grundsatzzpolitik. (Beifall.)

Liebe Freunde! Durch unsere Vorschläge für eine Flexibilisierung der Arbeitszeit, des gleitenden Überganges in den dauernden Ruhestand, der Einkommensgestaltung und einer sozialpartnerschaftlich abgestimmten Ladenschlußregelung schaffen wir für den einzelnen Bürger mehr Freiheit für seine Lebensgestaltung. Und auch hier, meine Damen und Herren, geht es nicht nur um ge-

gesellschaftspolitische Zielsetzungen, die die gesellschaftliche Struktur unseres Landes und die eine gute Entwicklung in einem hohen Ausmaß bestimmen werden, sondern ich möchte hier auch einem Mann danken, dem Landeshauptmann von Salzburg, Dr. Wilfried Haslauer, der wieder gezeigt hat, daß unsere Grundsätze angewandte Politik darstellen, wenn die Frage aktualisiert wird. (Beifall.)

Durch unser Eigentums- und Privatisierungskonzept zeigen wir den Weg zu einem Volk der Eigentümer, wo sich - und das ist ein Leitsatz der Österreichischen Volkspartei! - auch öffentliches Eigentum den Interessen der Bürger unseres Landes unterzuordnen hat und nicht die Bürger und Steuerzahler ständig unter das Joch öffentlicher Verluste und Defizite gepreßt werden. (Beifall.)

Mit unserem umfassenden Steuersenkungskonzept, wofür wir seit drei Jahren kämpfen, wollen wir eine neue wirtschaftliche Dynamik, mehr Anerkennung der Leistungen des einzelnen Bürgers und mehr Möglichkeiten des sozialen Fortschritts sichern.

Wir wissen, liebe Freunde, um den Verfall der politischen Kultur in den letzten zehn Jahren, um manche Lebensverdrossenheit sowie um die Angst vieler Mitbürger um ihre private und berufliche Zukunft. Wir nehmen aber diese Entwicklung nicht als schicksalhaft und als unveränderlich hin. Wir sind dazu da, durch einen neuen Anfang den Österreichern wieder Grund zum Optimismus und zu neuen Hoffnungen zu geben. Das ist unser Ziel. Wir kennen den Weg, der zu diesem Ziel führt. (Beifall.)

"Österreich zuerst" ist unser Motto im Gegensatz zur sozialistischen Feststellung "Ohne Partei sind wir nichts". Und

"Österreich zuerst" muß auch Konsequenzen in der Wirtschaftspolitik haben. Wir hängen nicht in allem und jedem vom Ausland ab. Wir sind nicht hoffnungslos auf andere angewiesen. Wir müssen nur wieder eine Politik machen, die die Kraftreserven unserer österreichischen Mitbürger mobilisiert. "Österreich zuerst" heißt nicht, daß wir gegen ausländische Beteiligungen sind. Wir sind für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland, für eine liberale Außenwirtschaft und für eine enge internationale Verflechtung. "Österreich zuerst" heißt jedoch, daß die österreichische Wirtschaft und die österreichischen Unternehmer gegenüber den ausländischen Investoren nicht ständig diskriminiert werden. Wir treten dafür ein, daß die Zusammenarbeit mit dem Ausland auf der Basis dieser Vorstellungen, auf der Basis einer soliden österreichischen Eigenständigkeit erfolgt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die sozialistische Politik, die ich kurz analysieren möchte - ich werde mich doch etwas ausführlicher damit beschäftigen, als ich ursprünglich die Absicht hatte; ich muß das als Warnung in den Raum stellen -, hat von Anfang an die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft ignoriert: Sie hat keinen Respekt vor den Bürgern gezeigt, sie ist leistungsfeindlich, sie mißtraut der persönlichen Initiative und sie hat viel zu sehr auf die Bürokratie, auf die kollektive Lösung und auf die Allmacht des Staates gebaut. Dabei ist der Sinn für die Selbständigkeit des Menschen, für das persönliche Eigentum und vor allem auch für die politische Verantwortung in der Politik verlorengegangen. Heute liegen die negativen Auswirkungen einer solchen Politik klar auf der Hand.

Liebe Freunde! Wir müssen die Dinge klar beim Namen nennen. Sonst werden wir mitschuldig an den Auswirkungen dieser Politik. Dazu sind wir als kontrollierende Opposition da. Demokratie ohne Kontrolle gibt es nicht.

Das sage ich all jenen Parteifreunden, die gelegentlich meinen: Wir müssen uns nur bequem zurücklehnen und warten, daß sich der Sozialismus selbst ruiniert. - Das wäre keine patriotische Haltung, die der Tradition der Österreichischen Volkspartei und unserem programmatischen Selbstverständnis entsprechen würde.

Mit dem Geld der Bürger und Steuerzahler ist jahrelang sorglos umgegangen worden, das Budget ist immer stärker in Defizite, der Staat immer mehr in Schulden geschlittert. Jene Probleme, die die Sozialisten mit öffentlichen Mitteln lösen wollten, sind heute noch ungelöst:

Die Arbeitslosigkeit hat einen neuen Höhepunkt erreicht.

Die soziale Sicherheit läuft Gefahr, in ärgste Finanzierungsschwierigkeiten zu geraten.

Die verstaatlichte Industrie verschlingt immer größere Summen und ist trotzdem weiter denn je von einer echten Sanierung und Strukturanpassung entfernt.

In der Agrar- und Forstwirtschaft türmen sich die Schwierigkeiten auf. Die Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung bleiben immer weiter zurück.

Für uns, liebe Freunde, ist die Solidarität mit unseren Mitbürgern im ländlichen Raum, mit unseren Bauern und Bäuerinnen nicht eine innerparteiliche Turnübung, sondern entspricht der wirtschaftlichen Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und einer moralischen Verpflichtung. (Beifall.)

Ein Landwirtschaftsminister, der mit einem Federstrich den Milchbauern eine zehnprozentige Einkommenskürzung verpaßt, hat jedes Empfinden für soziale Gerechtigkeit und Fairneß verloren. (Zustimmung.)

Der Finanzminister anerkennt zwar die Notwendigkeit einer Budgetsanierung, doch in der Realität wachsen die Budgetdefizite und Staatsschulden. Der Zinsen- und Schuldendienst frißt einen immer größeren Teil des Budgets auf. Im Jahre 1975 haben wir noch 2 Milliarden Schilling zur Zahlung der Zinsen für die Staatsschulden benötigt, heute sind es bereits 41 Milliarden Schilling. Ein immer geringerer Teil des Staatshaushaltes wird für Investitionen verwendet. Mit dieser sozialistischen Schuldenpolitik werden keine Arbeitsplätze geschaffen, wie das einmal verkündet wurde, sondern Arbeitsplätze vernichtet.

Eine andere Frage dieses sozialistischen Weges ist, daß die Steuerlast immer weiter steigt. Das spürt die ganze Bevölkerung. Wir haben daher schon seit langem für eine Steuersenkung, vor allem für eine umfassende Steuerreform, gekämpft. Sie ist das Kernstück unseres Wirtschaftsprogramms.

Liebe Freunde! Nun verlangt auch die Gewerkschaft eine Steuersenkung. Nach jeder Vorsprache beim Finanzminister begehrt jedoch die sozialistische Mehrheit im Gewerkschaftsbund eine monatelange Analyse, Studien, neue Informationen und Fakten. Die Sozialisten im Gewerkschaftsbund haben offensichtlich mehr Interesse, ihrer Partei in der Regierung die Mauer zu machen und die 1983 versprochene Steuersenkung solange wie möglich hinauszuschieben, als die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. (Zustimmung.)

Ich gebe zu, meine Damen und Herren, daß es natürlich schwer ist - für Sozialisten überhaupt -, auf Einnahmen zu verzichten. Immer wieder verschwenden sie öffentliche Mittel in Milliarden-Höhe und nicht nur in Millionen-Höhe für überflüssige Ausgaben, statt zu sparen oder zum Beispiel damit eine Steuerreform zu ermöglichen. Ich erinnere nur an das Konferenzzentrum, das große Teile der Bevölkerung in einer Abstimmung ausdrücklich abgelehnt haben und das trotzdem gebaut wurde.

Liebe Freunde! Es soll mir keiner sagen: Das liegt ja schon weit zurück, darüber haben wir ja schon diskutiert. - Auch das ist eine Aufgabe einer kontrollierenden Opposition, immer wieder darauf zu verweisen, wie verschwenderisch mit dem Steuerschilling umgegangen wird und wie demokratiepolitisch negativ das größte Volksbegehren, das unsere Republik gekannt hat, behandelt worden ist. Das ist Aufgabe einer kontrollierenden Opposition und auch eure Verpflichtung, dies zu sagen und draußen die Menschen zu informieren, daß das ein negatives Lehrstück angewandter Demokratiepoltik ist. (Zustimmung.)

Alle diese Ausgaben - ich könnte den Bürokratie-Aufwand hier erwähnen - verschlingen ein Vielfaches dessen, was eine fühlbare Entlastung der Steuerzahler kosten würde.

Was ist das Ergebnis? - Im Jahr 1980 eine durchschnittliche Arbeitslosenziffer von rund 50.000, jetzt eine solche im Jahr von durchschnittlich 140.000, und die Perspektiven der wirtschaftspolitischen Fachleute und Wirtschaftsforschungsinstitute in zwei, drei Jahren 190.000.

Allein die Rekordziffern an Arbeitslosen - ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, meine Damen und Herren - sind Anlaß, in diesem Land so rasch als möglich einen politischen Kurswechsel herbeizuführen. (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Ich habe vorhin gesagt: Nennen wir die Dinge beim Namen. Mehr Arbeitslose, höhere Steuern, weniger Mittel für Investitionen und Innovationen schwächen permanent die Wirtschaftskraft unseres Landes. Das ist das Ergebnis des so hochgelobten sozialistischen Weges.

Das gilt auch für den Bereich der verstaatlichten Industrie: Steigende, kaum mehr finanzierbare Defizite bei ständigem Beschäftigten-Abbau, Verlust der Konkurrenzfähigkeit, keine realen Aussichten auf echte Strukturverbesserungen, widersprüchliche Regierungskonzepte zur Sanierung und eine in weiten Bereichen zutiefst betroffene und verunsicherte Belegschaft sowie ein schwindendes Vertrauen im Ausland kennzeichnen diesen Sektor heute, mit deren Arbeitnehmern und ihren Familien wir uns in jeder Hinsicht solidarisch fühlen.

Liebe Freunde! Ich möchte hier am Wirtschaftsparteitag der Österreichischen Volkspartei dem Wirtschaftssprecher der Österreichischen Volkspartei, Präsident Graf, dafür danken, daß er zusammen mit Dr. Josef Taus mit einem außergewöhnlichen Maß an politischer Kompetenz und fachlicher Kompetenz der Landeshauptleutekonferenz ein industriepolitisches Konzept für die verstaatlichte Industrie und zu ihrer Sanierung vorgelegt hat, das damals in Maria Plain am Beginn dieses Jahres einstimmig beschlossen worden ist. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich sitze schon einige Zeit im Parlament und bin selbst von guten Reden vielleicht nicht jedesmal besonders beeindruckt, weil die Routine manchmal ihre negativen Auswirkungen zeigt. Aber Dr. Taus hat - nachdem von ihm zuvor der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden war, daß uns die Sanierung in nächster Zeit 43 Milliarden Schilling kosten wird, und der sozialistische Bundeskanzler dem nur billige Polemik entgegensetzen konnte - vor zwei Tagen im Nationalrat in einer brillanten Rede Ziffer für Ziffer, aus der sich die Gesamtsumme zusammensetzt, begründet, und zwar unter Hinweis auf die Bilanzen der verschiedenen verstaatlichten Unternehmungen. In einer stundenlangen Diskussion war kein Sprecher der Koalitionsfraktionen in der Lage, auch nur bei einer einzigen Ziffer den Gegenbeweis anzutreten. Wir können stolz sein auf diese politische und fachliche Kompetenz, die wir in unseren Reihen haben! (Beifall.)

Da frage ich mich: Wie soll es auch funktionieren bei dieser Regierung, wenn es selbst innerhalb der Regierung die unterschiedlichsten Meinungen gibt?

Minister Lacina als Hauptzuständiger tritt für eine betriebswirtschaftliche Führung, für eine Teilprivatisierung und für eine Gewinnorientierung ein. - Ich begrüße das Ziel, nur die Taten fehlen mir. Das einzige, was er bisher mit einer ÖIAG-Gesetzesnovelle vorgeschlagen hat, war die Sicherung des Personalmonopols für den sozialistischen Minister. Kein Wunder, daß in einem Debattenbeitrag der sozialistische Klubobmann Wille den Begriff der "Entpolitisierung" in Zusammenhang mit dem "dümmsten Ausdruck, der verwendet wurde", gebracht hat.

Minister Dallinger spricht sich wieder für eine Stärkung des politischen Einflusses aus und glaubt nach wie vor, die alte Speerspitzenpolitik der Sozialisten sei das Richtige, das heißt, die verstaatlichte Industrie habe vor allem außergewöhnliche und zusätzliche regionalpolitische und sozialpolitische Aufgaben zu erfüllen, koste es was es wolle.

Der Finanzminister will eine Sanierung ohne Budgetbelastung. - Ich habe einmal gemeint: Ich wäre schon froh, wenn er eine Sanierung mit einer gewissen Budgetbelastung sicherstellen könnte.

Der Bundeskanzler redet von einer Sanierung, die der Belegschaft keine Opfer abfordert.

Und die freiheitlichen Regierungsmitglieder haben ohnehin nur eine Sorge: Sie wollen in der Zukunft bei der Besetzung der Spitzenposten mehr mitreden.

So wird man das schwierigste Problem in unserer Wirtschaftslandschaft jedenfalls nicht lösen können, liebe Freunde!

Wir haben 1970 die verstaatlichte Industrie mit mehr als 100.000 Arbeitsplätzen und 1,4 Milliarden Schilling Gewinn an Dr. Kreisky und die SPÖ-Regierung übergeben. Wir haben in der Praxis gezeigt, daß der Fleiß und die Leistungen der Menschen in diesen Betrieben sehr wohl zu Gewinnen führen können, wenn man die richtigen politischen Rahmenbedingungen schafft. Das allein, liebe Freunde - und nicht nur unser besseres Programm -, gibt uns das Recht, uns als die einzige und bessere Alternative, als die Hoffnung, auch für die Arbeiter der verstaatlichten Industrie, zu präsentieren. (Beifall.)

Es bröckelt und knistert auch in anderen Bereichen: Die soziale Sicherheit - das große, gemeinsame Aufbauwerk nach dem Krieg - ist in Gefahr. Dallingers Sozialreform besteht darin, daß die Beiträge immer höher, die Staatszuschüsse größer und die Leistungen geringer werden. Wir brauchen schon deshalb eine leistungsfähige Wirtschaft, weil nur sie erlaubt, das soziale Netz zu finanzieren und so den sozialen Frieden auch in Zukunft zu garantieren. Es gibt überhaupt für eine Regierung, für einen Staat kein schlechteres und gefährlicheres Indiz für das Versagen einer Politik, als wenn die Jugend in einem wachsenden Ausmaß verdrossen, arbeitslos, freudlos und ohne Hoffnung ist.

Liebe Freunde! Diese beispielhaft - nur beispielhaft! - angeführten Versäumnisse bringen die sozialistische Koalitionsregierung mit einer immer größer werdenden Anzahl von Regierungsmitgliedern und einem steigenden finanziellen Aufwand zustande, aber offenbar mit immer weniger Fachkompetenz und Verantwortlichkeit. Für die Situation ist folgendes symbolhaft: Die führende Großmacht auf unserer Welt, die Vereinigten Staaten, kommt mit 13 Regierungsmitglieder aus. In der Schweiz, einem der wohlhabendsten Länder Europas, werden die Staatsgeschäfte von 7 Ministern geleitet. Bei uns gibt es jetzt schon 21 Regierungsmitglieder, nämlich 16 Minister und 5 Staatssekretäre. Die Größe der Regierung steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen, vor allem wirtschaftspolitischen Leistungsfähigkeit! (Zustimmung.)

Das Versagen der kleinen Koalition zeigt sich an ihren Ergebnissen. Die Republik ist dringend reparaturbedürftig. Das

liegt aber nicht an den Leistungen der Österreicher, sondern an der Regierungspolitik und ihren Auswirkungen.

Liebe Freunde! Wir müssen uns oft anhören, die Japaner seien so gescheit, tüchtig und fleißig. - Ich sage euch: Die Österreicher sind nicht weniger gescheit, nicht weniger fleißig und nicht weniger tüchtig, wenn man sie frei forschen, gemäß ihrem eigenen Willen arbeiten und ihre Tüchtigkeit unter Beweis stellen läßt. (Zustimmung.)

Vor allem wegen der Reparaturbedürftigkeit der Wirtschafts- und Budgetpolitik verlangen wir zum frühestmöglichen Zeitpunkt Neuwahlen. Wir fordern diese Neuwahlen nicht aus taktischen Gründen. Für die Österreichische Volkspartei kann das Wahlergebnis nur immer günstiger werden, je länger diese Regierung ihre Politik vollzieht. Aber für wichtige Regionen in unserem Land und für die dortige Bevölkerung wird die Situation von Tag zu Tag schwieriger, je länger sie an der Macht ist. Wir wollen Neuwahlen, weil wir die Politik für dieses Land neu gestalten und auch verantworten wollen.

Es ist höchste Zeit für eine andere Politik vor allem aus fünf Gründen: Die katastrophale Lage der verstaatlichten Industrie, das explosionsartige Anwachsen der Staatsverschuldung, die untragbare Steigerung der Steuerbelastung, die fühlbaren Einkommensverluste im Bereich der älteren Mitbürger und der bäuerlichen Bevölkerung sowie die bedenkliche Politikverdrossenheit der Bürger unseres Landes.

Ich bin optimistisch, daß eine überwiegende Mehrheit der Österreicher der Österreichischen Volkspartei das nächste Mal

das Vertrauen und die Verantwortung für die Regierungsbildung geben wird. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich möchte hier in aller Form den Führungsanspruch der Österreichischen Volkspartei anmelden! (Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe.)

Unser Führungsanspruch ist von der Überzeugung geprägt, daß Österreich wieder zuerst kommen muß. Nicht Parteien, nicht Dogmen dürfen Vorrang haben, sondern einzig und allein das Wohl Österreichs und seiner Bevölkerung. Die politischen Parteien haben sich wieder in den Dienst des Landes zu stellen. Der Wegweiser der SPÖ, der rote Faden ihrer Politik, ist das Wort: Ohne Partei sind wir nichts. - Dieser Wegweiser zeigt in die falsche Richtung, liebe Freunde! (Zustimmung.)

Der sozialistische Weg hat sich erschöpft und erschöpft auch in zunehmendem Maß die wirtschaftliche und politisch-moralische Substanz unseres Landes. Die sozialistische Führung hat nicht mehr den Mut, sich zu ihrem eigenen Programm zu bekennen. Sie hat aber auch nicht die politische Kraft, über ihren eigenen Schatten zu springen. Prominente Sozialisten sprechen jetzt auffällig oft von "Leistung", von "marktwirtschaftlichen Erfordernissen", von "Teilprivatisierung" und von "Gewinnen". Sie können aber diese Auffassung in ihrer eigenen Partei nicht durchsetzen und werden in der "Arbeiter-Zeitung" dafür scharf kritisiert. Wenn die Volkspartei im Parlament entsprechende Anträge stellt, wird die Volkspartei niedergestimmt.

Eine Änderung der Politik ist also nur durch einen politischen Kurswechsel möglich. Wenn "Österreich zuerst" wieder kommen soll, ist ein politischer Wandel in unserem Land unumgänglich notwendig. Dazu bedarf es Neuwahlen! (Zustimmung.)

Liebe Freunde! Wir haben aber diesen Wirtschaftsparteitag einberufen, um noch einmal unsere Alternativen, unsere konkreten Lösungsvorschläge, unsere andere Politik darzustellen. Das Ausland beweist, daß es mit einer marktwirtschaftlichen Politik, wie sie unseren Grundsätzen entspricht, gelingt, Schwierigkeiten zu überwinden und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung neue, positive Impulse zu geben.

In der Schweiz verzeichnet das Budget für 1986 einen Einnahmen-Überschuß von über 130 Millionen Schweizer Franken. Damit unterbricht das Budget der Eidgenossenschaft erstmals seit 1971 eine andauernde Defizitperiode. Im Budget 1986 wird erstmals seit 1984 das damals angeordnete Sparprogramm wirksam. Das Ausgabenwachstum wurde von 6,7 Prozent über 5,9 Prozent auf 3,1 Prozent eingebremst.

Dies, meine Damen und Herren, entspricht ziemlich genau jenen Vorschlägen, die die Österreichische Volkspartei vor sechs Jahren in einem eigenen Budgetkonzept ganz konkret erstattet hat. Wir würden anders aussehen, liebe Freunde, wirtschaftlich und sozial anders dastehen, wenn sich damals die Regierung zumindest einige Vorschläge der Österreichischen Volkspartei zu eigen gemacht hätte.

In der Bundesrepublik Deutschland hat die Koalitionsregierung bereits wenige Monate nach ihrem Amtsantritt ein steuerpolitisches Sofortprogramm durchgeführt. Nach der sozialistisch

dominierten Regierungsperiode gab es seit 1983 vier große Steuersenkungsaktionen. Wie es in der Sprache der Bundesrepublik Deutschland heißt, wurden die Unternehmen mit der Steuerpolitik wieder "fett" gemacht. - Mich freut es, daß ich gerade an dieser Stelle, wo ich auf die beispielhafte Politik unserer christ-demokratischen Freunde in der Bundesrepublik Deutschland verweise, den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth, bei uns herzlich begrüßen kann. (Anhaltender Beifall.)

Herr Ministerpräsident! Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie trotz Ihrer zahlreichen Verpflichtungen - nicht nur auf Grund Ihres Amtes als Ministerpräsident von Baden-Württemberg, sondern als deutscher und europäischer Spitzenpolitiker - zu uns gekommen sind. Ich freue mich, weil Sie es gerade in Ihrem Bundesland verwirklicht haben, was wir alle wollen: Die Verwirklichung eines hohen Maßes an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und an sozialer Gerechtigkeit durch eine stark mittelständisch orientierte wirtschaftliche Strukturpolitik. Sie haben gezeigt, daß der mittlere und kleinere Industrie-, Gewerbe-, Handels-, Landwirtschafts- und Fremdenverkehrsbetrieb der leistungsfähigere Betrieb ist. - Sie haben das einmal mit den Worten zum Ausdruck gebracht: Die Mücken haben ja auch die Dinosaurier überlebt.

Ich freue mich, daß Sie zu uns gekommen sind, und darf Sie persönlich nochmals sehr herzlich begrüßen. (Beifall.)

Liebe Freunde! Selbst der sozialistische Finanzminister Vranitzky meinte, daß er die Kreditwürdigkeit Österreichs unter allen Umständen erhalten wolle, ob dies mit Thatcherismus, mit

Reaganomic oder mit Kohl-Politik geschehe, sei ihm nicht so wichtig. - Von Sozialismus hat er jedenfalls nach diesen Worten ohnehin Abschied genommen.

Aber gerade in diese Richtung, die ich unter Hinweis auf die deutschen Freunde skizziert habe, weisen auch die Steuerreformpläne der Österreichischen Volkspartei.

Ich möchte nun das dritte Beispiel bringen für die Durchführung politischer Ideen, die auch wir teilen, was den Bürokratie-Abbau in den Vereinigten Staaten anlangt. Selbst die heftigsten Kritiker des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan müssen zugeben, daß er die staatliche Verwaltung gründlich abgebaut und transparenter gemacht hat. In drei Jahren wurden die bürokratischen Belastungen durch ein sogenanntes Papierkrieg-Verminderungsgesetz und eine entsprechend besetzte Kommission um 25 Prozent reduziert, und die Öffentlichkeit wacht sorgsam darüber, daß der Bürokratie-Abbau weiter fortschreitet.

Leistungsbereitschaft und Privatinitiativen wurden motiviert. Dieser Weg entspricht auch unseren längst formulierten Vorstellungen von mehr Freiheit, weniger Staat und einem effizienten Bürokratie-Abbau.

Liebe Freunde! Mit diesen drei Beispielen zeigen im Ausland politisch verwandte Parteien, in welche Richtung die Entwicklung geht und was wir, abgestellt auf die österreichische politische Tradition und auf unsere Notwendigkeiten, an Zielsetzungen haben. Wenn wir die Mehrheit haben - und nur mit der Mehrheit können wir das realisieren. Selbst im Bereich der

Eigentumsbildungs- und Privatisierungszielsetzung sollten sich die Sozialisten wenigstens bei ihren eigenen Genossen eine Anleihe nehmen. Der französische Ministerpräsident Fabius hat im ersten Jahr seiner Amtsführung mehr Unternehmen entstaatlicht, als es im letzten Jahr der Amtsführung von Giscard d'Estaing geschehen ist. Felipe Gonzalez, sozialdemokratischer Ministerpräsident Spaniens, erklärt, es wäre falsch, anzunehmen, daß der Staat Unternehmen besser führt. Und Bettino Craxi, erster sozialdemokratischer Ministerpräsident Italiens, greift zur Sanierung des verstaatlichten IRI-Konzerns durch Entstaatlichung einer ganzen Reihe von Unternehmungen aus diesem Bereich.

Nur, liebe Freunde: Sozialisten gehen diesen Weg erst dann, wenn sie anders kein Geld mehr auftreiben und Milliarden von Steuergeldern durch Subventionen verschwendet haben. Wir dürfen es in Österreich nicht so weit kommen lassen! Wir müssen durch Neuwahlen vorher einen anderen politischen Weg sicherstellen.
(Beifall.)

Unser Freund, Wirtschaftssprecher Robert Graf, wird auf diesem Parteitag das neue Wirtschaftsprogramm der Volkspartei vorstellen, das mit ganz konkreten Maßnahmen für alle mehr Chancen und mehr Fairneß bietet. Für alle Österreicher muß sich Leistung wieder lohnen! Ganz wesentlich für eine solide und erfolgreiche Budgetkonsolidierung, für die Verminderung des Steuerdrucks ist vor allem eine zügige Sanierung der verstaatlichten Industrie. Auch dieser substantielle und wesentliche Teil unserer Wirtschaft muß wieder wettbewerbsfähig werden.

Ich habe das Konzept der Volkspartei zur Sanierung der verstaatlichten Industrie in meiner Erklärung zur Lage der Nation detailliert vorgestellt. Es ist uns zu wenig, was die Gesetzesänderung der Regierung derzeit vorschlägt, nämlich das sozialistische Entscheidungsmonopol in Personalfragen sicherzustellen. Wir glauben auch, daß längerfristig im verstaatlichten Bereich eine Teilprivatisierung und schrittweise Privatisierung, aber auch die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand notwendig ist, um Verantwortlichkeiten klarzustellen, parteipolitischen Einfluß abzubauen, eine höhere Effizienz zu erreichen, das Budget zu entlasten und aus den verstaatlichten Unternehmen wieder Unternehmen zu machen, auf die wir stolz sein können, weil sie investitionsfähig sind, wettbewerbsfähig sind und die Arbeitsplätze sichern.

Privatisierung und Eigentumsbildung sichert das Eigentum an der österreichischen Wirtschaft für die Österreicher. Der sozialistische Weg führt zum Ausverkauf, wie der steigende Anteil des ausländischen Eigentums an österreichischen Unternehmen zeigt. Allein zwischen 1974 und 1984 stieg der ausländische Anteil von 20 auf 30 Prozent!

Liebe Freunde! Dieses Ergebnis der Schwächung der österreichischen Wirtschaftsstruktur verbietet es dem Bundeskanzler mit dem Argument, wir würden auf einen Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft drängen, unsere Vorschläge abzuqualifizieren. Genau das Gegenteil ist wahr! Ich erinnere mich noch daran, als im Jahre 1976 durch eine Sanierung der österreichischen Siemens AG Dr. Taus angegriffen wurde, dies sei ein Ausverkauf der österreichischen Wirtschaft an das Ausland.

Seit 1974 - 16 Jahre regieren die Sozialisten - ist der Anteil der ausländischen Eigentümer an österreichischen Unternehmen um 10 Prozent von 20 auf 30 Prozent gestiegen. Genau ihre Politik führt zu diesem Ausverkauf, den wir nicht wollen.

Wir wollen auch Arbeit schaffen und nicht Arbeit bestrafen. Es gibt genügend Arbeit in unserem Land, wir müssen sie nur wieder finanzieren. Ruhensbestimmungen, Arbeitsverbote, starre Arbeitsvorschriften, Bestrafung der Leistung von Überstunden werden die Arbeit nicht vermehren, sondern nur die Arbeit verteuern und Arbeitsplätze zerstören. (Beifall.)

Liebe Freunde! Auf solchen Pfaden bewegen sich die Lieblingsideen von Sozialminister Dallinger. Niemandem ist mit einer generellen linearen Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Wochenstunden gedient, die von den Betrieben nicht verkraftet wird und zur radikalsten und schlimmsten Form der Arbeitszeitverkürzung führt, nämlich zur Arbeitslosigkeit. Niemandem hilft ein Mitspracherecht der Gewerkschaftszentrale bis in die kleinsten Betriebe anstelle partnerschaftlicher Strukturen, wenn die Betriebe dadurch unbeweglich werden und ihre Chancen auf den Märkten verlieren. Niemand hat etwas von einer Arbeitsplatzgarantie im Betrieb, wenn der Betrieb nicht mehr lebensfähig ist, wie wir das jetzt so schmerzlich im Bereich der Verstaatlichten erleben.

Keinem Bürger, der in einem langen Arbeitsleben Beiträge zur sozialen Sicherheit leistet, ist mit einer Reform der Sozialversicherung gedient, die ständige Beitragserhöhungen bei gleichzeitigen Leistungsver schlechterungen vorsieht, ohne die

Finanzierungsprobleme der Zukunft zu lösen. Wir wollen in der sozialen Sicherheit ein gerechtes, realistisches Verhältnis zwischen Aufwand und Leistung. Das ist der Weg, den wir gehen wollen! (Beifall.)

Liebe Freunde! Wir wollen auch neue Wege in der Agrarpolitik gehen. Unser Ziel ist es, einen gesunden Bauernstand zu erhalten, für die nachhaltige Sicherung der Naturgrundlagen und eine gepflegte Kulturlandschaft zu sorgen sowie die sichere heimische Versorgung mit einwandfreien Produkten zu garantieren.

Von den Bauern wird mehr Qualität bei landwirtschaftlichen Produkten gefordert. Das entspricht auch unseren Vorstellungen. Da muß man aber auch wissen, daß Qualitätsverbesserungen ihren Preis haben. Das möchte ich hier sehr deutlich sagen. Es dürfen die dadurch entstehenden Probleme nicht gegen die Betroffenen, sondern sie müssen mit den Betroffenen, mit unseren Bauern zusammen gelöst werden (Beifall.)

Mit dieser wirtschaftlichen Dynamik und finanziellen Sanierung werden wir auch die ökologischen Probleme lösen. In der Ökologie sehen wir eine neue Dimension der sozialen Verantwortung. Eine gesunde, lebenswerte Umwelt muß allen Staatsbürgern in allen Lebensbereichen zur Verfügung stehen und darf nicht vom einzelnen teuer und exklusiv erkaufte werden können. Ich bin davon überzeugt, daß das marktwirtschaftliche System von seinen Grundprinzipien, seiner großen Flexibilität, seiner Effizienz am besten geeignet ist, die neuen ökologischen Probleme zu lösen.

Meine lieben Freunde! So wie die soziale Marktwirtschaft die Integration und gemeinsame Lösung des wirtschaftlichen und

sozialen Fortschritts am besten gesichert hat, ist dieses System auch die beste Garantie dafür, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt vereinbar zu machen. (Beifall.)

Wir müssen aber gerade in diesem Zusammenhang von Ökonomie, Ökologie, Technik und sozialem Standard der Jugend die Chance geben, die enormen Möglichkeiten der modernen Technik zu ergreifen und zu nutzen. Wir müssen darangehen, die Technikfeindlichkeit und -ängste abzubauen, denn Feindseligkeit und Angst sind schlechte Partner.

Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Wenn eine technische, eine wissenschaftliche Erfindung mißbraucht wird, hat nicht der Erfinder die Schuld, sondern dann fehlt es am politischen oder moralischen Verantwortungsbewußtsein der Menschen. Wir müssen die Ethik in unserer Gesellschaft entwickeln, daß sie den technischen Fortschritt bewältigt, aber nicht mit Technikfeindlichkeit gegen Wissenschaft und Forschung ankämpfen. Das ist unser Weg in diesem so sensiblen Bereich der gesellschaftspolitischen Entwicklung. (Beifall.)

Gerade in der Bildungspolitik ist es notwendig, rasch und sorgsam überlegt richtige und lohnende Investitionen für die Zukunft zu tätigen. In einer komplizierteren Welt verlangen Wirtschaft und Gesellschaft mehr Flexibilität und mehr Pluralismus auch im Bildungswesen. Mit dem uniformierten Bildungssystem der Sozialisten, mit Einheitsschulen und Gleichmacherei wird man diesen Problemen nicht Herr werden. Man kann nicht alle über einen Leisten schlagen, wenn man jungen Menschen bessere Entfaltungs-, Leistungs- und Lebensmöglichkeiten bieten will. (Beifall.)

Liebe Freunde! Am Schluß eine kulturpolitische Feststellung: Umwelt, soziale Vorsorge, Bildung, Information und Wissenschaft sind nach unserem Verständnis wesentliche Elemente des kulturellen Fortschritts. Maßstab für die Kultur eines Landes ist die Fähigkeit, Fortschritt mit Tradition zu verbinden, wachsende Freiheit mit wachsendem Verantwortungsbewußtsein in Einklang zu bringen. Wir treten daher auch für eine Kulturpolitik ein, die den Künstlern und Kulturschaffenden unseres Landes - und wir haben hier ein reiches und großes Potential - ein Mehr an Freiheit und ein Mehr an Liberalität zugesteht.

Wir wollen auch im Bereich der Kultur Qualität, Eigenständigkeit und persönliche Unabhängigkeit fördern und sicherstellen. Gerade in diesem Bereich wirkt sich das sozialistische Wort "Ohne Partei sind wir nichts" sehr verhängnisvoll aus. Parteipolitische Vereinnahmung, Schaffung von Abhängigkeiten, ideologische Schranken als Voraussetzung für Subventionen haben der künstlerischen und kulturellen Entfaltung der begabten Menschen noch nie gut getan. Mehr Freiheit setzt aber auch mehr Verantwortungsbewußtsein voraus.

Liebe Freunde! Man könnte nun fragen, warum ich in einem grundsätzlich wirtschaftspolitisch orientierten Referat auch diesen Bereich hereinnehme. Mehr Freiheit, mehr Leistung, mehr Selbständigkeit, mehr Verantwortungsbewußtsein sind wesentliche Begriffsbestandteile des Ordnungssystems der sozialen Marktwirtschaft. Je nach dem, welche Ordnungsprinzipien ich in der Wirtschaft praktiziere, überträgt sich das auch in andere gesellschaftspolitische Bereiche.

Es hat sich immer wieder als Fehlspekulation erwiesen, zu glauben, daß eine sozialistische Partei, wenn sie irgendwo für mehr Freiheit plädiert, das woanders auch durchführt. Mehr Zentralismus, mehr Staat, mehr Abhängigkeit, mehr Subventionen in der Wirtschaft führen auch zu mehr Zentralismus, zu mehr Abhängigkeit und weniger Freiheit im Bereich der kulturellen Entwicklung. Wir müssen daher eine homogene und geschlossene Gesellschaftspolitik vertreten. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Glaubwürdigkeit unserer gesellschaftspolitischen Position.

Liebe Freunde! Ich habe Ihnen - und ich bin mir dessen bewußt - sehr ausführlich das Anliegen der Österreichischen Volkspartei begründet, in unserem Land so rasch wie möglich die politischen Verhältnisse durch Neuwahlen zu ändern. Ich habe in wesentlichen Bereichen die Alternativen aufgezeigt, wo es hinführen soll. Wir wollen Sauberkeit, Sparsamkeit und Bescheidenheit im öffentlichen Leben. Wir wollen mehr Spielraum, mehr Freiheit für den einzelnen Bürger. Wir wollen mehr Anerkennung von Ideen und Leistung. Wir wollen soziale Hilfe für die wirklich Schwachen unserer Gesellschaft. Wir wollen eine aussichtsreiche Zukunft für unsere Jugend. Wir wollen ihr Optimismus geben und sind selbst Optimisten. Wir wollen Bürger, die wieder stolz auf ihr Land sind und darauf, daß sie hier leben können.

Liebe Freunde! Dafür wollen wir arbeiten. Wir sind entschlossen, unserem Land, den Österreicherinnen und Österreichern und der Welt zu beweisen, daß der Weg der Österreichischen Volkspartei zwar nicht der Weg des geringsten Widerstandes, ja sogar

ein schwieriger, aber ein erfolgreicher Weg in eine gute Zukunft ist. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. R a t z e n b ö c k : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jede Rede unseres Parteiobmannes Dr. Alois Mock ist ein Höhepunkt jeder Veranstaltung. (Beifall.) Er ist für uns die Verkörperung des Selbstbewußtseins unserer Partei. Wir wissen, daß wir auf dem richtigen Weg sind, und diesen Weg gehen wir mit dir, Alois Mock. Ich danke dir für deine Arbeit. (Beifall.)

Jetzt übergebe ich den Vorsitz an meinen guten Nachbarn hier am Präsidium und auf der Landkarte, an den Salzburger Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer. (Beifall.)

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Wilfried H a s l a u e r : Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich übernehme den Vorsitz und darf der neuen Zweiten Nationalratspräsidentin das Wort erteilen. Wie Sie alle wissen, ist sie vorgestern in das höchste Amt berufen worden, das die Österreichische Volkspartei als Oppositionspartei gegenwärtig zu besetzen hat. Auch ich wünsche ihr für dieses neue hohe Amt allen erdenklichen Erfolg. (Beifall.) Ich wünsche ihr vor allem aber, daß sie ihren bekannten Charme und ihr gewohntes Temperament auch dann nicht verliert, wenn sie im Nationalrat für Ordnung zu sorgen hat.

Mit diesen Wünschen darf ich nunmehr Frau Nationalratspräsident Dr. Hubinek das Wort erteilen zur Begründung der Resolution, die sie im Auftrag des Bundesparteivorstandes Ihnen, meine Damen und Herren, vorlegt.

Zweiter Präsident des Nationalrates Abg. z. NR Dr. Marga

H u b i n e k (mit Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Meine lieben Parteifreunde! Wir erleben, daß die Gegenwart von steigender Arbeitslosigkeit geprägt ist, die vor allem die jungen Menschen und die Frauen betrifft. Die Gegenwart ist aber auch geprägt von einem wachsenden Schuldenberg, von Schulden, die noch unsere Kinder und Enkel zurückzuzahlen haben. Die Gegenwart ist auch geprägt von einem immer geringeren Einkommen der Bürger, weil die Steuer einen immer größeren Anteil beansprucht.

Wir erleben gleichzeitig in den letzten Wochen eine nie gekannte Krise der verstaatlichten Industrie. Eine Ideologie der Sozialisten, an die man jahrzehntelang geglaubt hat, gerät ins Wanken. Die Sonderstellung der verstaatlichten Industrie, die man ihr gegenüber der privaten Wirtschaft immer einräumen wollte, hat die einmalige Krise nicht zu verhindern gewußt.

Wir erleben alle, daß die Politik gescheitert ist, jene Politik, die verkündete, daß nur Schulden Arbeitsplätze sichern. Meine lieben Parteifreunde! Heute haben wir beides: Schulden und Arbeitslosigkeit. Die fahrlässige Schuldenpolitik der sozialistischen Regierungen hat durch Steuererhöhungen und durch Bürokratie die Substanz der Betriebe ausgehöhlt. Immer neue Betriebe können dem Belastungsdruck nicht mehr standhalten. Sie müssen zusperren, und wieder gehen Arbeitsplätze verloren.

Meine lieben Parteifreunde! Diese Entwicklung geht an den Bürgern nicht spurlos vorüber. Der so groß und so lautstark verkündete Kampf gegen die Armut ist kläglich gescheitert. Kinderreiche Familien, Pensionisten erleben am eigenen Leib,

wie sie immer mehr Einkommenseinbußen erleiden und an die Armutsgrenze geraten. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation fordert die Österreichische Volkspartei aus ihrer staatspolitischen Verantwortung rasche Neuwahlen. Im Interesse der Österreicher appellieren wir an die Regierung, den Weg freizumachen, denn, meine lieben Parteifreunde, jeder Tag, den diese Regierung auf ihren Sesseln klebt, ist ein vergeudeter Tag. (Beifall.) Das Sesselkleben dieser Regierung gefährdet nicht nur unsere Zukunft, sondern die Zukunft unserer Kinder wird mehr und mehr belastet. Wir erleben, wie hilflos diese Regierung agiert. Sie ist in Positionskämpfe verstrickt, von Skandalen, die sich an die Namen ehemaliger Minister knüpfen, geschüttelt.

Meine lieben Parteifreunde! Welche sind nun die vor- dringlichsten Probleme, deren Lösung nicht länger aufzuschieben ist? Wir müssen das Budget in Ordnung bringen, hier neuen Spielraum für Maßnahmen schaffen, die wieder Beschäftigung sichern. Ich glaube, wir alle wissen, daß es zutiefst inhuman ist, tatenlos zuzusehen, wie die Arbeitslosenzahlen explodieren. Wir wissen, daß diese Maßnahmen nur eine handlungsfähige Regierung durchziehen kann.

Aber, meine lieben Parteifreunde, wir verlangen auch - und wir haben es uns vorgenommen - ein mehrstufiges Steuerreformkonzept, um wieder eine private Kaufkraft zu schaffen. Wir wollen, daß die Klein- und Mittelbetriebe wieder Berufs- und Beschäftigungschancen erhalten. Wir wollen durch eine Industrieoffensive neue Industriegruppen schaffen. Wir haben uns vorgenommen,

innerhalb von zehn Jahren mindestens 50.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Meine lieben Parteifreunde! Wir bekennen uns zur verstaatlichten Industrie. Aber wir wissen, daß eine zielführende Sanierung dringend notwendig ist, eine Sanierung nicht nur im Interesse der Steuerzahler, sondern auch im Interesse der vielen Tausenden Beschäftigten in diesen Betrieben.

Wir haben uns vorgenommen, ein Eigentums- und Privatisierungskonzept, verteilt auf zwei Legislaturperioden, zu verwirklichen.

Wir wollen den hohen Staatsanteil an der österreichischen Wirtschaft senken. Wir wollen, daß die österreichischen Bürger wieder einen breiten Raum für die Bildung privaten Eigentums haben.

Wir wollen aber auch eine andere Politik im ländlichen Raum. Die Österreichische Volkspartei sieht es als untragbar an, daß eine ganze Bevölkerungsschicht an die Grenzen ihrer materiellen Existenz gedrängt wird. Immer neue Belastungen zwingen viele Bauern, ihren Hof zu verlassen und sich als Nebenerwerbsbauern um einen Arbeitsplatz in der Industrie zu bewerben. Wir wollen durch eine neue Agrarpolitik den Familienbetrieben neue Produktionschancen eröffnen. Wir wollen, daß der Bauer wieder eine Lebensmöglichkeit hat.

Meine lieben Parteifreunde! Wir empfinden es als Auftrag und Verpflichtung, uns für unsere alten Mitbürger einzusetzen. Nur ein schonungsloser Kampf gegen Verschwendung und Mißwirtschaft wird es erlauben, daß unsere alten Mitbürger wieder einen gesicherten Lebensabend haben. (Beifall.)

Wir wollen aber auch die eingefahrenen Geleise verlassen, die uns starre Arbeitszeiten, starre Betriebszeiten und starre Ladenöffnungszeiten bescheren. Wir wollen dem mündigen Bürger mehr Wahlmöglichkeit, mehr Flexibilität eröffnen, damit er seine Lebensbedürfnisse im Betrieb und beim privaten Einkauf besser verwirklichen kann.

Wir lehnen die Zwangsbeglückung ab, die uns der Sozialminister bescheren will, daß wir weniger persönliche Gestaltungsmöglichkeit haben, weniger arbeiten, weniger verdienen sollen.

Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, es ist wichtig, daß wir erkennen, daß Österreich und die österreichische Wirtschaft an einer Wegkreuzung stehen. Wir wissen, daß sich die Bevölkerung für unseren Weg der sozialen Marktwirtschaft entscheiden wird, weil die Bevölkerung der Österreichischen Volkspartei und ihrer Marktordnung vertraut. Sie vertraut darauf, daß wir Erfahrung haben und besser wirtschaften können, was wir in der Vergangenheit unter Beweis gestellt haben. Daher wollen wir einen neuen Anfang. Die Regierung muß den Weg dazu frei machen.

Wir wissen, daß die Regierungskoalition gescheitert ist. Daher soll dieser Parteitag dazu auffordern, den Weg zu Neuwahlen freizumachen. Nur rasche Neuwahlen können die Weichen für eine neue Zukunft, für eine bessere Zukunft stellen. Denn, meine lieben Parteifreunde, wir wirtschaften besser, wir regieren besser. Daher mit der Österreichischen Volkspartei auf einen neuen Weg! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. H a s l a u e r : Ich danke, Frau Nationalratspräsident.

Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit ist Ihnen die Resolution, die soeben begründet worden ist, ausgeteilt worden. Wünscht dazu jemand das Wort? - Das ist erfreulicherweise nicht der Fall.

Wer mit der Resolution einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Delegiertenkarte. - Danke. Gegenprobe. - Herr Bundesparteiobermann! Frau Nationalratspräsident! Ich konstatiere einstimmige Annahme dieser Resolution. (Beifall.)

4. Ministerpräsident Lothar Späth:

"Aufschwung aus eigener Kraft"

Vorsitzender Dr. H a s l a u e r : Damit kommen wir zum zweiten Höhepunkt unseres Bundesparteitages, zum Tagesordnungspunkt 4, zu dem auch ich unseren Ehrengast, den Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Lothar Späth, recht herzlich begrüßen möchte.

Lieber Herr Ministerpräsident! Sie kommen aus einem Land in der Bundesrepublik, das mit an der Spitze des technologischen Fortschritts, des allgemeinen Wohlstandes und des sozialen Fortschrittes steht. In Ihrem erst vor kurzem erschienenen Buch, das Sie mir bei Ihrer bekannten Gastfreundschaft im November übergeben haben, schreiben Sie unter dem Titel "Wende in die Zukunft" über die Ansätze Ihrer Politik. Sie kämpfen in Ihrem wunderschönen, tüchtigen Land gegen Gigantomanie, gegen die Allmacht des Staates. Und in Ihrem Buch schildern Sie das sehr

treffend so, daß schließlich die Insekten die Dinosaurier überlebt haben.

Auch bei uns geht es um neue überschaubare Einheiten, um neue wirtschaftliche, betriebliche, dynamische Strukturen. Und gerade in dieser Richtung ist Ihr Land, ist Ihre Wirtschaftspolitik für uns ein großes Vorbild.

Mit großem Interesse sehen wir nunmehr Ihren Ausführungen entgegen. Ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

Ministerpräsident Lothar S p ä t h (mit Beifall begrüßt): Herr Landesparteiobmann! Lieber Freund Dr. Mock! Meine sehr verehrten Damen und Herren Delegierte! Liebe Freunde von der Österreichischen Volkspartei! Natürlich bin ich gern auf diesen nachbarschaftlichen Besuch zu Ihrem Sonderparteitag herübergekommen. Zum ersten, um Ihnen die Grüße des Vorsitzenden der CDU Deutschland, unseres Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl, zu übermitteln (Beifall) und Ihnen damit zum Ausdruck zu bringen, daß wir, Ihre Freunde von der Union in der Bundesrepublik, Sie ermuntern und unterstützen wollen auf dem Weg, den Sie sich vorgenommen haben. Wenn ich heute morgen ein bißchen in diesen Parteitag hineingehört habe, dann muß ich eigentlich sagen: Es ist fast alles wie bei uns vor drei Jahren, und deshalb muß auch das Ergebnis dasselbe sein wie bei uns vor drei Jahren. (Beifall.)

Die prinzipiellen Argumente sind ja immer dieselben: Wir sind die Partei derer, die ihr eigenes Geld riskieren, und kämpfen meistens gegen jene, die vor allem das Geld der anderen so lange verwalten, bis sie immer mehr dazu brauchen, um es weiterverwalten zu können. (Heiterkeit und Zustimmung.) Und das Prinzip

war dasselbe: Uns hat man erklärt: Wir haben die Schulden nur gemacht, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Helmut Schmidt hat einmal gesagt: Was wollt ihr denn, 5 Prozent Arbeitslose oder 5 Prozent Inflation? - Am Schluß hatten wir beides und jedes Jahr noch 10 Prozent mehr Schulden.

Und das Ergebnis nach drei Jahren: Die Regierung von Helmut Kohl hat es erreicht, die Arbeitslosenanstiege zum Stopp zu bringen. Dabei ist es komisch, daß jene, die es angerichtet haben, uns nachträglich fragen, warum wir es nicht in drei Jahren wieder abgebaut haben. Im letzten Jahr ist in der Bundesrepublik zum ersten Mal die Zahl der Arbeitsplätze um 180.000 gestiegen, allein in meinem Land um 60.000 Arbeitsplätze. Sie sind da, es sind neue Arbeitsplätze, und sie sind nicht bei den Großen entstanden. Sie sind bei den vielen kleinen Unternehmen entstanden, die wieder Mut zur Investition haben, die aus der Preisstabilität und vor allem aus einer Steuerpolitik, die Leistung wieder belohnt, Hoffnung schöpfen, daß es sich lohnt, sparsam und fleißig zu sein, zu investieren und darauf eine Zukunft aufzubauen.

(Beifall.)

Natürlich wissen wir alle, daß die europäischen Industrieländer in der typischen Krise aller Industrieländer sind, nämlich in einem raschen Strukturwandel, in einem internationalen gnadenlosen Wettbewerb, dem wir uns nicht entziehen können. Wir, die wir keine Rohstoffe haben, können nicht mit Protektionismus die Zukunft zu überwinden hoffen, und wir dürfen nicht mit einem falsch verstandenen System der Dauersubvention die alten Strukturen so lange erhalten, bis eine Bruchstelle nach der anderen

sichtbar wird und wir die Kraft nicht mehr haben, die neuen Strukturen aufzubauen.

Das fängt zuerst bei der Ordnungspolitik, und dort vor allem bei der Steuerpolitik, an. Diese große Gefahr, daß durch die Inflationsraten der Vergangenheit die heimlichen Steuererhöhungen dem Staat immer viel zu viel Spielraum eingeräumt haben, war genau die Gewöhnung an dynamisch wachsende Staatseinnahmen und der Verlust einer echten kurzen Kontrolle. Das Ergebnis ist ein Steuersystem, bei dem die Besteuerung so hoch ist, daß eigentlich nur noch der angenehm leben kann, der entweder wohlhabend oder unpfändbar ist. (Heiterkeit.) Da darf man sich nicht wundern, wenn sich die Bevölkerung an diesen Gruppen orientiert, und der Gelackmeierte ist der Fleißige, und zwar der fleißige Mittelständler auf beiden Seiten. Der Kleinunternehmer ist genauso schlecht dran wie der fleißige Facharbeiter, der am Schluß von seinen Überstunden nichts mehr sieht, weil er immer progressiver in die Steuerbelastung hineinwächst. Am Schluß fragt er sich, warum er so fleißig sein soll, wenn das Leben auch bequemer zu haben ist. (Zustimmung.)

Es handelt sich um eine alte Geschichte, daß es eine menschliche Eigenschaft ist, daß jeder dann am meisten Dynamik entfaltet, wenn er selbst davon auch etwas hat. Es ist ja nicht so, daß das Kapital, das er behält, Geld ist, das er der Gemeinschaft vorenthält, sondern diese Nachfrage, die daraus entsteht, diese Investitionsbereitschaft ist doch die sicherste Stabilität der Wirtschaftslage. Das ist in Österreich nicht anders wie in der Bundesrepublik oder bei uns in Baden-Württemberg.

Die interessanteste Zahl, die wir jetzt erleben, ist, daß wir eine Welle von Unternehmensgründungen haben. Unsere jungen Leute haben begriffen, daß die Zukunft nicht darin liegt, gewissermaßen "Staatsschiedsrichter" als Beruf zu wählen, sondern sie haben bemerkt, daß sie ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen müssen und daß daraus die Kraft für die Dynamik und die Erneuerung unserer Wirtschaft wächst.

Noch einmal: Der Schlüssel dafür ist ohne jeden Zweifel die Steuerpolitik. Diese ewige Besteuerung der Substanz ist im Grunde der Anlaß dafür, daß auch viele Unternehmen rasch in Gefahr kommen, wenn einmal schwierige Zeiten da sind, weil die Eigenkapitaldecke nicht reicht. Deshalb ist es Unsinn, die Leute dauernd abzusteuern und dann mit Subventionen ihnen ihr eigenes Geld, vermindert um die Verwaltungskosten, als Darlehen zu geben. (Zustimmung.)

Der Mittelständler kriegt doch zum Schluß sein eigenes Geld, das man ihm vorher weggenommen hat, und dafür soll er sich noch dauernd bedanken, wie bei einer Weihnachtsveranstaltung, das ganze Jahr. Das ist eine der typischen sozialistischen Vorstellungen, daß der Bürger erstmals sein Geld abliefern soll und er dann dankbar sein muß für alles, was er zurückkriegt. Das ist die "Taschengeld"-Theorie. (Zustimmung.) Im Grunde schafft der Bürger für die Allgemeinheit und muß dankbar sein. Nur: Das ist nicht das System einer freien, dynamischen Gesellschaft, das ist nicht eine Gesellschaft, die Dynamik und die Kraft ausstrahlt, sondern das ist eine Gesellschaft, die sich müde vor sich selbst hinverwaltet, und so sieht sie dann am Schluß auch aus. Und genau da ist die größte Gefahr.

Das gilt im übrigen auch für all diese Thesen einer falschen Gerechtigkeit. Sie werden das hören, wie wir es gehört haben. Jetzt kommen die Schwarzen, hieß es, jetzt wird das soziale Netz zerstört. Ich sage den Leuten immer - und inzwischen haben das die Leute in der Bundesrepublik begriffen -, daß es nicht darum geht, jenen, die wirklich Hilfe brauchen, diese Hilfe zu versagen. Aber wir können nicht alle versorgen, die von sich aus erklären, sie würden lieber hilfsbedürftig sein, als zur Leistung beizutragen. (Zustimmung.)

Das "soziale Netz" ist dabei ein ganz wunderbarer Begriff. Er kommt aus der Zirkussprache. Dort hat man das Netz. Wenn der Artist hinunterfällt, ist unten das Netz, welches ihn auffängt. Aber was glauben Sie, wer in den Zirkus ginge, wenn auf dem Programm stünde "Heute abend großer Zirkus, Eintritt 8 Mark, Zuschauer und Artisten setzen sich gemeinsam ins Netz, einziger Programmpunkt". (Heiterkeit und Beifall.)

Ich zahle meinen Eintritt, weil ich zuerst da oben den Artisten sehen will. Da gehe ich davon aus, daß der vorerst einmal turnt und nur für den Risikofall das Netz hat.

Zweitens gehe ich davon aus, daß das Gerät in Ordnung ist - das verstehe ich unter Ordnungspolitik. Daß er nichts Unnötiges riskiert, das ist ordnungspolitische Verantwortung. Dann kommt seine Leistung.

Wenn sie zu dritt kommen und einer einen Fehltritt macht, gehe ich immer noch davon aus, daß die zwei ihn auffangen - das ist nämlich Solidarität. Und erst wenn das alles schiefgeht und er hinunterfällt, dann fällt er ins Netz. Dann müssen Sie mal sehen,

wie ein guter Artist versucht, mit affenartiger Geschwindigkeit aus dem Netz wieder aufs Trapez zu kommen. (Heiterkeit und Beifall.)

Aber wenn der Artist vom Trapez hinunterfällt und im Netz sitzen schon 100 (Heiterkeit), dann müssen Sie einmal sehen, wie es dem ergeht, der hinunterkommt, und wie es dem ergeht, auf den er fällt. Das ist das Problem des Sozialismus. (Zustimmung.)

Dieses Bild soll nichts anderes zeigen als den Unterschied zwischen richtiger und falscher Gerechtigkeit. Ich will nicht, daß Löcher in diese Netze geschnitten werden. Dies ist immer der Vorwurf: Jetzt schneiden sie in das soziale Netz. Das Netz ist in Ordnung! Nur da müssen all jene, die turnen können, raus, damit jene, die wirklich das Netz brauchen, wieder Platz kriegen. Das ist das Problem. (Zustimmung.)

Insoweit ist der Schlüssel tatsächlich die Steuerpolitik.

Der zweite Schlüssel ist die Untersuchung der Staatsausgaben nach wirklich dringender Notwendigkeit. Wir haben 1981 in Baden-Württemberg ein fürchterliches Geschrei gehabt, als wir alle Subventionen pauschal um 20 Prozent gekürzt haben. Das war der einzig erfolgreiche Weg, denn da waren alle betroffen und jeder hat so laut geschrien, daß keiner dem anderen zugehört hat. (Heiterkeit.) Dabei haben wir sogar ein paar Fehler gemacht, die wir anschließend wieder in Ordnung gebracht haben.

Jetzt haben wir den Haushalt 1985 in Baden-Württemberg gerade abgerechnet und haben bei 36 Milliarden Haushaltsvolumen 1 Milliarde Schulden, der Rest ist gedecktes Geld. Nun haben wir den

neuen Haushalt mit 37 Milliarden Volumen und 850 Millionen Schulden vorgelegt, den wir auch einhalten werden. Plötzlich wird für die Leute sichtbar, daß sich die große Anstrengung gelohnt hat. Jetzt stellen wir fest, daß unsere Finanz- und Steuerkraft überproportional wächst, weil die Arbeitsplätze, die durch die Umstrukturierung in vielen Großbetrieben schwierig werden, ein Netz von mittleren und kleinen Betrieben auffängt. Auch ist in vielen Fällen die Partnerschaft in diesen mittleren und kleinen Unternehmen weit menschlicher als in den großen Konzernen. Die Menschen kennen sich. Der Unternehmer weiß, was mit seinen Arbeitern los ist. Außerdem passen sie sich gegenseitig an. Wenn es dort einmal Überstunden gibt, dann sagen die Arbeiter: Natürlich, wenn der Chef einen guten Auftrag hat, machen wir ihn. Denn geht es schlecht, hält der Chef auch unseren Arbeitsplatz, wenn die anderen schon nicht mehr halten.

Deshalb ist z.B. diese pauschale Arbeitszeitverkürzung überhaupt keine brauchbare Lösung, denn wir haben Arbeitslose und brauchen gleichzeitig in bestimmten Bereichen dringend Überstunden, weil nämlich, wenn die Facharbeiter die Überstunden ablehnen, die Hilfsarbeiter zum Teil entlassen werden müssen, da die Auftragsvolumen fehlen. Das wird das Problem.

Sie haben es in der Sozialpolitik, Sie haben es in der Arbeitsplatzpolitik. Es ist immer eine linke Idee, alles pauschal regeln zu müssen. Ich habe beispielsweise in Baden-Württemberg dringenden Bedarf an 5.000 Facharbeitern für Daimler und ich habe 5.000 arbeitslose Lehrer. Was glauben Sie, was passiert, wenn die 5.000 Lehrer bei Daimler antreten? (Heiterkeit.) Da gibt es eine

Riesendiskussion über das Auto an sich, nur wird dann nicht eines mehr vom Band laufen. (Neuerliche Heiterkeit und Zustimmung.)

Die Frage, die sich daraus stellt, ist eine ganz andere: Haben wir mit der Bildungspolitik die richtigen Voraussetzungen für eine Industrienation geschaffen? Da ist unser Fehler. Wir haben viel zu spät darüber nachgedacht. Die Japaner und die Amerikaner haben es viel früher gemacht. Sie haben gesagt: Eine Technologienation braucht vor allem Ingenieure und Praktiker. Wir haben mit aller Gewalt jedes praktisch veranlagte Kind zum Theoretiker gemacht; sie mußten alle selbstverständlich Hochschulbildung kriegen; wenn sie nicht mitgekommen sind, haben wir über Streß geklagt; zum Schluß haben sie alle studiert, die meisten "Diskussionswissenschaften". Jetzt haben wir im Grunde genommen eine wachsende Arbeitslosigkeit im "Schiedsrichterbereich" und haben keine "Stürmer" mehr. Das ist unser Problem. (Zustimmung.)

Da kommen wir zu den eigentlichen Aufgaben des Staates. Neben der Steuerpolitik, die vor allem die Substanz wieder sichern muß, die vor allem demjenigen, der in den eigenen Betrieb investiert, Erleichterungen geben muß gegenüber dem, der sein Geld schneller unter die Leute bringt - kann jeder machen, wie er will, aber steuerpolitisch muß ein Unterschied sein -, eine Bildungspolitik, die die Praktik wieder annimmt, die die Technik wieder annimmt und die vor allem wieder dafür sorgt, daß an unseren Hochschulen ein Geflecht von Einrichtungen des Technologietransfers und der Beratung entsteht. Das sind die

wichtigsten Maßnahmen, die wir neben dem Abbau von Bürokratie tun müssen.

Dazu muß ich sagen: Da muß sich auch die Mentalität unserer Bürger ändern. Wir haben nämlich inzwischen eine solche Egoistenmentalität entwickelt, daß jeder Bürger alles schriftlich will und alles in der dritten Instanz geprüft, und dies ergibt auch eine Bürokratiestimmung. Wir brauchen für diese Dynamik wieder die unternehmerische Stimmung: Jetzt machen wir einen Kompromiß, jetzt machen wir weiter, wir wollen eine Lösung, wir wollen nicht jeden Tag eine Rechthabereidiskussion. Auch das ist eine Mentalitätsfrage, die in diesen Zusammenhang gehört. Ein bißchen reflektiert manchmal dann die Politik den Zustand in einer Gesellschaft, nämlich einen Zustand der Ermüdung.

Wir sollten uns über eines nicht hinwegtäuschen: Das Tempo, mit dem die asiatischen Industrienationen in die Weltmärkte hineingehen, wird uns in Europa noch viel zu schaffen machen. Wir unterschätzen dieses Tempo immer noch. Wir haben z.B. zwei Dinge lange unterschätzt - das spielt übrigens eine große Rolle bei den Schwierigkeiten der großen Firmen in Europa im Anlagebau -:

Wir haben immer geglaubt, wir hätten einen gewissen Schutz etwa bei den europäischen Märkten wegen der Transportkosten. Wir haben aber übersehen, daß inzwischen in allen Teilen der Welt - in Schwellenländern - grobe Maschinenteile z.B. von Baumaschinen ohne weiteres gebaut werden können. Während wir früher an den Kosten des Transports von schweren Gütern und Einrichtungen die Hemmschwelle des Weltmarkts hatten, brauchen wir heute nur

noch Elektronik, komplizierte Steuerungen, Know-how, Papiere, Menschen und Fachleute transportieren. Da ist eben ein Unterschied. 1 kg Luftfracht von Singapur nach Frankfurt oder Wien kostet eben 3,40 DM, ob Sie nun Elektronik transportieren, bei der das kein Kostenanteil ist, oder ob Sie schwere Maschinen transportieren. Das heißt: Diese Weltmarktindikation fängt erst richtig an; die Japaner und andere werden uns noch das Fürchten lehren.

Zweitens: Die Kommunikationskosten sind weg. Wenn Sie früher vor 15 Jahren in Asien oder Südamerika gereist sind, war es ein Riesenproblem, den Kontakt mit zu Hause zu halten. Heute haben Sie eine Satellitenkommunikation, die in ein paar Jahren fertig ist, und Sie können preiswert rund um die Uhr die Kommunikation auf der ganzen Welt durchführen. Das sind alles Hinderungsgründe, die nun wegfallen.

Wenn Sie dann sehen, mit welcher Begeisterung die Koreaner oder - ich war jetzt gerade in Indonesien - die Malaien - um mal andere zu nennen als nur Japan und Singapur -, diese junge Generation ihre Zukunft in die Hand nehmen, dann kriegen wir wirklich Angst, ob wir uns diese Art von Nabelschau, die wir betreiben, in Europa länger leisten können im Verhältnis zu dem Tempo, das uns die anderen vorlegen. (Zustimmung.) Und die haben alle die fatale Eigenschaft, uns gar nicht zu fragen, ob es uns recht ist, die machen das einfach.

Jetzt können wir zwei Dinge tun: Wir können diese Herausforderung annehmen - wir haben alle Voraussetzungen dazu -, dann müssen wir aber die Zahl unserer Hochschulen und deren

Qualität nicht nach der Zahl der Absolventen prüfen, sondern nach der Zahl ihrer Forschungsqualität. Auch da hat sich etwas Entscheidendes verändert: Die Infrastrukturen, die wir heute für die moderne mittelständische und kleine Industrie brauchen, sind völlig andere als jene, die noch vor 20 Jahren gegolten haben. Ganz früher war das einmal die Eisenbahn. Dort, wo die Bahnhöfe waren, war die Industrie. Klar - Transportkosten! Dann waren es die Autobahnen. Sie können in Deutschland an der Eisenbahnstruktur und an der Autobahnstruktur die Industriestruktur ablesen. Dann kamen die Firmen und wollten bessere Bildungseinrichtungen für ihre Führungskräfte, den hohen Freizeitwert und solche Dinge. Und wenn Sie heute in Amerika mit einem Computermenschen über seine Niederlassung in Europa reden, dann fragt er Sie, wie viele Informatiker Sie ausbilden, wie hoch ihre wissenschaftliche Qualifikation ist, wie viele Forschungseinrichtungen Sie haben, und "kann ich meine Forschungsabteilung nicht direkt auf das Gelände der Universität setzen". Dort sind die Fragestellungen der Zukunft.

Wenn Sie z.B. den Mittelständler im Maschinenbau nehmen - ich sage das, weil gerade diese Zulieferindustrie im Maschinenbereich die typische Industrie in Ihrem Land und in unserem Land ist -: Er hat vor 20 Jahren eben eine Maschine gebaut; wenn sie nach fünf, sechs oder nach zehn Jahren zum Ersatz anstand, hat derjenige, der sie gekauft hat, dieselbe Maschine mit kleinen Veränderungen wieder bestellt. Heute muß er allein von der Elektronik her alle vier, fünf Jahre neue Produkte haben. Das heißt: Wir brauchen eine Infrastruktur, wo auch der mittel-

ständische Unternehmer, nicht nur der Großbetrieb mit seinen Forschungsabteilungen, Kontakt mit den Universitäten hat. Das ist z.B. eine ganz wichtige Sache. Denn nur dadurch schaffen wir es - und wir haben in Baden-Württemberg im letzten Jahr 4.000 Beratungen auf diesem Sektor durchgeführt -, daß der mittelständische Unternehmer mit dem Professor an der Technischen Universität gemeinsam an der Problemlösung arbeitet. Diese Leute müssen wir zusammenbringen.

Dazu brauchen wir aber auch das Klima. Dann brauchen wir Gründungen von neuen Unternehmen. Unser größter Erfolg ist die Tatsache, daß in den letzten Jahren in Baden-Württemberg pro Jahr zwischen 5.000 und 6.000 Unternehmen neu gegründet worden sind. Natürlich nicht alle in der hohen Technologie; das ist ja auch nicht so wichtig. Wir haben beispielsweise beobachtet, daß hier eine Schwelle zu überwinden ist, z.B. für Ingenieure, die hervorragende technische Ideen, aber kein Geld haben. Da kommt wieder die Querverbindung zum Steuerrecht. Wenn die Steuern zu hoch sind, dann haben Sie zum Schluß den Zustand, daß die Leute am meisten Geld verdienen, wenn sie Staatsanleihen kaufen, und nicht, wenn sie ihr Geld in das Unternehmen stecken. Dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn am Schluß nur noch der Staat und nicht mehr die Unternehmen finanziert werden. (Zustimmung.) Ich kann es einem Unternehmer nicht verdenken, wenn er risikoreich im eigenen Betrieb 6 Prozent Zinsen hat und risikolos bei der Staatsanleihe 8 Prozent. Warum soll er unbedingt das Risiko suchen? Das Ergebnis ist zum Schluß, daß junge Leute, die etwas riskieren wollen, kein Geld mehr kriegen.

Mit anderen Worten: Wer etwas hat, riskiert nichts, und wer etwas riskieren will, kriegt nichts. Nur so können Sie keine unternehmerische Gesellschaft aufbauen. Das ist z.B. der Grund, warum wir gesagt haben: Laßt doch die jungen Leute mit neuen Chancen arbeiten!

Da ist der junge Diplomingenieur, der plötzlich entdeckt, daß er in einer hohen Technologie, beispielsweise in der Sensortechnologie, selbst etwas machen könnte. Jetzt geht er nach Hause und sagt seiner Frau: Ab morgen werden wir Unternehmer. Sagt seine Frau: Find' ich prima! Sagt er: Morgen gehe ich auf die Bank. Er geht auf die Bank und sagt: Ich brauche 1 Million Mark, muß zwei Jahre mein Produkt entwickeln. Aber jetzt zeige ich Ihnen mal, was ich entwickle und wie gut es ist. Dann wundert er sich, wenn sich der Schalterbeamte ununterbrochen nach den Vermögensverhältnissen seiner Schwiegermutter statt nach seinem Produkt erkundigt. Und wenn er dann noch beim Notar, beim Steuerberater, beim Finanzamt und bei der Baubehörde war, dann kehrt er zurück und wird lebenslänglicher Assistent an der Universität. (Heiterkeit und Zustimmung.)

In diesem Zusammenhang erinnere ich mich an ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten von Singapur, den ich vor zwei oder drei Jahren mal gefragt habe: Sagen Sie, wie haben Sie es eigentlich geschafft, daß in Singapur die Textilindustrie, die alles beherrschend war, so schnell abgewandert und die Elektronik gekommen ist? - Hat er gesagt: Ganz einfach! Wir machen einen Fehler genauso wie ihr in Europa: Wir nehmen den Leuten zuviel Steuern ab. Aber dann machen wir etwas anderes: Während ihr die

Steuern den Unternehmen von gestern gebt, damit sie möglichst lange existieren, gebe ich sie den Unternehmen von morgen, damit ich sichere Arbeitsplätze habe. Mir ist es recht, wenn ihr in Europa so weitermacht. (Zustimmung.)

Sie können das Geld immer nur einmal ausgeben, und dies ist der entscheidende Punkt. Wenn Sie alles Geld zur Sicherung des Zustandes von gestern ausgeben, haben Sie kein Geld mehr für die Zukunft. Wovon eigentlich unsere jungen Leute mal unsere Renten bezahlen sollen, wenn wir die Zukunftsinvestitionen so vernachlässigen, weil wir dauernd die Gegenwart und die Vergangenheit finanzieren müssen, da werden wir uns wundern, wie "stabil" unsere Gesellschaft in Zukunft noch ist. Denn wenn wir unseren Alten versprechen: Ihr könnt zufrieden sein, eure Renten sind sicher!, dann ist es ein mutiges Versprechen auf die Zukunft. Sie sind so sicher wie leistungsfähig jeweils die arbeitende Generation und Gesellschaft.

Deshalb wird es viele Differenzierungen brauchen. Alois Mock hat vorhin diese Fragen angesprochen: flexible Arbeitszeit. Wir kriegen Arbeitszeitverkürzungen, keine Sorge. Aber sie kann man nicht mit der Heckenschere machen. Es wird Leute geben, die zu unangenehmen Zeiten arbeiten müssen. Sie werden wahrscheinlich ihr Geld für kürzere Arbeitszeiten bekommen.

Es gibt beispielsweise eine Autofabrik in meinem Land - es ist nicht die, die Sie alle vermuten -, deren Chef mir gesagt hat: Es ist für mich leichter, Ingenieure in der Forschung zu beschäftigen mit längerer Arbeitszeit wie in der Produktionsüberwachung mit kürzerer Arbeitszeit. - Das ist ganz interessant!

Oder: Es gibt Firmen, die verändern z.B. bei der Frauenarbeit ihre Schichtsysteme und bieten 32 Stundenwochen an mit dem Gehalt von 35 Wochenstunden, weil sie die Arbeitszeiten zu solchen Schichten neu ordnen, daß dafür die Betriebszeiten der Maschinen länger sind und damit das Ding rentabler ist. Dann muß ich ihnen aber auch eine flexible Arbeitszeit geben für die Maschinen, sonst müssen Sie wieder den Menschen an den Maschinen orientieren, und jetzt fangen wir langsam an, die Gelegenheit zu haben, daß sich die Maschinenzeit nach den Menschen richten kann. Das ist doch eine unglaubliche Sorge! (Beifall.) Das Schlimme ist nur, daß diese konservativen Sozialisten das nicht begreifen (Heiterkeit und Zustimmung), und zwar einfach deshalb, weil sie immer die Theorie haben, im statistischen Schnitt müsse alles gleich sein. Sie sollten einmal die strahlenden Gesichter sehen, wenn die Statistik ausweist, alles ist gleich.

Nur ist diese Theorie für den Menschen völlig falsch. Wenn Sie einen Fuß im Kühlschrank und den anderen auf der heißen Herdplatte haben, haben Sie statistisch nachweisbar ein angenehmes Durchschnittsklima. (Heiterkeit und Beifall.) Nur wird Ihnen das im Hinblick auf den Zustand Ihrer Füße nicht sehr lange hilfreich sein.

Genau das ist aber das eigentliche Problem, über das wir diskutieren müssen. Wir müssen diese müde, langweilige Gleichmacherei aufreißen und müssen den Menschen die Chancen geben, die der einzelne Mensch haben will, nämlich zunächst mal ein Stück Eigenwilligkeit, ein Stück Freiheit und den Einsatz seiner Gaben für sich. Je erfolgreicher er sie einsetzt, desto größer

ist die gesamte Leistungskraft, von der auch jene leben müssen, die diese Leistung nicht bringen können.

Es ist die fatalste Idee des Sozialismus, Gleichheit entstehe dadurch, daß jene, die etwas leisten können, nichts tun, damit sich die anderen, die nichts leisten können, nicht so unangenehm fühlen. (Heiterkeit und Beifall.)

Solidarität heißt, daß jene, die etwas leisten können, ihr Bestes tun, damit die Summe ausreicht, um denen echt zu helfen, die nicht leistungsfähig genug in einer Gesellschaft sind. Sie werden es erleben: Das Geld einer Gesellschaft in einer modernen Industrielandschaft wie der unseren reicht immer, um den wirklich Schwachen zu helfen.

Es reicht übrigens auch zur Solidarität mit unseren Bauern. Das Problem haben Sie wie wir. Es kommt der Zeitpunkt, da wir den Bauern sagen müssen: Ihr dürft nicht nur von der Produktion abhängig sein. Was machen Sie mit Ihrem Fremdenverkehr, was mache ich mit meinem Schwarzwald, wenn die jungen Bauern abmarschieren! Da geht viel mehr kaputt als die Frage der bäuerlichen Produktion. (Zustimmung.)

Ich habe überhaupt nichts dagegen, daß unsere Bauern etwas dafür bekommen, daß sie unsere Kulturlandschaft pflegen, von der wir alle leben. Aber diese Solidarität kann nur eine starke Volkswirtschaft leisten. Und damit kommen Sie immer zum selben: Wenn Sie das Geld gewissermaßen in einem bestimmten, nicht kontrollierbaren Staatsbereich vertun, dann haben Sie weder die Kraft zu Steuersenkungen, die die Gesellschaft voranbringen, noch haben Sie die Kraft zur Solidarität mit denen, die mit eigener Kraft

nicht zurechtkommen, obwohl sie bereit sind, diese einzusetzen. Reden Sie einmal mit den Bauern in Österreich über die 35-Stunden-Woche! Die hat er meistens Mittwoch. (Zustimmung.)

Lassen Sie mich damit zusammenfassen. Wenn mir die Aufgabe gestellt wurde, etwas zu dem Thema "Aufschwung aus eigener Kraft" zu sagen, dann heißt das ganz einfach, die Kräfte der Gesellschaft wieder freimachen. Es ist durchaus verständlich, daß nach einer dynamischen Aufbauzeit, die Sie und wir hatten, so ein Zustand war "Jetzt laßt uns mal tief Atem holen". Nur: Das darf nicht zu lange dauern, vor allem wenn sich die Wettbewerber nicht mit ausruhen. Die Zeit des Ausruhens in Europa ist vorbei. Wir merken das in allen europäischen Ländern: Wenn jetzt nicht die Dynamik neu entfaltet wird, dann ist das ernst, was Bruce Nussbaum gesagt hat, daß nämlich die Europäer die Zukunft nicht gewinnen werden.

Ich bin da unbesorgt, weil wir Europäer von unserer Herkunft, unserer Leistungsfähigkeit, unserem Können, unserem Wissen, unserem Forschungsdrang her durchaus alle Voraussetzungen haben. Ich habe letztes Mal in Amerika gesagt: Ihr werdet euch über die Europäer noch wundern! Viermal habe ich in Amerika einen Vortrag gehalten, viermal hat man von mir immer dasselbe Thema verlangt "Is Europe out of steam?", wobei das Fragezeichen ein amerikanisches Zugeständnis war. (Heiterkeit.)

Nur: Was da aufgekommen ist, ist weltweit, ist tatsächlich der Eindruck, die Europäer waren gut, die Europäer sind gut in den Produkten von gestern, aber die Europäer haben nicht mehr die Kraft und die Dynamik zum Durchbruch in die Zukunft. - Und diese Herausforderung müssen wir annehmen!

Aber diese Herausforderung wird nur mit Menschen möglich sein, die für ihre Leistung belohnt werden und die auch selbst das Gefühl haben, daß sie für ihre eigenen Interessen, ihre eigenen unternehmerischen Konzepte kämpfen. Und daß sie dann auch die Qualität der Mitarbeiter "mitnehmen", ist doch etwas ganz Selbstverständliches. Denn diese hohe Qualität erfordert einen hohen Bildungsstandard, und dieser hohe Bildungsstandard schafft wieder qualifizierte Arbeitsplätze mit hohen Löhnen.

Auf die Dauer ist doch nicht denkbar, daß ich - nur um die Arbeit zu erhalten - den Leuten gewissermaßen jedes Jahr den Lebensstandard senke, damit sie gerade über die Runden kommen. Das lassen sich die Leute höchstens vier, fünf Jahre bieten. Außerdem müssen sie dann noch für die Staatsschulden aufkommen.

Was wir also brauchen, ist, wie gesagt, die Befreiung der Menschen für die Möglichkeit einer Einsatzbereitschaft.

Das ist im Grunde bei Ihrer Bevölkerung genauso gegeben wie bei uns. Ich habe damals in den achtziger Jahren, als ich gefragt wurde: Was ist mit den Europäern los, sind die wirklich so schlecht?, geantwortet: Die Deutschen sind prima, sie werden nur schlecht regiert. (Heiterkeit.)

Jetzt werden wir gut regiert, und jetzt kommen wir wieder nach vorne.

Das ist genau das, was hier passieren muß. Dazu viel Glück!
(Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. H a s l a u e r : Herr Ministerpräsident!
Ihre Rede war großartig und wie immer mit schwäbischem Humor.
Sehr, sehr stark und erheiternd gemischt. Wir danken Ihnen sehr
für Ihre Rede. (Beifall.)

Ich hoffe, Herr Ministerpräsident, wir sehen uns im Sommer,
wie gewohnt, wieder in Salzburg. (Heiterkeit.)

Ich darf nun den Vorsitz an Landeshauptmann Dr. Krainer
übergeben.

Vorsitzender Landeshauptmann Dr. Josef K r a i n e r :
Ich übernehme den Vorsitz.

5. ÖVP-Wirtschaftsprogramm:

"Mehr Chancen - mehr Fairneß"

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Wir kommen zu Punkt 5
der Tagesordnung.

Präsident Robert Graf wird das ÖVP-Wirtschaftsprogramm
"Mehr Chancen - mehr Fairneß" präsentieren.

(Zunächst erlischt das Licht im Saal und es ertönt eine
von Disharmonien geprägte Musik.

Während abwechselnd die an der Stirnwand des Saales zu
beiden Seiten des Tagungspräsidiums angebrachten Schautafeln
angestrahlt werden, wird folgender Kommentar dazu abgegeben:

Die sozialistische Politik der siebziger Jahre war eine
Politik der schnell wachsenden Staatsausgaben, der Substanz-
auszehrung und der Belastungen. Sie ist zum Bumerang für die
wirtschaftliche Entwicklung in den achtziger Jahren geworden.
Heute gibt es schon dreimal so viele Arbeitslose als 1980. Und

wenn kein Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik erfolgt, werden in fünf Jahren bereits 190.000 Österreicher ohne Arbeit sein. Das ergaben die jüngsten Berechnungen der Wirtschaftsforscher. Der Versuch der SPÖ, durch strukturkonservierende Maßnahmen, durch massive Frühpensionierungen und durch extreme Schuldenpolitik Arbeitsplätze zu sichern, ist gescheitert.

Von dieser Entwicklung ist die Jugend besonders betroffen. Ihr wurden von der sozialistischen Bildungspolitik in den siebziger Jahren große Hoffnungen auf gute Berufs- und Einkommenschancen gemacht. Umso größer ist heute die Enttäuschung. In nur fünf Jahren ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von rund 16.000 auf rund 41.000 gestiegen. Die Arbeitslosenrate für Jugendliche liegt bereits um ein Drittel über der Gesamtarbeitslosenrate. Viele Jugendliche müssen sich überdies mit Arbeitsplätzen begnügen, die eigentlich nicht ihrer Ausbildung entsprechen. Und ohne Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik wird die Jugendarbeitslosigkeit weiter steigen: Auf 55.000 arbeitslose Jugendliche im Jahr 1990. Ihnen würde die sozialistische Wirtschaftspolitik keine Berufschancen mehr bieten können.

Besonders dramatisch ist die Negativentwicklung bei den Klein- und Mittelbetrieben. Gerade sie wurden von der sozialistischen Wirtschaftspolitik extrem vernachlässigt. Seit 1980 haben bereits rund 40.000 Selbständige ihre Tätigkeit für immer eingestellt. Die schlechte Wirtschaftslage, die hohe Steuerlast und bürokratische Schikanen sind schuld daran, daß die Arbeitsplätze in diesen 40.000 Betrieben verlorengegangen sind. Wenn kein wirtschaftspolitischer Kurswechsel erfolgt,

werden in den nächsten fünf Jahren weitere 35.000 Klein- und Mittelbetriebe für immer zusperren.

Vor allem auch die österreichische Industrie ist durch die sozialistische Wirtschaftspolitik nicht stärker, sondern im Vergleich zu anderen Industrienationen deutlich schwächer geworden. Statt neue industrielle Chancen zu nützen und zu fördern, gingen in den letzten zehn Jahren fast 80.000 Industrie-arbeitsplätze verloren.

Am Beginn der siebziger Jahre wurde den benachteiligten Regionen und dem ländlichen Raum ein breiter Gürtel des Wohlstandes versprochen. Aber das Gegenteil davon ist eingetreten. Durch eine falsche, bürokratisch ausgerichtete Agrarpolitik gingen seit 1970 in der österreichischen Landwirtschaft 40 Prozent der Arbeitsplätze verloren. Und die Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum ist nicht gesunken, sondern dramatisch gestiegen.

1980 betrug die Steuerlast bei der Lohn- und Einkommensteuer noch 82 Milliarden Schilling. 1985 waren es bereits 113 Milliarden Schilling. Also fast um die Hälfte mehr. Wenn kein grundlegender Kurswechsel in Richtung Steuersenkung kommt, wird die Steuerlast bis 1990 noch einmal um mehr als die Hälfte auf über 180 Milliarden Schilling steigen.

Steigt der Lohn, so steigt in überhöhten Sprüngen die Steuer. Dieses Teufelsrad heißt Progression. Der Bürger kann sich immer weniger kaufen. Die Wirtschaft geht zurück und Arbeitsplätze gehen verloren. Seit dem Jahr 1980 wurden der verstaatlichten Industrie bereits mehr als 26 Milliarden Schilling an Subventionen zugeführt. Trotzdem gingen dort in der gleichen Zeit beinahe 17.000 Arbeitsplätze verloren.

Die Arbeitsplatzgarantien der Kreisky-Ära haben sich als Täuschung erwiesen. Jetzt ist das Geld weg und die Arbeitsplätze ebenfalls. Die falsche Industriepolitik der siebziger Jahre hat in Verbindung mit unverantwortlichen Risiko-Geschäften der achtziger Jahre zu neuen regionalen Problemen, aber auch zu katastrophalen Belastungen für die betroffenen Beschäftigten und für alle Steuerzahler geführt.

Durch die verfehlte Wirtschaftspolitik und die staatliche Geldverschwendung ist auch die Last der Finanzschulden enorm gestiegen. Allein in den letzten fünf Jahren haben sich diese Schulden mehr als verdoppelt, und sie werden bis 1990 ohne Änderung des Wirtschaftskurses auf das Vierfache von 1980 steigen. Im Falle der Fortsetzung der sozialistischen Wirtschaftspolitik würde 1990 jeder Österreicher über den Staatshaushalt mit 125.000 S verschuldet sein und die Zahl der Arbeitslosen würde fast viermal so hoch sein als 1980.

Die Schulden von heute wären die Steuern und die Arbeitslosen von morgen. Die übertriebenen Ausgaben kommen keineswegs der Wirtschaft und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugute. Allein die Zinsenlast für die Staatsschuld ist in den letzten fünf Jahren auf das Dreifache gestiegen. Sie wird sich in den nächsten fünf Jahren neuerlich verdoppeln und damit den Spielraum für die Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter einengen. Dabei sind das nur die Zinsen. Die gigantischen Rückzahlungen kommen noch dazu.

Tatsächlich ist die SPÖ im Geldausgeben groß. Völlig überfordert scheinen sozialistische Finanzminister zu sein, wenn es

um das Einsparen und die sorgsame Verwendung von Steuergeld geht. Von 1980 bis 1985 ist das Budgetdefizit auf das Doppelte gestiegen. Auch jetzt, 1986, wird nicht gespart: Die Ausgaben werden heuer um mehr als 100 Milliarden Schilling höher sein als die Einnahmen. Wenn dieser Kurs noch weitere fünf Jahre fortgesetzt wird, dann rechnen die Wirtschaftsforscher für 1990 mit einem Bruttodefizit von 155 Milliarden Schilling und einem Schuldenstand von 940 Milliarden Schilling.

Jetzt werden die Österreicher in immer kürzeren Abständen von neuen Schreckensnachrichten überrascht. Besonders bedenklich ist, daß die Regierung nicht einmal die Entwicklung jener Betriebe überblickt, für die sie selbst die unmittelbare Verantwortung trägt. So wurden die Verluste der VOEST für das letzte Geschäftsjahr im November 1985 mit 3 Milliarden Schilling angegeben. Im Dezember wurden Verluste von 5,7 Milliarden Schilling einbekannt. Jetzt, im Februar, wird bereits offiziell von VOEST-Verlusten in Höhe von 11,2 Milliarden Schilling gesprochen. Diese Regierung scheint wirklich nichts mehr im Griff zu haben. Das sind um 8 Milliarden Schilling mehr als noch vor knapp drei Monaten.

Unsere verstaatlichte Industrie muß wieder möglichst rasch auf eine sichere Basis gestellt werden. Dazu bedarf es keiner neuen Gesetze, sondern einer ausreichenden finanziellen Hilfestellung. Nach einer seriösen und verantwortungsbewußten Rechnung unseres Industriesprechers sind für eine dauerhafte Sanierung der verstaatlichten Industrie mindestens 37 Milliarden Schilling notwendig. Wenn man einen ehrlichen Neubeginn im Bereich der

verstaatlichten Industrie anstrebt, dann darf das wahre Ausmaß des Schadens nicht verheimlicht werden. Jeder Versuch, das wahre Ausmaß der Probleme zu verschleiern und unangenehme Sachverhalte weiterhin nur schrittweise und dosiert der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, ist falsch, weil er nur zu neuen Unsicherheiten führt, wo Klarheit und neue Hoffnung dringend geboten sind.

Nüchterne Zahlen und unwiderlegbare Fakten beweisen es: Diese Regierung ist am Ende! Ein grundlegender Kurswechsel ist nötig. Österreich braucht mehr Chancen, mehr Fairneß, Österreich braucht die ÖVP. Wir wirtschaften besser!

Mit dem Marsch "O Du mein Österreich" findet diese Multimedia-Darbietung ihren Abschluß.)

5. a) Präsentation durch Präsident Robert Graf

Präsident Robert Graf : Meine Damen und Herren!

"Mehr Chancen - mehr Fairneß", sieben Schwerpunkte für diese neue Wirtschaftspolitik, versucht in gebotener Kürze darzustellen, und einige einleitende Bemerkungen.

Seit dem 19. November 1985 hat sich die wirtschaftliche Lage Österreichs grundlegend geändert. Die Krise in der verstaatlichten Industrie wirft einen bedrohlichen Schatten über das ganze wirtschaftliche und sozialpolitische System dieses Landes. Nach bald 16 Jahren sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik hat sich die Voraussage Pittermanns, daß das Erbe der Ära Kreisky ein furchtbares sein wird, sichtlich in dramatischer Weise erfüllt.

Unser Land steht heute vor den Trümmern der Kreiskyschen Wirtschaftspolitik. Dieser Politik lag seit über 15 Jahren stillschweigend die Maxime zugrunde: Partei vor Staat, Staat vor Bürger. - Diese Geisteshaltung hat in letzter Konsequenz zu Milliarden-Schulden, zu gigantischen Fehlinvestitionen, zu Korruption und zu Mißwirtschaft geführt. Die Staatsverschuldung hat sich in einem atemberaubenden Tempo vervielfacht, in der Steuerpolitik ging in den letzten zehn Jahren jedes Augenmaß verloren und der Bogen zumutbarer Belastungen wurde weit überspannt.

In der verstaatlichten Industrie sind Leistungskraft, Stolz und Reputation einem Klima der Angst, der Unsicherheit und der Bedrohung gewichen. Die Dynamik unserer Klein- und Mittelbetriebe droht durch Eigenkapitalmangel und durch ein immer dichteres Netz bürokratischer Vorschriften erstickt zu werden. Die Prognosen der Wirtschaftsforscher bis zum Jahr 1990 signalisieren bei Beibehaltung eines falschen Wirtschaftskurses ein noch weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren! Vor allem daß immer mehr junge Menschen, nachdem sie 15 bis 20 Jahre lang im Bildungssystem verbracht haben, statt guter Berufschancen verschlossene Türen zur Arbeits- und Berufswelt vorfinden, beinhaltet eine Tragik, die ja eigentlich weit über den ökonomischen Bereich hinausgeht. Es muß rasch und konsequent Abhilfe geschaffen werden. Man kann von einer Generation junger Menschen, denen man in der Bildungspolitik weitreichende Hoffnungen auf eine qualifizierte Berufslaufbahn gemacht hat, auf Dauer keine Bereitschaft zur fatalisti-

schen Hinnahme dieses Faktums, zur totalen Unterordnung oder zur Verrichtung unqualifizierter Ersatzarbeit erwarten. Diese Entwicklung hinzunehmen und zu verharmlosen, wie das die derzeitige Regierung tut, ist nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches und zutiefst moralisches Versagen dieser Regierung. (Zustimmung.)

Unsere Politik will einen anderen Weg gehen. Mit einem neuen Anfang in der Wirtschaftspolitik wollen wir den Grundstein legen - besser gesagt: wieder legen -, daß unsere Jugend in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftssystematik wieder voll integriert werden kann. Damit uns das gelingt, bedarf es einer echten Zäsur in der Wirtschaftspolitik, einer Zäsur, zu der die derzeitige kleine Koalition sicher nicht in der Lage ist. Es sind zu stark die Abnützungserscheinungen dieser Regierung und zu tief sitzt vor allem beim großen Regierungspartner der Schock über den Zusammenbruch einer sozialistischen Wirtschafts-ideologie, der offenkundig geworden ist, und zu spürbar ist die lähmende Furcht vor dem vernichtenden Urteil der Wähler.

Meine Damen und Herren! Das Fest ist zu Ende. Die Euphorien sind verflogen und die ernüchternde Kälte eines grauen Wirtschaftsalldags macht jene frösteln, die nunmehr von der bitteren Realität eingeholt werden. Die Strategien des politischen Durchtauchens, der kurzatmigen Feuerwehractionen und der Abwälzung finanzieller Lasten auf zukünftige Wählergenerationen ist gescheitert. Die sozialistische Wirtschaftspolitik hat sich unter Mitwirkung ihres angeblich liberalen Fähnchens endgültig im selbstgeschaffenen Irrgarten des eigenen Dirigismus verlaufen

und kann nur durch eine Neuwahl im Interesse der Bürger davon befreit werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Lebensnerv dieser kleinen Koalition - falls sie den hatte - wurde in den letzten Wochen letal berührt durch die Wucht des Kreiskyschen Erbes. Das derzeitige Regierungssystem ist gescheitert, ohne daß etwas am vorhandenen Formtief überwunden werden konnte. Das letzte Vermächtnis Dr. Bruno Kreiskys, die ÖVP von der Regierung fernzuhalten, obwohl ihm Mock die absolute Mehrheit nahm und der Sozialistischen Partei das Experiment einer kleinen Koalition als Octroi zu hinterlassen, hat sich als politischer Bumerang für die SPÖ und leider als teures Experiment für unsere Steuerzahler erwiesen.

Denn, meine Damen und Herren: Ein Jahr vor dem Ablauf der Legislaturperiode weiß auch der Herr Bundeskanzler, daß er die in der Regierungserklärung angekündigten zentralen Anliegen und Maßnahmen nicht erfüllen kann. Der Bundeskanzler versprach in der Regierungserklärung ernsteste - er wählte diesen Ausdruck, deshalb wiederhole ich ihn - Sparanstrengungen und strengste Maßstäbe, um die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in Grenzen zu halten. Die Bundesregierung hat in diesem Punkt versagt: Sie hat einen Bundesvoranschlag mit einem Defizit von 74 Milliarden Schilling vom roten Vorgänger übernommen und sie wird einen Bundesvoranschlag mit einem Defizit von mindestens 108 Milliarden Schilling übergeben. Die Finanzschuld wurde um die Rekordsumme von 260 Milliarden Schilling ausgeweitet. Die Regierung kündigte den Österreichern eine Steuerreform an - jetzt wieder -, sie wird sie nicht durchführen können.

Diese Bundesregierung versprach die Erneuerung "der Industrie". Sie ist daran und dabei gescheitert. Statt der versprochenen Beschleunigung der Umstrukturierungsprozesse, ist es lediglich zu einer tiefgreifenden Krise im industriellen Bereich gekommen, und zwar nicht durch die Schuld der dort Tätigen, sondern durch die Untätigkeit dieser Regierung.

Diese Bundesregierung versprach eine längerfristige zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich der verstaatlichten Industrie. Sie konnte auch dieses Regierungsversprechen nicht halten. Wenn Sie bedenken, meine Damen und Herren: Das Flaggschiff der österreichischen Industrie, die VOEST-Alpine, mit gescheiterten Hoffnungen, ohne Konzepte, bepackt mit den schwersten Verlusten und einer unsicheren wirtschaftlichen Zukunft.

Und lassen Sie mich ohne jede Polemik sagen: In jedem anderen Teil der westlichen Welt hätte das totale Scheitern einer Regierung, wie wir sie von SPÖ und FPÖ haben hinsichtlich jenes 1983 beschlossenen Konzeptes zur Strukturverbesserung der verstaatlichten Industrie, die gesamte Regierung zum Rücktritt gezwungen. Diese Regierung tut noch immer so, als amtiere sie.

Meine Damen und Herren! In jedem anderen Land der Welt hätte ein vergleichbarer Verstaatlichtenminister auf Grund der Tatsache, daß die tatsächlichen Verluste beim größten Unternehmen Österreichs 1985 mindestens achtmal so hoch sein werden, als es geplant war, sicher demissioniert. Lacina amtiert noch, oder er tut so, als ob er amtiere.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung versprochen, den budgetpolitischen Spielraum für beschäftigungssichernde Impulse zu sichern. - Er konnte auch dieses Versprechen nicht einhalten: Der budgetpolitische Spielraum wurde von dieser Regierung vertan. Die Senkung der Arbeitslosigkeit hängt hauptsächlich von der Leistungskraft und von der Tüchtigkeit unserer privaten Wirtschaft ab, schon lange nicht mehr von dieser Regierung! (Zustimmung.)

Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat schließlich in seiner Regierungserklärung auch eine Weiterentwicklung der Agrarmarktordnung, neue Produktionsalternativen im Bereich des Biosprits und der Ölsaatenproduktion versprochen. - Diese Regierung konnte auch gegenüber unserer Landwirtschaft nicht Wort halten. Die Konsequenzen dieses Wortbruchs treten mit fataler Deutlichkeit zutage. Aus einer falschen internationalen Lagebeurteilung und aus bürokratischem Hochmut werden landwirtschaftliche Kleinbetriebe benachteiligt, und zwar durch undurchdachte Belastungsmaßnahmen des Ministers Haiden, von dem ich öffentlich die beweisbare Behauptung aufstelle, daß er längst nicht mehr für die Bauern, sondern gegen die Bauern arbeitet. (Zustimmung.)

Die österreichischen Bauern werden durch die intransigente Haltung dieses Ministers in ihrer Existenz gefährdet, sie werden wirtschaftlich in ein totales Abseits gedrängt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Vergleich der Regierungserklärung mit der tatsächlichen Entwicklung zeigt nicht nur, daß diese Regierung gescheitert ist, der Vergleich zeigt auch, daß von dieser Regierung keine zukunftssträchtigen

Lösungen mehr zu erwarten sind. Denn diese Regierung ist nicht an den internationalen Schwierigkeiten gescheitert, sondern sie ist an den hausgemachten Fehlern und Versäumnissen an sich selbst am Zugrundegehen.

Die Regierung Sinowatz ist gescheitert, weil sie sich den politischen Willen des Altkanzlers aufzwingen ließ. Und diese Regierung ist gescheitert, weil bei der Koalitionsbildung für alle Beteiligten die möglichst rasche Besetzung der Regierungsbank und der Ministersessel wichtiger war, als die zu lösende Aushandlung eines Koalitionsabkommens, das die in 13 Jahren aufgestauten Probleme einer Lösung zugeführt hätte. (Zustimmung.)

Nur mehr die Liebe zur Macht läßt rot und blau dort noch verharren, bis der Wählerwille sie amovieren wird. Es ist heute ein historischer Hohn, als der Bundeskanzler bei der Vorstellung dieser Regierung erklärte, es sei die schnellste Regierungsbildung gewesen, und sein Copartner lächelnd feststellen konnte: Die FPÖ hat etwas eingebracht in die Regierung. - Sechs Körper, nicht mehr! (Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Durch diese Versäumnisse und nicht durch internationale Ursachen ist Österreich in die letzte und fraglos teuerste Phase sozialistischer Politik eingetreten. Wir glauben, daß im Interesse Österreichs diese Belastungsphase für die Bevölkerung abgekürzt werden muß. Deshalb haben wir, hat unser Obmann Sie, den Parteitag, eingeladen, diesem Wunsch nach Neuwahlen gebührend Ausdruck zu verleihen. Diese Regierung muß abgelöst werden!

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sagen: Allein die Schadensbegrenzung ist ein hinreichender Grund für rasche Neuwahlen. Wir fordern aber die Neuwahlen nicht nur, um den Schaden zu begrenzen. Wir sind überzeugt, daß die Österreichische Volkspartei über wirtschaftliche Konzeptionen verfügt, die in der Lage sind, Österreich wieder auf die Erfolgsspur zu bringen.

Ich habe mit meinem Freund Josef Taus und einer großen Zahl von Experten aus allen Bereichen der Wirtschaft in den letzten Jahren ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm der Reform und der Erneuerung zu entwickeln versucht. Das ist das, was wir Ihnen heute zur Diskussion und zur Beschlußfassung vorlegen. Wir haben ein Programm zu entwickeln versucht, von dem ich überzeugt bin, daß es für neue Chancen und für mehr Fairneß sorgt. Es handelt sich bei diesem Programm um den Nachweis: Wir wirtschaften tatsächlich besser und wir haben dafür zu sorgen, daß es uns der Wähler glaubt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte nun in gebotener Kürze die Grundsätze dieser neuen, sichtlich besseren Wirtschaftspolitik - wie schon angekündigt in sieben Schwerpunkten - präsentieren und präzisieren.

Der Punkt 1: Wir brauchen in diesem Land eine neue Beschäftigungsstrategie, das heißt, eine Beschäftigungspolitik, die auf die Ausdehnung des öffentlichen Dienstes und die auf die Ausweitung des Staatseinflusses verzichtet, die dafür aber dem Markt und der Leistungskraft der privaten Wirtschaft vertraut. Wenn wir die Beschäftigung dauerhaft erhöhen wollen, dann müssen wir die österreichische Wirtschaft möglichst rasch aus dieser von

der sozialistischen Politik aufgebauten Steuerfalle befreien. Die Chance der Rückeroberung der Vollbeschäftigung liegt längst nicht mehr in staatlichen Beschäftigungsprogrammen alten Musters. Sie liegt ganz ohne Frage im privaten Bereich, sie liegt bei den Klein- und Mittelbetrieben, die ihre Dynamik noch steigern können, und sie liegt im industrienahen Dienstleistungsbereich, sie liegt im Fremdenverkehr, in der Landwirtschaft und nicht zuletzt in einer richtig verstandenen Umweltpolitik, die auf neue Technologien zu setzen hat, statt internationale Phobien anstelle von Handlungen zu schüren und hochzuziehen.

Ich glaube sagen zu müssen: Durch eine Industrieoffensive wollen wir das Entstehen neuer Industriegruppen in Österreich fördern. Innerhalb von zehn Jahren könnten - das hat Frau Präsident Hubinek dankenswerterweise bereits erwähnt; wir halten es für durchführbar - bei einer richtigen Industrieoffensive 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sagen: Industrieller Fortschritt ist kein Selbstzweck der Industrie. Eine erfolgreiche Reindustrialisierung bringt einen neuen Arbeitskräftebedarf, erschließt neue Tätigkeitsfelder und gestaltet neue Berufsbilder. Und im Sog einer erfolgreichen industriellen Entwicklung entstehen so neue Beschäftigungsfelder, die vor allem von kleinen und mittleren Unternehmen aufgegriffen werden können.

Lassen Sie mich zur Landwirtschaft, die mich noch sehr beschäftigen wird, etwas sagen: Auch im Bereich der Landwirtschaft kann es kein Naturgesetz sein, daß Arbeitsplätze immer nur verlorengehen müssen. Meine Partei bestreitet dies ganz

energisch! (Beifall.) Wenn in diesem Zusammenhang neue Produktionsalternativen sinnvoll gefördert und die neuen ökologischen Herausforderungen durch eine zukunftsweisende Agrarpolitik aufgegriffen werden, dann besteht ganz ohne Zweifel die Chance, daß man gerade auf diesem Sektor zu neuen und zu wirtschaftlichen, gut abgesicherten Arbeitsplätzen gelangt. Das Hindernis sind die Regierung und Agrarvertreter Haiden. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die sozialistische Beschäftigungspolitik ist gescheitert. Das zeigen die steigenden Arbeitslosenraten. Sie werden von der Regierung zur Kenntnis genommen. Kurioserweise. Dieses Scheitern darf aber nicht dazu verleiten, zu glauben, daß das hochrangige Ziel der Vollbeschäftigung als gescheitert anzusehen ist. Wenn sich in Österreich Initiative und Talent jedes einzelnen wieder entfalten können, dann können natürlicherweise neue Wachstumschancen wieder wahrgenommen werden und das Angebot an Arbeitsplätzen wird nicht kleiner, sondern ganz bestimmt größer.

Durch eine Reindustrialisierung, durch den Abbau der Investitionslenkung und durch neue Formen der Eigenkapitalbildung, durch Forcierung der technologischen Entwicklung, durch die Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe, durch Bürokratieabbau und neue Finanzierungsideen im Wohnbereich werden wir neue Arbeitsplätze schaffen, neue Produktionschancen eröffnen, für eine neue wirtschaftliche Dynamik sorgen. Wenn wir die Investitions- und Marktchancen nützen, die uns Umweltschutz und Aufbau einer Umweltindustrie anbieten, das

heißt, Industrie und Wissenschaft in die umweltpolitischen Probleme einbinden, dann werden wir beides erreichen: höhere Beschäftigung und eine bessere Umweltqualität.

Der zweite Punkt ist die Sanierung der Staatsfinanzen. Meine Damen und Herren! Die Staatsfinanzen müssen wieder auf ein sicheres Fundament gestellt werden. Wir wollen einen Sanierungsplan entwickeln, der das Budgetdefizit nachhaltig senkt, der die Budgetstrukturen grundlegend verändert.

Lassen Sie mich folgendes in gebotener Deutlichkeit sagen: Wer künftighin im öffentlichen Bereich, ob als Minister, als Staatssekretär oder Vorstand einer staatlichen Unternehmung, nicht spart, den werden wir selbst einsparen müssen, denn dann ist er fehl am Platz. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Mein Freund Taus und ich, wir sind weit entfernt davon, eine oberflächliche lineare Kürzung der Staatsausgaben zu empfehlen. Wer das tut, tut etwas Kontraproduktives und ist in Wahrheit mechanisch und einfallslos. Ich glaube, es gibt Budgetgruppen, die mehr Geld brauchen, und manche, die nicht verbrauchen können, was sie sich zumessen.

Was Österreich zur Gesundung der Staatsfinanzen braucht, ist ein zumindest auf acht Jahre oder zwei Legislaturperioden hin ausgelegtes Sanierungskonzept. Es ist nicht meine Aufgabe, meinen, unseren Obmann Mock zu interpretieren. Ich wünsche es nur wiederholend zu sagen, weil wir uns nicht einfallen lassen sollten, zu dulden, daß einfallslose Sozialisten in der Preis- lage des Herrn Schieder erklären, Dr. Mock wolle die Legislaturperiode außer Kraft setzen. Mock ist der allerletzte, der

das will. Wenn es Sinowatz könnte, dann würden sie überhaupt nicht wählen, davon bin ich überzeugt.

Meine Damen und Herren! Aber was meinte Alois Mock damit? Eine Binsenweisheit der Sanierungsmechanik des Budgets: Wer sich öffentlich hinstellt und bei diesem budgetären Desaster versucht, jemandem einzureden, es könnte eine Regierung oder eine Regierungsform geben, die in einer Legislaturperiode, unbeschadet dessen, ob sie vier oder fünf Jahre dauert, sanieren kann, der ist ein Scharlatan oder er will etwas verschleiern. Was mein, unser Obmann Mock damit meinte - und ich wünsche mir, daß Sie sich in dieser Diktion mit ihm solidarisieren gegen die kritisierenden Sozialisten -, ist: Es ist nicht anders möglich, als daß es zu einer Vereinbarung kommt, daß auch am Ende einer Periode budgetwirksame Konkludenzen im Parlament nicht durch eine Legislaturperiode außer Kraft gesetzt werden können. Was Mock damit sagen wollte, ist, wer sich zur Sanierung bekennt, darf nicht in einer Legislaturperiode denken. Er darf nicht schon damit rechnen, daß er am Ende der Periode sagen kann: Ich bin nicht dabei, alles war falsch, was vorher gemacht wurde. Das und nichts anderes wünscht Mock und wünschen wir. (Beifall.)

Natürlich ist es ein Sanierungskonzept, das harte Schnitte auf der Ausgabenseite mit geeigneten Steuerreformmaßnahmen verknüpft, eine andere Möglichkeit gibt es ja nicht. Wir schlagen ein Sanierungskonzept vor, das die gesamten Aufgaben und Programme neu bewertet und in drei Kategorien einzuteilen hat.

Meine Damen und Herren! Die Kategorie 1 ist ganz ohne Frage jener Bereich, wo es zu starken Kürzungen kommen muß. In diesen Bereich fällt das wachsende Defizit der Bundesbahn und der gesamte öffentliche Konsum, und in diesen Bereich fallen die gießkannenförmigen Subventionen und die direkte Wirtschaftsförderung, von der Gnade sozialistischer Regierungsmitglieder angedockt mit sozialistischen Betriebsräten. (Beifall.)

In diesen Bereich fällt ganz sicher die Dienstpostenproblematik, wobei durch Nichtbesetzung freiwerdender Dienstposten die Postenzahlenverringerung in einer vernünftigen und durchdachten Weise bei besserer Besoldung der verbleibenden vor sich zu gehen hat, und in der zweiten Kategorie von Aufgaben darf es zumindest künftig keine realen Steigerungen mehr geben.

Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit, lassen Sie mich diesen Satz zu Ende sagen: Das trifft für den gesamten Bildungsbereich auch dann zu, wenn die demokratische Entwicklung ohnehin für die Entlastung sorgt. Das trifft nolens volens auf den Bereich der Verteidigungspolitik zu und möglicherweise auf den Gesundheitssektor und in den infrastrukturellen Bereichen und einige klassische Staatsfunktionen. Wissen Sie, warum? - In diesen Bereichen darf nicht mehr nur die nackte Quantität eine Rolle spielen, sondern die außerordentliche Qualität mit gleichen Mitteln ist zu fördern und zu forcieren. Und diese Forcierung - das wünschen wir uns - ist nicht mit Mehrausgaben, sondern durch höhere Effizienz und durch bedarfsorientierte Ausgabenumschichtung innerhalb der betroffenen Bereiche sehr wohl zu erreichen.

Schließlich die dritte Kategorie, auch Dr. Mock hat sie erwähnt. Ich möchte in aller Öffentlichkeit wiederholen: Zu der dritten Kategorie gehören fraglos Sozialausgaben. Hier muß die gesetzlich fixierte Ausgabendynamik eingebremst und neu betrachtet werden, in einer sinnvollen Art und Weise. In diesem dritten Bereich wird es daher darum gehen, das Anspruchsdenken generaliter zu verringern und zu überprüfen, ob all das, was in den siebziger Jahren gesetzlich fixiert wurde, heute tatsächlich noch sozial ist. Oder gibt es denn nicht schon Fehlentwicklungen dergestalt, daß es auf einer Seite eine Überversorgung gibt, aber auf der anderen Seite bereits eine Unter-versorgung dieser Überversorgung gegenübersteht? Hier muß Nachschau gehalten werden.

Wenn wir die Staatsfinanzen wieder auf ein festes Fundament stellen wollen, dann muß es auch im sozialen Bereich ein Maßhalten beim Ausgabenwachstum geben. Gibt es das nämlich nicht, meine Damen und Herren, dann werden die sozialpolitischen Transferzahlungen postwendend durch extreme, unsoziale Steuererhöhungen rückgängig gemacht. Sie erleben es heute, wie es in den letzten Jahren der Fall war: die Umverteilung vom Sozialamt zum Finanzminister. Sie ist nicht nur paradox, sie ist unsozial, und sie ist zu allem Überfluß auch kostspielig, da sich im Netz der Bürokratie das verfängt, was eigentlich dem sozialen Netz zugute kommen muß, wenn es funktionieren soll.

Meine Damen und Herren! Wir vertreten deshalb die Auffassung, daß das österreichische Sozialsystem wieder in einem größeren Zusammenhang zu sehen ist, wie mein Freund Kohlmaier an

und oft im Parlament sagt. Es muß einmal überdacht werden, mit dem Wunsch, soziale Erschütterungen rechtzeitig und vorbeugend zu verhindern.

Denn eines ist klar, meine Damen und Herren: Die Arbeitslosengesellschaft ist natürlich die unsozialste aller Gesellschaftsformen. Die Rückeroberung der Vollbeschäftigung ist daher eine der wichtigsten und dringendsten sozialpolitischen Aufgaben. Nur wenn es uns gelingt, die Wettbewerbsstärke der österreichischen Wirtschaft nachhaltig zu erhöhen, die Ertragssituation zu verbessern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, kann jenes Maß an sozialer Sicherheit zurückgewonnen werden, das in den letzten Jahren fahrlässig aufs Spiel gesetzt wurde. (Beifall.)

Dies führt mich zum dritten Punkt der zwangsläufig lauten muß: Senkung von Steuern. Eine akzentuierte Sparpolitik ist für uns nicht Selbstzweck, sondern sie ist die logische Voraussetzung dafür, die Steuern in Österreich überhaupt senken zu können. Und die Gedankenkette, Steuern erst dann zu senken, wenn die Budgetsanierung gelungen ist, ist falsch und kann niemals funktionieren. Wir brauchen die Steuersenkung sofort, um unsere Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und die Kaufkraft der Bevölkerung abzusichern. Nur wenn die Bürokratie und Steuerbelastung unserer Betriebe entscheidend gemildert werden, können wir im Bereich der Klein- und Mittelbetriebe jene Dynamik herstellen und ins Leben rufen, die wir überhaupt brauchen, um zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung und zu einer nachhaltigen Verbesserung der Berufschancen für unsere jungen Leute, die wir so dringend brauchen, zu gelangen.

Meine Damen und Herren! Nur wenn wir die derzeit extrem steile Progressionskurve außerordentlich spürbar und entscheidend abflachen, können wir die negativen Auswirkungen auf die Kaufkraft der Bevölkerung verhindern und eine vernünftige Lohn- und Einkommenspolitik als Grundpfeiler einer langfristig abgesicherten preislichen und sozialen Stabilität in unserem Lande gewähren. Denn nur durch die grundlegende Änderung der Steuerpolitik ist es überhaupt möglich, sicherzustellen, daß der einzelne in unserer Gesellschaft seinen wirtschaftlichen Erfolg auch wieder an der Höhe seines Einkommens und an der Höhe seiner Ersparnisse ablesen kann. Er muß sie wieder richtig ablesen können. Ich bin der Überzeugung, mit unserem Drei-Phasen-Konzept haben wir einen realistischen Weg aufgezeigt, wie das geschehen kann, ohne die Staatsfinanzen zu überfordern.

Der vierte Punkt lautet: Mehr Macht und weniger Staat. Lassen Sie mich sagen, die sozialistischen Dogmen in der Wirtschaftspolitik: mehr Leitung, mehr Zentralisierung und mehr Umverteilung, sind gescheitert. Sie müssen raschest durch erfolgversprechende Signale in Richtung Flexibilität, Deregulierung und Privatisierung ersetzt werden. Was möchten wir damit zum Ausdruck bringen?

Wir müssen, glaube ich, nach dem Jahrzehnt der Staatsausdehnung in Österreich jetzt das Jahrzehnt der Privatisierung ausrufen, im besten Sinne des Wortes. (Beifall.) Und - ich wiederhole hier bewußt Alois Mock in seiner heutigen Parteitagsrede - wir wollen keinen Ausverkauf an das Ausland, wir wollen auch nicht die Mehrheit des Bundes im Bereich der ver-

staatlichten Industrie über Nacht verschwinden lassen. Meine Damen und Herren! Das bedeutet aber nicht, daß wir uns nicht sehr wohl vorstellen können, daß man ausländisches Kapital und Know-how nicht hereinbringt in österreichische verstaatlichte Firmen. Das bedeutet in keiner Form, daß wir das ablehnen.

Ich möchte aber zum Modellfall Intertrading mit genauso großer Deutlichkeit etwas sagen: Ich habe öffentlich den Ideen- gang begrüßt, in einer verstaatlichten Firma Fremdkapital zuzu- lassen. Das hat überhaupt nichts mit meiner grundsätzlichen Meinung zur Intertrading zu tun. Es diene mir als Anlaßfall. Ich bin nicht davon überzeugt, daß es notwendig gewesen ist, die Intertrading so aufzublähen, ich bin auch nicht davon über- zeugt, ob man sie haben muß als Bestandteil der Genesung der verstaatlichten Industrie - das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Was wir wollen, ist, daß der Staat all jene unternehmeri- schen Aufgaben dann abgibt, wenn fest steht, daß die private Wirtschaft hier besser und wesentlich effizienter eingreifen kann. Mehr Markt und weniger Staat bedeuten auch ein uneinge- schränktes klares Bekenntnis zur Industriegesellschaft. (Beifall.)

Ich muß mich in Punkt 5 noch einmal der Industriepolitik zuwenden, denn in den letzten Monaten mußten wir schmerz- haft zur Kenntnis nehmen, daß Österreich nicht nur keine Insel der Seligen ist, sondern daß Österreich auch als kleines außen- handelsabhängiges Land nicht gegen den Strom schwimmen kann und Wirtschaft und Marktgesetze nicht willkürlich außer Kraft setzen kann. Die Industrie in Österreich - ich wähle bewußt den Sammel- begriff, wir wünschen keine Unterscheidung zwischen verstaat-

lichter und privater aus sehr einleuchtenden Gründen -, die gesamte Industrie unseres Landes muß in die Lage versetzt werden, wieder zum Motor der wirtschaftlichen Erneuerung in diesem Lande zu werden. Die dilettantische Vorgangsweise der derzeitigen Regierung bei der Bewältigung der im letzten Jahr aufgetretenen Krisen und Skandale hat uns in der internationalen Öffentlichkeit nicht nur nicht gut getan. Sie haben es auch bemerkt. Leider, sage ich als Bürger dieses Landes.

Man muß im Zusammenhang mit einer Erneuerung der Industriepolitik halt eines sagen: daß in den letzten Jahren mehr als 100.000 Industriearbeitsplätze verlorengegangen sind und ein wichtiger Teil der österreichischen Industrie an den Rand des Ruins manövriert wurde, um nicht zu sagen, dort hingetrieben wurde.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind der Überzeugung, daß es höchste Zeit ist, eine Wende in der österreichischen Industriepolitik einzuleiten. Mein Freund Taus hat in dem Ihnen vorliegenden Programm eine klare Alternative zur sozialistischen Industriepolitik entwickelt. Ich muß sie Ihnen kurz, in nur einigen Schlagworten, darstellen.

Die Krisensicherheit und Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft kann nicht durch Staatshaftungen, sondern nur durch gesunde Eigenkapitalrelationen gewährleistet werden. Österreich braucht endlich einen funktionierenden Eigenkapitalmarkt.

Ferner: Die derzeit in Österreich dominierenden Subventions- und Interventionsspiralen wollen wir umgehend durchbrechen und durch ein taugliches, durchsichtiges, transparentes

Förderungssystem mit klaren Schwerpunkten ersetzt wissen. Nur Erträge, meine Damen und Herren, ermöglichen die Bereitschaft zur Übernahme von Risiken und zur Durchführung von dringenden Investitionen. Darüber hinaus wollen wir die Ertragsfähigkeit auch in Österreich wieder einmal zur Richtschnur industriepolitischer Beurteilung machen. Eine von der ÖVP getragene Industriepolitik wird künftig der wissenschaftlich-technologischen technischen Entwicklung höchstes Augenmerk und eine systematisch gezielte Förderung zukommen lassen.

Daher lehnen wir den von Sozialminister Dallinger eingeschlagenen Weg zur Funktionärsmitbestimmung ebenso entschieden ab wie eine Maschinensteuer und die 35-Stunden-Woche als generelles Heilmittel. (Beifall.)

Damit es in der Wirtschaft wieder aufwärts geht, brauchen wir eine vernünftige betriebliche Partnerschaft durch persönliche Mitbestimmung, persönliche Mitverantwortung, aber keine Sozialexperimente und -utopien, die wir uns nicht nur nicht leisten können, sondern die unsere Mitarbeiter auch gar nicht geleistet haben wollen, weil sie besser als die handelnden Akteure spüren, daß das in den Abgrund führt und kein Vorteil ist.

Meine Damen und Herren! Wenn wir mit den großen Industriestaaten mithalten wollen, dann werden wir Wandlungsprozesse stimulieren müssen. Wir werden die Risikobereitschaft fördern müssen. Wir werden einen Wettbewerb der Ideen auslösen müssen und der Kreativität der österreichischen Industrie mehr Augenmerk schenken müssen. Das wird nur dann gelingen, wenn ein

wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Umfeld geschaffen wird, das wieder in die Anerkennung der erbrachten Leistungen mündet und garantiert freie Wettbewerbsbedingungen sichert.

Ich glaube, in diesem Zusammenhang muß eine rasche und erfolgreiche Sanierung der verstaatlichten Industrie eines unserer wichtigsten Anliegen sein. Es ist in diesem Zusammenhang geradezu beschämend, daß die derzeitige Regierung nicht nach tragfähigen Lösungen sucht, sondern sich ausschließlich und lediglich um die Neubesetzung von Posten streitet. Ich erachte es als in einem hohen Maße verantwortungslos, daß sich die Regierung mit Alibihandlungen begnügt, wo grundsätzlich neue Strategien zur Rettung eines ganzen Wirtschaftszweiges notwendig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alles, was die Regierung bis jetzt im Bereich der verstaatlichten Industrie angekündigt hat, hätte sie seit Jahren auch im Rahmen der jetzt gültigen ÖIAG-Gesetze ohneweiters verwirklichen können. Wir wünschen daher von der Regierung endlich Klarheit darüber, was sie in der Verstaatlichten zu tun gedenkt. Wir wünschen klare Vorstellungen über die Neuorganisation des ÖIAG-Konzerns. Wir meinen, daß spätestens bis Juli die ersten Sanierungskonzepte vorliegen müssen. Wir meinen letztlich, daß flankierend zu den Sanierungskonzepten Vorstellungen über eine regionale Wirtschaftsoffensive zu entwickeln und im Parlament zu beschließen sind. Wenn sich die Regierung außerstande sieht, im Rahmen einer Paketlösung, die wir in großer Einmütigkeit in Maria Plain gefunden haben, diese Punkte zu verwirklichen, dann möge sie

zurücktreten. Denn wer jetzt noch nicht verstanden hat, daß rasches Handeln ein Gebot der Stunde ist, der bereitet in diesem außerordentlich wichtigen Bereich der Volkswirtschaft schon die nächste Katastrophe vor.

Wir, die Volkspartei, werden sicher nicht zulassen, daß eine handlungsschwache, unfähige Regierung die Zukunft der Verstaatlichten durch falsche und kurze Handlungen aus augenblicklichen Impulsen total aufs Spiel setzt. (Beifall.)

Ich komme nun zum sechsten Punkt: Eine regionale Wirtschaftsoffensive ist einzuleiten, um die negativen Auswirkungen auf die Einkommens- und Berufschancen der betroffenen Gebiete möglichst gering zu halten. Das heißt, wir wünschen uns eine faire Regionalpolitik.

Was will ich damit sagen, meine Damen und Herren? Dieses Land, Österreich, ist zu klein, um es sich erlauben zu können, regionale Notstandsgebiete entstehen zu lassen, wo Mitbürger in den betroffenen Regionen um ihre Lebens- und Berufschancen gebracht werden. Das muß geändert werden, und zwar, davon bin ich überzeugt: Durch eine regional ausgerichtete Neugründungswelle, durch die Schaffung von Unternehmenszonen, die weitgehend von Bürokratismus und steuerlichen Zusatzbelastungen befreit sind, durch eine Reindustrialisierung mit regionalen Schwerpunkten, durch eine zukunftsweisende Agrarpolitik und durch eine Trendwende in der Infrastruktur und Verkehrspolitik zugunsten benachteiligter Gebiete wollen wir regionale Einkommens- und Beschäftigungschancen verbessern, um der betroffenen Bevölkerung zu zeigen, wir machen eine Politik, die es lohnt,

daß sie wieder Hoffnung haben, daß sich ihre Situation verbessert. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes - und da bin ich beim siebenten Punkt - ist eine offensive Agrarpolitik. Ich habe absichtlich den siebenten und letzten Punkt gewählt für die Betrachtung der landwirtschaftlichen Situation, denn ich stehe nicht an zu erklären: Die Gesundung der Volkswirtschaft Österreichs ohne eine lebensfähige, verdienende Landwirtschaft ist eine Utopie. (Beifall.) Im sichtlichen und fühlbaren Gegensatz zur derzeitigen Regierung ist für uns die Erhaltung bäuerlicher Familienbetriebe ein vorrangiges wirtschaftliches Anliegen, aber nicht nur das, sondern es ist ein zutiefst gesellschaftspolitisches, sozialpolitisches Anliegen, das oberste Verpflichtung ist für eine Partei von unserem Zuschnitt.

Meine Damen und Herren! Wir stehen derzeit vor der dramatischen Situation, daß die Kosten der Überproduktion in der Landwirtschaft permanent ansteigen und gleichzeitig die Einkünfte der betroffenen Landwirte allgemein zurückbleiben. Diese Situation gibt es zwar auch im übrigen Europa, aber der beschämende Unterschied ist: In Österreich werden die Folgen dieser Situation von der Regierung rücksichtslos dem einzelnen Landwirt in der Form unsozialer Belastungen zugemessen und immer stärkere Selbsthilfe, Selbstbehalte werden den schwer arbeitenden Landwirten abverlangt.

Meine Damen und Herren! Diesen Weg von Minister Haiden, der längerfristig zwangsläufig in den Ruin aller kleinen bäuer-

lichen Betriebe führt, halten wir für eine nationale Katastrophe, die am schnellsten durch eine Neuwahl beendet werden kann. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Als der derzeit Verantwortliche für dieses Papier bin ich, sind aber auch alle, die daran mitgearbeitet haben - und natürlich unser Parteiobmann - zutiefst von einem überzeugt: Mit einer zukunftsweisenden Agrar-, Forst- und Ernährungspolitik wollen wir den landwirtschaftlichen Betrieben das breite Feld neuer Produktionschancen, von der Ölsaatenproduktion über die Biomasse bis hin zu Spezial- und Sonderkulturen, agrarpolitisch wieder öffnen und erneuern. Wir wollen die Erzeugung von Qualitätsprodukten forcieren und die Erhaltung unserer Naturgrundlagen fördern.

Ich möchte mit großem Ernst am Ende dieser Erklärungen - und ich bedanke mich, daß Sie mich ertragen haben - ganz ausdrücklich betonen: Die von Präsident Derfler und vom Agrarsprecher Riegler vorgelegten Vorstellungen zur Agrarpolitik wurden nicht nur in dieses Papier vollständig aufgenommen, sondern sie sind absolut und unbedingt vorrangiges Anliegen der Gesamtpartei und nicht Forderung eines Teils der ÖVP. Ich möchte das mit großer Deutlichkeit feststellen. (Beifall.)

Es war der Sinn und Zweck meiner Ausführungen, Schwerpunkte dieses Papiers zu konzipieren und Ihnen vorzustellen. Ich entschuldige mich bei Ihnen, daß zwei sehr guten Reden eine lange, schwer zu begreifende folgte. Das Zuhören war bei meiner Rede sicherlich nicht sehr erfreulich, denn ich habe nicht sehr viel Lustiges zu verkünden gehabt. Aber ich bilde mir ein, mit großem

Ernst versucht zu haben, Sie, meine Damen und Herren Delegierten, davon zu überzeugen: Dieses Papier ist taugliche Grundlage für einen Wahlsieg der ÖVP.

Und ein offenes Wort für die Autoren - und für den Alleinverantwortlichen, was immer gut ist: Wenn Sie etwas finden, was Ihnen nicht gefällt, wenn Ihnen gesellschaftspolitisch - früher hat man, glaube ich, "bündisch" gesagt - etwas nicht genügend dargestellt erscheint, so hindert Sie niemand, ein Zusatzpapier, fußend auf diesem Elaborat, zu verfassen. Ich bitte Sie, suchen Sie nicht unbedingt das, was Ihnen nicht gefällt. Sie finden eine Menge von dem, was Ihnen zwangsläufig gefallen muß, weil es keine Alternative gibt. Bitte, tragen Sie das hinaus, fachen Sie die Diskussion an! Es ist ein, glaube ich, nicht unwichtiger Bestandteil auf unserem Weg zum Wiedereintritt in eine Regierung. - Ich bedanke mich ganz außerordentlich. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Meine lieben Freunde! Wir danken Herrn Präsident Graf für die Präsentation, aber auch für diese monatelange Arbeit, die er mit seinem Team für dieses Programm so überzeugend geleistet hat. Denn das Understatement vor dem letzten Satz ist ja auch ein neues Element Robert Grafs. (Heiterkeit.) Daß er in den letzten Jahren zu einem Wirtschaftssprecher schlechthin in Österreich geworden ist, bei dem die Menschen in ganz Österreich wirklich zuhören, wenn er redet, weil er etwas zu sagen hat, ist eine ganz wichtige Voraussetzung für das, was er zuletzt gesagt hat, nämlich daß wir über ein gut durchdachtes Programm verfügen, aber auch über die Persönlichkeiten die in der Lage sind, solche Programme umzusetzen.

Das ist auch eine echte personelle Alternative (Beifall), daß er mit Josef Taus zusammen dieses industriepolitische Manifest für Maria Plain in einer so überzeugenden Weise den Landeshauptmännern präsentieren konnte, daß eine Einstimmigkeit möglich war. Das ist in Wahrheit eine Großtat. Ich möchte euch beiden dafür sehr herzlich danken.

5. b) Diskussion

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Wir kommen damit zur Diskussion über das ÖVP-Wirtschaftsprogramm. Ich bitte alle Redner, ihre Wortmeldung vom Rednerpult aus und die Wortmeldungs zettel beim Tisch rechts vom Präsidium abzugeben. Wir haben bereits 40 Wortmeldungen. Die Diskussionsfreudigkeit dieses Parteitages ist nicht zu überbieten.

Als erster hat Herr Präsident Ing. Rudolf Sallinger das Wort.

Abgeordneter zum Nationalrat Ing. Rudolf S a l l i n g e r (mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Verehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Vertreter der gesamten österreichischen Wirtschaft - ich möchte hier aufzählen: Gewerbe, Handel, Industrie, Verkehr, Fremdenverkehr, Geld- und Kreditwesen - glaube ich, daß es die gegenwärtige Wirtschaftskrise und die wirtschaftspolitische Situation sehr nützlich erscheinen lassen, diesen Sonderparteitag einzuberufen. Dieser Parteitag, meine Damen und Herren, bietet Gelegenheit, die aktuellen Probleme in Wirtschaft und Politik zu analysieren, unsere Standpunkte klarzulegen und unsere Maßnahmen für eine bessere wirtschaftliche Zukunft darzutun.

Mein Freund Robert Graf - er wurde schon vom Vorsitzenden in den Mittelpunkt gestellt, ich habe das mit viel Freude gehört und bedanke mich auch bei ihm - hat in seinem Referat ausdrücklich und überzeugend ausgeführt, wie die Österreichische Volkspartei den Staatshaushalt in Ordnung bringen will, wie wir uns die Erneuerung der Wirtschaft und der Produktionsstruktur vorstellen und wie wir das Prinzip der Verantwortlichkeit in der Wirtschaftspolitik durchsetzen wollen. Eines möchte ich dazu sagen: Wir können froh sein, einen Wirtschaftssprecher wie Robert Graf zu haben. Er vertritt die Angelegenheiten der Wirtschaft und damit auch die Angelegenheiten der Österreichischen Volkspartei mit großer Tatkraft sowie Überzeugung und - das möchte ich unterstreichen - er scheut sich niemals, harte Worte dann zu sagen, wenn dies notwendig ist. Ich danke ihm dafür, weil wir es in der Wirtschaft wie in der Politik brauchen, den Mut zur Klarheit und zu einer klaren Darstellung der Probleme zu haben.

Im Wirtschaftsprogramm werden - das möchte ich besonders betonen - u.a. der Abbau bürokratischer Vorschriften, die Vereinfachung der Verwaltung sowie mehr Entfaltungsmöglichkeiten und Chancen für die Klein- und Mittelbetriebe verlangt. Das sind Forderungen, die wir schon seit Jahren gestellt haben und auf die ich in all meinen Reden hingewiesen habe. Wir wollen auch erreichen, daß die kleinen und mittleren Betriebe bei Vergabe der öffentlichen Aufträge stärker zum Zug kommen. Wir benötigen eine wirksame Jungunternehmerförderung. Wir brauchen mehr Unternehmer und weniger Staat. Schließlich müssen die umfangreichen Verwaltungsarbeiten, die die Unternehmer für die öffentliche Hand leisten, entweder fühlbar reduziert oder abgegolten werden.

Gerade in der mittelständischen Wirtschaft stellen diese Verwaltungsarbeiten eine starke Belastung dar.

Anlässlich der Debatte zum Mittelstandsbericht habe ich hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Dynamik immer stärker von den kleinen und mittleren Betrieben getragen wird. Wenn ich das sage, ist es keine böse Gegenüberstellung zur Industrie. Wir brauchen die Industrie, sie ist Schrittmacher, und wir haben mit ihr eine wirklich gute Zusammenarbeit.

Lassen Sie mich jedoch heute, weil ich zum Mittelstandsgesetz rede, auf diese kleinen und mittleren Betriebe besonders Bezug nehmen. In ihrem Bereich, meine Damen und Herren, liegen die größten Chancen für die wirtschaftliche Zukunft. Damit aber die Stärke und die Dynamik der mittelständischen Wirtschaft erhalten bleiben, ist eine wirtschaftsfreundliche Politik notwendig, wie sie die Österreichische Volkspartei in ihrem Programm fordert. In ihrem Programm für die Landwirtschaft, in ihrem Programm für die ganze Wirtschaft, in ihrem Programm für alle und damit auch für die gesamte österreichische Bevölkerung.

Diese wichtigsten Punkte möchte ich insofern hervorheben, als dazu eine steuerliche Entlastung der Betriebe, ein Verzicht auf weitere sozialpolitische Belastungen und Experimente im besonderen gehören. Die große steuerliche Belastung ist das Problem und das Thema Nr. 1 für alle. Bei einer Großveranstaltung des Österreichischen Wirtschaftsbundes in den Sofiensälen im Vorjahr wurden mir 100.000 Unterschriften von Unternehmern, aber auch von Mitarbeitern in den Betrieben überreicht, die eine Steuersenkung dringend verlangen. Der Österreichische Wirtschaftsbund unterstützt diese Forderungen für die gesamte Wirtschaft.

Unsere Wirtschaft braucht wieder bessere Erträge, sie muß wieder Eigenkapital bilden und über Risikokapital verfügen können. Deshalb treten wir auch dafür ein, daß die Eigenkapitalbildung für die gesamte Bevölkerung erleichtert und die Bildung von Verteilungskapital gefördert wird.

Meine Damen und Herren! Wirtschaften ist kein Selbstzweck und ist nicht nur Sache der Unternehmer. Eine florierende Wirtschaft ist die Existenzgrundlage für die gesamte Bevölkerung sowie die Basis für den Wohlstand und für die soziale Sicherheit in unserem Lande.

Zur Erneuerung der österreichischen Wirtschaft gehört aber auch - und darauf habe ich im Parlament wiederholt hingewiesen -, daß die verstaatlichte Industrie zu sanieren ist und neue moderne Grundlagen zu erstellen sind, Grundlagen, wie sie die private Wirtschaft hat. Die VOEST und andere verstaatlichte Betriebe müssen sich rasch zu fortschrittlichen, wettbewerbsfähigen und erfolgreichen Unternehmen entwickeln. Ein solcher Prozeß wird sicher nicht ohne Schmerzen und Opfer abgehen. In den verstaatlichten Betrieben müssen genauso wie bei den privaten Unternehmen die Gesetze der Wirtschaftlichkeit bestimmend sein. Politische Ziele und Prestigedenken dürfen dort nicht weiter vorherrschen, vielmehr müssen klare, nüchterne Kalkulationen und Kostendenken maßgebend sein. Markt und Wettbewerb sind für alle Betriebe ausschlaggebend. Jeder andere Weg ist falsch und führt in den finanziellen Ruin.

Die verstaatlichte Industrie ist für unsere Wirtschaft viel mehr als ein großer Arbeitgeber. Niemand will diesen Unter-

nehmen schaden. Die Entwicklung darf aber nicht dahin gehen, daß wir in Österreich zweierlei Betriebe haben: gewinnbringende, die die Steuern zahlen, und verlustbringende, die diese Steuern verbrauchen. Eine solche Entwicklung ist den Steuerzahlern und den vielen erfolgreichen Klein- und Mittelbetrieben nicht zumutbar. Deshalb trete ich für eine echte Sanierung der verstaatlichten Industrie und eine Wirtschaftspolitik ein, die den Klein- und Mittelbetrieben die Nutzung und der ganzen Wirtschaft gute Chancen ermöglicht.

Das Wirtschaftsprogramm der Österreichischen Volkspartei ist eine gute Basis für eine solche Politik. Das Vertrauen der Wähler kann ganz entscheidend dabei helfen, die im Programm enthaltenen Vorschläge und Maßnahmen auch durchzusetzen, durchzusetzen deshalb, meine Damen und Herren, weil wir besser wirtschaften.

Lassen Sie mich zum Schluß etwas Persönliches sagen: Es gibt Gerüchte, denen ich entgentreten muß, wenn so viele wirkliche Freunde der Österreichischen Volkspartei da sind. Da ich manchmal schlecht gehe, haben manche geglaubt, ich sei krank. - Ich bin nicht krank, ich bin kerngesund! Es ist nur eine Sportverletzung, die ich habe. Aber ich bin so hart wie der Stein, den ich bearbeite, wenn es darum geht, die Österreichische Volkspartei und Alois Mock zu vertreten. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Akustik in dem Saal ist um diese Mittagsstunde von besonderer Art. Vielleicht können Sie darauf Rücksicht nehmen. Als nächster ist nämlich Herr Abgeordneter Dr. Kohlmaier zu Wort gemeldet.

Ich erteile Dr. Kohlmaier das Wort.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Herbert Kohlmaier
(mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Das Wirtschaftsprogramm unserer Partei bringt wesentlich mehr als nur eine Zusammenfassung unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Ich möchte heute als Arbeitnehmervertreter besonders hervorheben, daß die ÖVP mit diesem Programm einen sehr bedeutenden und, wie ich glaube, positiven Beitrag zu jener ordnungspolitischen Debatte leistet, die heutzutage leider kaum stattfindet. (Zustimmung.)

Machen wir, meine Damen und Herren, einen Blick auf den politischen Gegner. Er bewältigt ideologisch in keiner Weise das Aufeinanderprallen von sozialistischen Dogmen und den harten Erfordernissen der Wirtschaft und der Verantwortung für diese Wirtschaft in der Regierung. Hinter der Verlegenheitsaussage, man strebe der Mitte zu - sie ist etwa für Dallinger und andere nicht einmal akzeptabel -, wird uns wahrhaftig ein unverdaulicher Brei verschiedener Denkrichtungen geboten.

Der Finanzminister opfert im Tempel des Geldes dem Gott Mammon mit kapitalistischen Beschwörungsformeln, um den Zorn dieses Gottes von den Regierenden abzuwenden. Benya & Co. huldigen einem reinen Pragmatismus der Macht. Und die Mitglieder der linken Sekte ziehen in ihren roten Gewändern durch die Straßen und werben für das sozialistische Nirwana.

Was sie aber alle zusammenhält, liebe Parteifreunde, ist nicht mehr der Wille zur Gestaltung einer gerechten Gesellschaft,

sondern nur mehr noch der Wille, sich an jener Macht festzukrallen, deren Verlust immer mehr droht.

Die Menschen, vor allem die Arbeitnehmer, können von dort her nichts mehr erwarten, es sei denn ein gar absonderliches Regime von sozialistischen Machtmechanikern mit kapitalistischen Attitüden.

Als Obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes unserer Partei möchte ich heute mit großer Befriedigung feststellen, daß das Wirtschaftsprogramm, welches diesem Parteitag vorliegt, auf dem Boden unseres Salzburger Grundsatzprogramms steht und die absolut richtigen, auch gesellschaftspolitischen Weichenstellungen enthält. (Beifall.)

Wir haben zum Glück jenen Zustand überwunden, wo jeder in der Partei seine Spielwiese hat, auf der einen sich die Ökonomen und auf der anderen sich die Sozialpolitiker tummeln. Nein, meine Damen und Herren: Wir haben heute die integrierte Schau gewonnen, und mit Recht werden in diesem Programm die innigen Zusammenhänge zwischen sozialem Gestalten und ökonomischen Voraussetzungen dargestellt. So müssen wir die Politik betrachten, und das werden uns die Menschen abnehmen, meine lieben Parteifreunde!

Ich kehre zurück zur Ordnungspolitik. Bisher ist viel zu wenig erkannt worden - ich bitte alle, darüber nachzudenken und das auch zu sagen -, daß im Wirtschaftsprogramm beschrieben ist, was wir unter sozialer Marktwirtschaft verstehen. Sie soll uns weder eine sozialistische Gesellschaft, in welcher der Arbeitnehmer von den Apparaten entmündigt wird, noch eine kapitalistische

Gesellschaftsordnung, in welcher der Arbeitnehmer vom Unternehmer ausgebeutet wird, bringen.

Liebe Parteifreunde, ich sage das wirklich sehr ernst. Seit ich politisch tätig bin, verfolge ich das Ziel einer Sozialpolitik, die den unselbständig Erwerbstätigen in das unverzichtbare marktwirtschaftliche System derart integriert, daß seine Selbständigkeit gefördert, seine Freiheit erweitert und seine Gleichberechtigung bei Zugang zu Eigentum und zur Nutzung des Eigentums eröffnet wird. (Beifall.) Meine DAMen und Herren! Das ist unser gesellschaftspolitisches Ziel im Gegensatz zum Sozialismus.

Natürlich: Jeder sozial gesinnte Mensch denkt zuerst an die Schwachen. Das ist selbstverständlich. Die Geister scheiden sich aber dort, wo es zu klären gilt, ob wir alle einfach zu sozialen minderwertigen Almosenempfängern machen wollen oder ob es unser Ziel ist, daß es möglichst viele sozial Starke gibt, die leistungs- und selbstbewußt, die selbständig und frei ihren sozialen Status auch selbst gestalten und verbessern können. Hier liegt die ideologische Grenzlinie zum Sozialismus.

Ein Volk von Sozialleistungsempfängern setzt als Folge einer betrügerischen Illusion einen verwirrenden Verteilungskreislauf in Gang, wo jeder Nehmender ist, dem wieder genommen wird, und ein Volk von Betreuten schafft sich ein Heer von Vormündern. Wir hingegen nehmen das Subsidiaritätsprinzip und das Solidaritätsprinzip der christlichen Soziallehre ernst. Den sozial Schwachen kann man nur helfen, wenn es genug sozial Starke gibt, und dazu müssen auch die Arbeitnehmer in diesem Staat immer mehr gehören. (Beifall.)

Ich begrüße daher ausdrücklich, daß im Wirtschaftsprogramm unserer ÖVP folgende Bekenntnisse abgelegt werden: Das Ja zur Mitbestimmung, zu Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand, zu Eigentumsstreue. Das Ja zum Investivlohn. Das Ja zur Partnerschaft im Betrieb und Ertragsbeteiligung. Das Ja zum Schutz von un-menschlichen Folgen neuer Technologien. Das Ja - und das halte ich für sehr wichtig - zur Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht. Das Ja zum Vorrang der Mitarbeiter bei der Ausgabe von Aktien der verstaatlichten Betriebe. Das Ja zur Familie, zu einer sinnvollen Eigenvorsorge und schließlich zur ökologischen Marktwirtschaft.

Mit diesem Wirtschaftsprogramm beweist unsere Partei, daß sie Volkspartei ist. Meine Damen und Herren, das ist damit gelungen. Ich halte das für außerordentlich wichtig. (Beifall.)

Das Bekenntnis der Volkspartei zur Wirtschaft schließt nach diesem Programm das Bekenntnis zur sozialen Aufwertung der Arbeitnehmer ein. Wir werden daher dieses Programm in voller Überzeugung vertreten, weil wir glauben, daß es dem weiteren Aufstieg der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft dienen wird. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Am Wort ist Josef Taus.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Josef T a u s (mit Beifall begrüßt): Hoher Parteitag! Der heutige Parteitag, der das Wirtschaftsprogramm der Österreichischen Volkspartei, welches ich schon als das Wahlprogramm in Sachen Wirtschaft für die Partei verstehe, vorstellt, ist, glaube ich, für uns ein guter Tag.

Erstens einmal hat es sich in Österreich langsam herumgesprochen, daß die Österreichische Volkspartei in den harten 16 Jahren der Opposition ihre Linie, ihre wirtschaftspolitische Linie durchgehalten hat, daß sie nunmehr, und zwar an der Praxis, beweist, daß die Grundsätze, die diese Partei immer vertreten hat, offensichtlich richtiger sind als jene, die von den Sozialisten vertreten werden. (Beifall.) Ich sage das ohne jede Überheblichkeit, ohne einen degradierenden Unterton in der Stimme.

16 Jahre lang konnte gezeigt werden, wie eine sozialistische Regierung regiert. Die österreichische Bevölkerung hatte die Sozialisten mit großem Vertrauen ausgestattet: dreimal eine absolute Mehrheit.

Wir haben lange Jahre immer wieder gewarnt und haben gesagt: Dieser Weg ist nicht der richtige wirtschaftspolitische Kurs. Es ist lange nicht geglaubt worden, und wir haben die Glaubwürdigkeit in wirtschaftspolitischen Fragen - machen wir uns nichts vor - in den Glücksphasen der sozialistischen Regierung weitgehend verloren gehabt.

Es ist für mich, glauben Sie mir das, eine besondere Freude, daß diese Glaubwürdigkeit mit dem Wirtschaftssprecher Robert Graf wieder gewonnen wurde. Ich bitte Sie, das so zu nehmen, wie ich es jetzt sage. Ich freue mich besonders, daß Präsident Sallinger darauf hingewiesen hat. Robert Graf hat mit seinen Mitarbeitern ein Programm geschaffen, mit dem wir uns im nächsten Wahlkampf und auch in der nächsten Regierungsperiode sehen lassen können. Das ist die entscheidende Frage. (Beifall.)

Ich habe mein ganzes Berufsleben, mit den kurzen Unterbrechungen, als Sie mir Ihr Vertrauen geschenkt haben und ich in der Politik gewesen bin, in der Wirtschaft verbracht. Ich höre heute landauf, landab, welches Vertrauen Robert Graf nicht nur in der Wirtschaft, in der Landwirtschaft, sondern auch von den Unselbständigen, überall entgegengebracht wird. Ich freue mich, daß er, der von den Großen wie von den Kleinen in der Wirtschaft akzeptiert wird, der Autor dieses Programms ist. (Beifall.)

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu den Prinzipien dieser Partei sagen. Wir haben unverbrüchlich daran festgehalten, daß das Eigentum und seine breite Streuung eine wesentliche Voraussetzung für eine freie Gesellschaft sind. Man hat es uns lange nicht geglaubt. Jetzt ist eine sozialistische Regierung gezwungen, aus ökonomischen Gründen gezwungen, wenn sie den Gesetzen eines marktwirtschaftlichen Mechanismus auch nur annähernd folgen will, auf Eigentumsstreuung Bedacht zu nehmen. Sie ist gezwungen, ein Eigenkapital-Programm in die Wege zu leiten, das von der ÖVP seit Jahren verlangt wird. Das ist die beste Bestätigung der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, die wir in diesem Land betreiben wollen. (Zustimmung.) Diese Regierung muß das tun, was sie vor wenigen Jahren noch strikt abgelehnt hat.

Na hätten Sie vor zehn Jahren mit jemandem über Eigenkapital, über Aktien, über Genußscheine oder wie immer das heißen mag geredet! Sie wären doch ausgelacht worden. Man hätte das als irgendeinen Dreh, als einen Rückfall in vergangene Zeiten betrachtet. Und heute? - Heute muß man nachlaufen, damit endlich wieder einmal Mechanismen zum Wirken kommen, die wir immer als

die Mechanismen der Eigentumsbildung verstanden haben. Wir wissen, welcher Schlüsselmechanismus die Eigentumsbildung darstellt, und wir werden immer dafür eintreten. Auch wieder ein Punkt, von dem wir heute mit Stolz sagen können: Wir haben recht gehabt, und die anderen haben weniger recht gehabt!

Nun ein paar Worte zur verstaatlichten Industrie, obwohl dazu schon so viel gesagt wurde. Ich habe mich immer dazu bekannt, daß man die verstaatlichte Industrie jetzt, da sie in den tiefen Schwierigkeiten ist, und zwar nicht seit gestern und nicht seit vorgestern, sondern seit mindestens zehn Jahren, nicht hängenlassen kann. Wir haben immer wieder kritisiert. Das wurde auf die Seite geschoben, man hat uns nicht geglaubt. Aber selbst jetzt, da wir triumphierend darauf hinweisen könnten, wenn wir wollten: Schaut her, wohin diese Prinzipien führen, die von der Regierung vertreten werden!, selbst jetzt bin ich der Meinung, man kann diesen Komplex nicht hängenlassen.

Das heißt, die Österreicher werden die verstaatlichte Industrie sanieren müssen. Es ist denkunmöglich, daß hier ein großer Betrieb fällt. Ich weiß, was ich damit sage. Ich weiß auch, was ich damit bei Tausenden von Kleinen an Gefühlen hervorrufe, denen man das nicht gesagt hat und die in Konkurs gegangen sind und die in Ausgleich gegangen sind und die - wenn man das so sagen darf - ihre "bürgerliche Ehre" - unter Anführungszeichen - damit verloren haben, und zwar nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Arbeitnehmer in diesen Betrieben. Es ist furchtbar, wenn man sagt: Ich bin in einem Pleitebetrieb tätig und ich verliere mein Geschäft, weil man in Konkurs gegangen ist. Und Tausende sind in Konkurs gegangen! Trotzdem erkläre ich von dieser Stelle aus:

Wir müssen diese großen, diese angeschlagenen Flaggschiffe leider sanieren. Wir müssen es, auch als Österreichische Volkspartei. Es wäre mir viel lieber, wenn ich sagen könnte: Wir brauchen es nicht sanieren, es ist eh alles halbwegs in Ordnung, das geht schon ganz gut, könnte besser sein, aber bitte, es funktioniert!

Was wir jetzt wollen, damit eine vernünftige Diskussion in Gang kommt - nicht das ewige Wegwischen, nicht das ewige Unten-Tisch-kehren, nicht die Salami-Taktik: im Gesetzentwurf stehen wieder 8 Milliarden Schilling mehr drinnen, dann noch einmal 5 Milliarden Schilling und dann noch einmal 15 Milliarden Schilling und dann noch einmal 2 Milliarden Schilling und dann noch einmal 3 Milliarden Schilling, wie das die ganzen Jahre hindurch gegangen ist -, um nun endlich einmal diese Dinge in den Griff zu bekommen, ist, daß die Tatsachen auf den Tisch gelegt werden und gesagt wird, worüber wir reden. Jeder Österreicher muß wissen, worüber wir reden. Erst das gibt die Basis für eine vernünftige Regelung im Bereich der verstaatlichten Industrie. (Zustimmung.)

Dem Robert und mir waren viele böse, als wir die 16,6 Milliarden Schilling nicht akzeptiert haben. Die Österreichische Volkspartei ist unserem Rat damals gefolgt und hat im Parlament diese 16,6 Milliarden Schilling nicht beschlossen. Das haben viele nicht verstanden, vor allem zu mir sind viele gekommen und haben gesagt: Du bist zehn Jahre da drinnen gewesen, du kennst das und du gehst diesen Weg, das ist von dir unverständlich! - Das war nicht unverständlich! Das war von uns der Versuch, einfach darauf

hinzuweisen, daß man es so, wie es gemacht wird, nicht machen kann. Wir mußten den Beweis liefern, daß unsere Thesen richtig sind. Wir mußten den Beweis liefern und sagen - der Robert hat es in seiner Rede dort getan -: In eineinhalb Jahren ist das Geld weg, und ihr werdet nichts gelöst haben! - Da war der Lärm groß - Ich habe dann hinter ihm nachgedoppelt und habe erklärt: Jawohl, das stimmt! In eineinhalb, in zwei Jahren ist das Geld weg, und ihr habt nichts gelöst, keinen Schritt seid ihr damit weiter! Und es stimmt. Jeder muß es akzeptieren, jeder kann es sehen: Das Geld ist weg, und nichts ist damit gelöst.

Jetzt habe ich noch immer die Hoffnung, daß man eine vernünftige Basis für Gespräche bekommt. Es hat in den letzten Wochen nicht mehr den Anschein gehabt, es wurde ein Gesetzentwurf eingebracht - soll sein! Wir wehren uns nicht dagegen, daß der - Anführungszeichen - "Proporz" in dem Sinn abgeschafft wird und daß es halt ein paar Schwarze weniger gibt und vielleicht ein paar andere mehr. Dagegen werden wir uns nicht wehren. So kleinlich sind wir nie gewesen. Aber man kann doch der österreichischen Öffentlichkeit nicht vormachen, daß mit den drei Schreibmaschinseiten, die da hergelegt werden, die Probleme der Verstaatlichten zu lösen sind, daß das auch nur den Funken einer Änderung bringen kann, solange man nicht weiß, auf welchen Grundlagen man sich bewegt und wohin die Reise gehen soll.

(Zustimmung.)

Wir sind keine wilden Privatisierer. Aber die Größenordnungen, die ich ganz vorsichtig genannt habe, um die geht es, meine lieben Freunde. Da stellt sich halt die große Frage: Kommen die

Gelder alle aus dem Staatssäckel, oder kann man da auch andere Methoden haben? Das sind die Probleme der Verstaatlichten: Wie geht es weiter, wie marschiert dieser Konzern weiter, ja wie geht es überhaupt in der öffentlichen Wirtschaft Österreichs weiter?

Wir haben das im Programm angerissen. Der Robert hat weite Passagen dafür verwendet, um diese Probleme zu beleuchten. Ich hoffe, es gibt eine Diskussionsbasis dafür.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Gedanken sagen - er ist im Programm drinnen, er zieht sich durch -: Der Glaube, daß man ewig verteilen kann, ist in Österreich jetzt auch einmal beendet. Viele haben daran geglaubt, tief in unseren eigenen Reihen, sie haben geglaubt, die Wirtschaft sei gewissermaßen ein Mechanismus, da braucht man nur leicht daran drehen und die Wohltaten fließen heraus. - Nichts fließt heraus; nichts muß man leicht drehen; alles, was man hat, muß man sich mühsam erarbeiten.

Sie haben heute Ministerpräsident Späth gehört. Er hat davon gesprochen, wie sich alle anderen anstrengen. Wir haben das immer gesagt.

Ich kann mich erinnern, daß man mir bei Reden vor zehn, zwölf Jahren - hie und da auch von Funktionären unserer Partei - gesagt hat: Hör einmal, red doch nicht so viel von der Leistung, die Leut wollen das nicht hören. - So war es. Ich könnte Namen nennen; doch das mache ich nicht; ich habe mein Lebtag noch nie Namen von Peronsen genannt, die mir das empfohlen haben.

Meine Damen und Herren! Ohne Leistung geht nichts. Wir überleben nur durch Leistung. Wurscht, wo wir stehen: Ob Arbeitnehmer oder ob Unternehmer ist völlig gleichgültig. Aus

Nichts wird Nichts. Das Perpetuum mobile ist nicht erfunden!
(Zustimmung.)

Wenn wir nicht die initiativen Kräfte dieses Landes zusammenfassen, wenn nicht jeder - gleichgültig wo er steht - sagt: Wir wollen vorankommen in Österreich, wir wollen mitwirken, wir sind eine reife Industrienation, wir wollen zeigen, daß wir eine solche sind!, und wenn nicht jeder von diesem Gedanken beseelt ist, dann gibt es keine gute Industrie, dann gibt es kein gutes Gewerbe, dann gibt es keinen guten Handel, dann gibt es keinen guten Fremdenverkehr und dann gibt es keine gute Landwirtschaft.

Wir machen das daraus, oder wir machen es nicht daraus. Niemand wird uns helfen! Kein Internationaler, Wurscht, an wen Sie denken. Wir selbst müssen es machen! Wir dürfen dafür auch gar niemanden brauchen, meine lieben Freunde. Selbst müssen wir es machen. Niemand hilft uns. Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott. - Ein Grundsatz, der sehr viel für sich hat. (Zustimmung.)

Deshalb wehren wir uns immer gegen diese Kleingläubigkeit, die da zum Durchbruch kommt, wenn es heißt: Jessas, jetzt werden wir dort eine Auslandshilfe brauchen und dort eine Auslandshilfe und da eine und nochmals eine und da muß eine kommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe nichts gegen irgend jemandem aus dem Ausland. Ganz im Gegenteil: Nichts dagegen, daß möglichst viele Ausländer in Österreich investieren. Sie sollen es tun, wir sollen sie einladen. Aber nach dem alten Grundsatz: Ich Herr, du Herr; aber nicht anders; beide.

Unsere Sachen, die wir uns angerichtet haben in der Verstaatlichten und sonst im öffentlichen Bereich, werden wir uns schön selbst sanieren müssen. Und wenn nicht, dann werden wir unseren Ruf als Industrienation verlieren. Aus. Darüber gibt es keine Diskussion.

Wie wollen wir denn den Leuten in der Welt einreden, daß sie uns etwas abkaufen sollen, wenn das Argument der Konkurrenz kommt und sie sagen: Schaut doch zu denen hin, die können ihre Betriebe selbst nicht führen!

Das ist das stärkste Argument, das es gibt. Selbst müssen wir die Betriebe führen, selbst müssen wir das machen. Wenn wir das nicht können, dann sind wir eben nicht gut und werden darunter leiden. Aus. Etwas anderes hat keinen Sinn! (Zustimmung.)

Mit diesem Programm haben wir gezeigt und wollen wir zeigen, daß wir gut sind. Wir rufen über die Parteigrenzen hinweg allen zu: Wir glauben, daß die Österreicher so tüchtig sind, aus manchem Schlamassel, in dem wir jetzt drinnenstecken, herauszukommen. Ich will das gar nicht überdramatisieren. Das ist lösbar. Das ist alles lösbar. Da läuten keine Totenglocken für das Land. Das ist falsch!

Wir haben auch nichts skandalisiert. Wir nicht! Von uns ist keine Skandalisierung gekommen in der letzten Zeit. Nicht eine. Wir haben da nichts gemacht. Wir rufen vielmehr auf, so wie es in unserem Programm steht, zu Optimismus, zu Fortschritt, zum Glauben daran, daß man etwas lösen kann. Wenn wir daran glauben und hart arbeiten, dann werden wir es lösen.

Wir glauben aber, daß es nur unter der Führung der österreichischen Volkspartei und nur mit einem Kanzler Dr. Mock geht. (Anhaltender Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Zum Wort kommt Präsident Derfler.

Abgeordneter zum Nationalrat Präsident Ing. Alois

D e r f l e r : Herr Vorsitzender! Hoher Bundesparteitag! Seit ein paar Wochen sind die Bauernvertreter in sehr schwierigen Verhandlungen mit der Bundesregierung. Es geht dabei um die Bewältigung aktueller Schwierigkeiten, vor allem um das Finden von dauerhaften Lösungen für die anstehenden und zu bewältigenden Problemen auf dem Milch- und Getreidemarkt.

Die offenen Fragen bei Milch und Getreide sollten gemeinsam und gleichzeitig mit einer notwendigen Novellierung des Marktordnungsgesetzes einer raschen Lösung zugeführt werden. Ich darf Ihnen ganz kurz die wesentlichsten Probleme dieser beiden Sparten aufzeigen.

Es geht bei der Milch darum, daß wir eine Bundeshilfe in der Größenordnung von etwa 250 bis 300 Millionen Schilling beantragt haben, was die sofortige und vor allem nachhaltige Senkung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages auf unter 40 Groschen pro Liter möglich machen würde. Mit Beginn des nächsten Milchwirtschaftsjahres sollte es noch zu einer weiteren Senkung des Beitrages kommen.

Wir haben schon vor Monaten einen durchaus diskussionswürdigen Vorschlag - sogar in Form eines Antrages - über eine praxisgerechte Ab-Hof-Milchregelung eingebracht, natürlich unter Einrechnung dieser Ab-Hof-Milchmenge in den Inlandsabsatz.

In diesem Zusammenhang verhandeln wir auch über eine Eindämmung der überbordenden Importe von Milchprodukten. Wir bekennen uns zu einer freiwilligen Richtmengen-Rückkaufaktion, wehren uns aber energisch gegen eine gesetzliche Kürzung der Richtmengen für die Milchbauern. Wir treten für eine Art Handelbarkeit der Richtmengen ein.

Meine Damen und Herren! Beim Getreide geht es um die Absicherung des Preises und des Absatzes für das Brotgetreide im Rahmen der Marktordnung und in diesem Zusammenhang um die Aufrechterhaltung des Frachterlasses auch für das Futtergetreide. Es geht um die Ausweitung der Verwertungsbeitragsregelung und der hiefür notwendigen Bereitstellung der Partnerschaftsmittel des Bundes.

Und es geht letztendlich - aber besonders bedeutungsvoll - um die Sicherstellung der Finanzierung und um den raschen Einstieg in alle sinnvollen und möglichen Produktionsalternativen pflanzenbaulicher Art, die insbesondere eine Umwidmung von Getreideanbauflächen in andere Produktionssparten möglich machen sollen. Es ist ein kleiner Erfolg erzielt worden bei der Eiweißfutterpflanzen-Produktion, indem es nun endlich doch möglich war, die Aufstockung der Flächenprämie auf 5.000 S ohne Flächenbegrenzung zu erreichen.

Österreich, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht insbesondere als neutrales Land einen gesunden und leistungsfähigen Bauernstand, denn die Sicherung der Ernährung für die gesamte Bevölkerung, der Einstieg in die Rohstoffproduktion in Form von Biomasse für industrielle und energetische Verarbeitung,

die Pflege und die Erhaltung der Kulturlandschaft sowie die Aufrechterhaltung der Besiedlung in den Problemregionen und in den Bergbauerngebieten sind Leistungen, die man den Bauern nicht ständig um den Nulltarif zumuten kann. (Zustimmung.)

Ich habe eingangs von den Verhandlungen, die die Bauernvertreter mit der Bundesregierung führen, berichtet. In wenigen Tagen wird sich weisen, ob es der Bundesregierung ernst ist. Wir haben bei der Milch bereits 13 Verhandlungsrunden in den letzten Wochen absolviert und haben diese Verhandlungen mit beinahe unendlicher Ausdauer und Geduld geführt. Diese Geduld ist nicht auf Dauer strapazierbar! (Zustimmung.)

Wenn sich in wenigen Tagen keine Bereitschaft der Bundesregierung abzeichnet, mit uns gemeinsam sinnvolle und den Bauern zumutbare Lösungen in Form einer Novellierung des Marktordnungsgesetzes zustande zu bringen, dann wird unsere Bauern niemand daran hindern können, in der Öffentlichkeit ihre Enttäuschung und ihren Unmut sehr deutlich zu zeigen. (Zustimmung.)

Ich möchte unserem Bundesparteiobermann und dem Bundesparteivorstand dafür danken, daß der hohe Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft erkannt wurde und im Wirtschaftsprogramm auch seinen Niederschlag gefunden hat. Ich möchte mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß uns die 16jährige Erfahrung mit sozialistischen Regierungen ganz eindeutig folgendes gelehrt hat: Gewährleistet ist eine Agrarpolitik in diesem Land, die das Wohl der Bauern und die Erhaltung des Bauernstandes, der Bauernschaft in ihrer Vielfältigkeit, wie sie sich bei uns präsentiert, nur dann, wenn es möglich ist, wieder eine Regierung

unter Führung der Österreichischen Volkspartei zu installieren. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Am Wort ist Johannes Hahn.

Johannes H a h n : Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Parteitag! Ich möchte zunächst namens der Jungen ÖVP den Autoren dieses Wirtschaftskonzeptes aus zweierlei Gründen sehr herzlich gratulieren und mich bei ihnen auch bedanken.

Zum einen, was für mich eine Selbstverständlichkeit bei einem solchen Thema ist, daß dieses Papier in einer auch für den Laien sehr leicht faßlichen Form geschrieben wurde, ohne daß dadurch die Substanz des Inhalts verlorengegangen ist. - Das ist das eine. (Beifall.)

Zum zweiten ist es ein Papier - das scheint mir noch viel wesentlicher -, das gerade uns Jungen eine Hoffnung gibt. Es ist nämlich ein Papier, das den jungen, dynamischen, leistungs- und wettbewerbsorientierten sowie unternehmerisch denkenden Menschen anspricht und ihm Hoffnung gibt. "Fairneß", "Leistungsbereitschaft" und "Chancengerechtigkeit" sind keine Schlagworte, sondern werden durch dieses Papier mit konkreten Inhalten belebt.

Ich möchte mich allerdings nicht nur - ich glaube, das soll auch nicht der Sinn einer solchen Diskussion sein - in Lobhudeleien ergehen. Da ich aus einer Teilorganisation komme, habe ich keine bündischen Probleme. Deshalb erlaube ich mir grundsatzpolitische Anmerkungen zu einigen Punkten, von denen ich glaube, daß bei einer konkreteren Diskussion das eine oder andere noch ergänzt werden könnte.

So glaube ich, daß es durchaus notwendig wäre, eine Klarstellung vorzunehmen. An einer Stelle des Programms heißt es beispielsweise, daß die Privatbeteiligung an verstaatlichten Betrieben mit 40 Prozent zu begrenzen sei, an einer anderen Stelle wird das ergänzt durch das kleine Wörtchen "zunächst".

Ich glaube, die Analyse beider Aussagen ist etwas durchaus Unterschiedliches:

In dem einen Fall bekennen wir uns zur Verstaatlichung und dazu, daß diese Verstaatlichung ad infinitum bestehen soll. In dem anderen Fall deuten wir aber an - dies gefällt mir persönlich besser -, daß die Verstaatlichung nicht für alle Ewigkeit gelten muß, sondern daß es durchaus möglich ist zu privatisieren, um auch Mehrheitsbeteiligungen für Private zu ermöglichen.

Ich glaube - das ist ganz wesentlich im Rahmen einer Diskussion; wir befinden uns noch in diesem Diskussionsprozeß -, es darf in einer Diskussion keine Tabuisierung geben, es darf keine Sparte ausgelassen werden, wo wir nicht darüber nachdenken sollen und müssen, ob eine Privatisierung oder eine Teilprivatisierung möglich ist.

Das gilt für mich auch für den Bereich der Bahn und der Post.

Es verwundert mich aber, wenn ich Zeitungsberichten und Informationen entnehme, daß es in der ÖVP Vertreter - ja sogar Funktionäre - geben soll, die den Gedanken der Privatisierung in Bausch und Bogen ablehnen und sagen, daß das im Grunde genommen ein Blödsinn ist.

In diesem Zusammenhang sollte sich, glaube ich, der Parteitag schon die Frage überlegen - bei aller Integration und bei Bestrebungen, eine Partei der Mitte zu sein -, ob solche Mitarbeiter noch Platz in der ÖVP haben. Denn die grundsatzpolitische Ausrichtung - in dieser Richtung ist heute schon eine ganze Menge gesagt worden - sagt doch eindeutig, daß der Privatisierung der Vorrang zu geben ist.

Etwas, was mir in diesem Grundsatzpapier auch nicht deutlich genug zum Vorschein gekommen ist, ist die ganze Frage der Monopole. Wir haben in Österreich eine Reihe von Monopolen. In einer Diskussion über Deregulierung, über Privatisierung und über Entbürokratisierung müßte auch dieser Bereich angeschnitten werden.

Schließlich - und das berührt uns als Junge ÖVP ganz besonders, weil gerade wir im letzten Jahr eine sehr engagierte Debatte zur Frage einer Integration, einer stärkeren internationalen Ausrichtung der österreichischen Politik, auch der Wirtschaftspolitik unter dem Blickwinkel "stärkere Integration, was die Europäischen Gemeinschaften betrifft" geführt haben -: Es fehlt mir der Aspekt der Internationalisierung fast gänzlich in diesem Konzept.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß auf den 70 Seiten der Begriff "internationaler Wettbewerb" geschlagene zweimal vorkommt, davon einmal in einer analysierenden Form und nur einmal in einer verlangenden, bekennden Form, daß Derartiges notwendig ist.

Was vielleicht auch nicht unwesentlich ist und was mir zur Stunde in diesem Konzept noch abgeht, ist eine Aussage über den

gegenwärtigen Zustand und die zukünftige Entwicklung der Sozialpartnerschaft. Das ist für uns Junge etwas nicht ganz Unwesentliches. Ich glaube, eine fortgesetzte Diskussion über dieses Wirtschaftskonzept sollte sich auch Gedanken machen, ob der gegenwärtige Zustand und die gegenwärtige Konstruktion der Sozialpartnerschaft noch etwas Zufriedenstellendes ist oder ob nicht dringende Änderungen notwendig sind.

Ich entnehme parteiinternen Diskussionen, daß das nicht nur eine Frage der Jungen ÖVP ist, sondern darüber hinaus auch andere sehr elementar betrifft.

Ich darf schließlich jedenfalls für die Junge ÖVP das Versprechen abgeben, daß wir die Diskussion, die heute mit diesem Wirtschaftsparteitag eingeleitet wurde, fortsetzen werden, und darf heute schon versichern, daß die Junge ÖVP auf dem nächsten ordentlichen Parteitag, der ja noch in diesem Jahr stattfinden wird, zu diesem schon heute sehr tauglichen Wirtschaftskonzept die eine oder andere Ergänzung und Präzisierung anbringen wird.

Ich glaube einfach, daß jede Präzisierung, jede Konkretisierung des bis dato Dargelegten ein wichtiger Beitrag und ein Schritt sein kann, daß der Führungsanspruch, der heute schon von Dr. Mock angemeldet wurde, auch noch deutlicher gemacht und vor allen Dingen endlich in die Praxis umgesetzt wird. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Zum Wort gelangt Generaldirektor Leeb.

Generaldirektor Dipl.-Ing. Manfred L e e b : Hoher Parteitag! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn man als Nichtberufspolitiker der politischen Diskussion zuhört, dann meint man manchmal, es gäbe hier nur Parteien für die Fußlahmen, für die Kranken, für die aus Altersgründen nicht mehr Arbeitsfähigen, für die aus Jugendgründen Schützenswerten und für sonstige, die eigentlich keine Leistungen erbringen können oder wollen.

Ich freue mich über dieses Programm, weil es ein Programm für die Leistungswilligen ist. Wenn ich kritisch werde, dann deshalb, weil ich manchmal glaube, wir glauben nicht recht an unsere eigene Courage.

Denn die Leistungswilligen, meine Damen und Herren, sind wieder in der Mehrheit in diesem Land. Es lohnt sich, ihnen eine Gasse zu bahnen: Den Leistungswilligen und den Begabten an der Schule, an den Universitäten. Natürlich sind wir dafür, die Schutzbedürftigen zu schützen, aber jenen, die Leistung erbringen wollen, wollen wir damit nicht ihren Weg verbauen. Wir wollen höhere Leistung nicht gleich fiskalisch besteuert haben. Wir wollen nicht jenen helfen, die unser Sozialsystem zu ihrem eigenen Vorteil ausbeuten und sich dafür vielleicht noch erwarten, daß sie einen guten Bundespräsidenten abgeben.

Wir sollten auch viel mehr dafür sein, daß die bürokratischen Hindernisse, die unternehmerischer Tätigkeit und Leistungstätigkeit entgegenstehen, abgebaut werden und daß nicht die Bürokratie dazu dient, die Nichtleistungswilligen vor den Leistungswilligen zu schützen, wie es, glaube ich, beim Ladenschlußgesetz der Fall ist.

Ein Bekannter von mir, ein prominenter Physiker an der Universität in Innsbruck, hatte eine interessante Erfindung gemacht. Er wollte sie auswerten in einem eigenen Unternehmen. Ihm wurde von der Behörde der Gewerbeschein versagt mit der Begründung, er habe keine Meisterprüfung. - So werden wir zu keiner leistungsfähigen Universität kommen!

Ich glaube, in diesem Programm ist vielleicht noch viel zu sehr vom Staat die Rede. Wir vertrauen als gelernte Österreicher seit Joseph II. immer noch auf den Staat. Aber wir sollten nicht so viel über die Gelder reden, die wir für den Schutz der Fußmaroden ausgeben, sondern darüber, wie wir den Tüchtigen sichern, daß er wirklich die Früchte seines Erfolges ernten kann.

Wie gesagt: Es ist in diesem Programm noch zu viel vom Staat die Rede. Überhaupt: Wir sprechen von der e i n e n Industrie in Österreich. Ich fürchte, es gibt zu viele unter unseren Mitbürgern, die dabei meinen, das sei die e i n e Industrie, die die Verluste der a n d e r e n Industrie zu tragen habe.

Ich gestehe meine Irritation, daß ich manchmal auch von manchen unserer Gesinnungsfreunde nicht alles verstehe, was sie zum Thema Verstaatlichte sagen. Ich bekenne mich nicht zur verstaatlichten Industrie, sondern ich bekenne mich zu einer Industrie, die Produkte produziert, mit denen man Geld verdient, und die Produkte erzeugt, die die Leute auch haben wollen.

Als ich antreten mußte, ein sehr fußmarodes Industrieunternehmen zu sanieren, hat mir der Eigentümer dieses Unter-

nehmens mitgegeben: Von mir bekommen Sie für die Sanierung keinen Groschen! - Und genau diese Botschaft habe ich den Mitarbeitern weitergegeben, was vom ersten Tag an ihr Verhalten geändert hat.

Ich glaube, wenn wir nicht die Milliarden an die Wand malen, die wir dafür ausgeben wollen, die Verstaatlichte zu retten, sondern den Mitarbeitern sagen: Helft euch selbst, dann hilft euch Gott!, dann würde wahrscheinlich vieles sehr viel schneller gehen. Denn mich schrecken nicht sosehr die Arbeitsplätze, die in der verstaatlichten Industrie verlorengehen. Die schrecken mich nicht. Auch nicht die, die verlorengehen in Industrieunternehmen, die die Technologie von gestern haben. Mich schrecken vielmehr jene Arbeitsplätze, die in neuen Technologien in Österreich nicht entstehen, und zwar deshalb nicht entstehen, weil wir unternehmerische Tätigkeit verteufeln, ihr immer noch den Ruch der Ausbeutung anhängen, weil wir die Technik als Umweltzerstörer verteufelt haben und uns jetzt wundern, daß unsere Jugend Politologie und Soziologie studiert. Wir haben in Österreich mehr Kunsthochschulen als Technische Universitäten.

Ich glaube, wir sollten uns konsequenter dazu bekennen, daß wir für die Leistungsfähigen da sind, für diejenigen, die bereit sind, Leistung zu erbringen. Dann können wir es uns leisten, den wirklich Armen zu helfen.

Ich würde auch von meinem eigenen Geld keinen Groschen dafür aufwenden, um eine Beteiligung an einem verstaatlichten Betrieb zu kaufen, solange mir gesagt wird: Der Staat wird die Mehrheit behalten. - Ich würde mir das sogar bei den Austrian

Airlines überlegen, denn der Minister kann ja jeden Tag das tüchtige Management durch ein anderes, das ihm nähersteht, ersetzen.

Ich glaube auch - damit möchte ich an das anschließen, was mein Vorredner gesagt hat -, daß wir noch konsequenter gegen Monopole kämpfen müssen. Wir müssen uns bewußt sein: Monopole sind von Übel, gleich, von wem sie kommen.

Als Ministerpräsident Späth vorhin erwähnt hat, wie billig die Kommunikation in der Welt geworden sei, habe ich mir gedacht: Er hat den österreichischen Telefonkostentarif nicht studiert. Denn ein Telefongespräch von Singapur hierher kostet einen Bruchteil von dem, was ein Telefongespräch von hier nach Bregenz kostet.

Deshalb habe ich auch nicht so viel Verständnis, wenn dieses Programm fordert, an den Energieversorgungsunternehmen sollen sich die Mitarbeiter beteiligen, und zwar solange nicht, als der Konsument nicht die Wahl hat, wo er den Strom kauft, nämlich dort, wo er ihn am günstigsten bekommt. Denn solange wir Versorgungsmonopole haben, sind die wasserwirtschaftlichen Erlöse keine Gewinne, sondern Steuern. Damit könnte man mit derselben Konsequenz verlangen, daß die Finanzbeamten am Finanzamt beteiligt werden.

Nicht von der Bürokratie und nicht von neuen Gesetzen sollten wir uns Fortschritte erwarten, sondern von der im wahrsten Sinne des Wortes Entfesselung der Leistungswilligen. Wir Österreicher sind inzwischen so etwas wie das Gespött der internationalen Industriegemeinschaft geworden. Was die früheren Österreich-Witze der Schweizer anlangte, sind sie von der Realität, die wir erleben, längst überholt worden.

Ich glaube, das sind nicht die Österreicher, wie sie wirklich sind. Das beweisen die Erfolge vieler kleiner Unternehmen trotz der widrigen Umwelt. Denn die Leistungswilligen und die Leistungsfähigen sind in der Mehrheit. Wir haben die Chance, die Partei dieser Mehrheit zu sein. Aber wir müssen ohne Angst vor der eigenen Courage diese Chance auch wirklich wahrnehmen. Denn die Leistungswilligen warten auf diese Partei. - Vielen Dank. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Am Wort ist Präsident Bertram Jäger.

Präsident Bertram J ä g e r : Hoher Parteitag! Liebe Freunde! Es ist heute schon sehr viel - und, wie ich glaube, mit Recht - über die wirtschaftlichen Probleme gesprochen worden. Es ist auch berechtigt - ich glaube sogar, es ist notwendig -, daß wir diese Probleme aufzeigen, und zwar notwendig im wahrsten Sinne dieses Wortes, weil durch dieses Aufzeigen ein Notstand abgewendet werden kann, insbesondere wenn entsprechende Konsequenzen daraus gezogen werden.

Unser Herr Bundeskanzler hat vorgestern im Nationalrat von einer "selbstzerstörerischen Art der Kritik, die dem Lande schadet", gesprochen. - Ich frage mich, ob der Herr Bundeskanzler diese Warnung an die richtige Adresse gerichtet hat. Er soll sich einmal anhören, wie die Ländersozialisten in jenen Bundesländern, in denen die ÖVP die Mehrheit hat, selbst bei Wirtschaftsdaten, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegen, also in den westlichen Bundesländern, in einer brutalen und radikalen Art alles kritisieren und alles schlechtmachen und natürlich die Schuld für die

schlechte Situation, die sie aufzuzeigen versuchen, den Ländern und der Landespolitik zuweisen.

Er soll sich vielleicht auch einmal überlegen, ob es nicht denkende Menschen vielleicht sogar unter den Sozialisten gibt, die dann zumindest einen Teil dieser Schuld der Bundespolitik anlasten. Gerade an dieser Art, oft grund- und hemmungslos alles zu kritisieren, kann der Herr Bundeskanzler vielleicht ermessen und erahnen, was sich bei gleicher Wirtschaftslage, aber bei umgekehrten politischen Verhältnissen abspielen würde. Wie dann die Sozialisten Opposition machen und mit Mann und Macht attackieren und in einer Art und Weise kritisieren würden, zu der wir nie imstande sind und die dann wirklich eine selbstzerstörerische Kritik in nicht mehr zu überbietender Art wäre.

Es ist heute schon sehr viel darüber gesprochen worden - gerade Ministerpräsident Lothar Späth hat es auch getan -, wie sehr das gesamtwirtschaftliche Klima, die gesamtwirtschaftliche Atmosphäre ausschlaggebend sei für die wirtschaftliche Situation.

Ich meine: Das gesamtwirtschaftliche Klima ist die eine Seite. Aber das Betriebsklima, das Klima im Betrieb, ist die andere Seite.

Dieses Betriebsklima hängt von der Stellung, hängt von der Respektierung des einzelnen Arbeitnehmers im Betrieb ab, ob er ernstgenommen und ob auf seine individuellen Bedürfnisse Rücksicht genommen wird.

Nicht zu Unrecht weist unser Wirtschaftsprogramm auf den - ich zitiere wörtlich - "noch immer weitgehend hierarchisch strukturierten Betriebsaufbau" hin, der "in Richtung vermehrter

Delegation von Entscheidungsbefugnissen und Förderung von möglichst autonomen Teilsystemen zu verändern" sei.

Wir diskutieren jetzt viel über flexible Arbeitszeit, über Personalkosten usw. Das ist sicher alles gut und recht. Aber die Entscheidungen über flexible Arbeitszeiten, über Teilzeitbeschäftigung usw., die fehlen noch vor den Fabrikstoren. Diese Dinge sind geregelt, wenn der Arbeitnehmer in den Betrieb kommt. Ich glaube, der Arbeitnehmer soll nicht nur möglichst viel und möglichst frei entscheiden können, solange er außerhalb des Fabrikstores oder außerhalb des Betriebsareals ist, sondern gerade im Betrieb soll er auch die Möglichkeit, zu entscheiden und mitzubestimmen, haben. (Beifall.)

Es heißt dazu im Wirtschaftsprogramm auch wörtlich: Mehr Wahlmöglichkeiten des einzelnen bei der Festlegung der organisatorischen Arbeitsbedingungen, der Arbeitsplatzausstattung und der Arbeitsplatzumgebung, also Bereiche, wo der einzelne Gestaltungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten haben soll.

Es wird hier also die Mitbestimmung im Betrieb angesprochen, aber die Mitbestimmung vor allem auch für den einzelnen Arbeitnehmer. Die Mitbestimmung ist in der letzten Zeit zweifelsohn etwas in Mißkredit geraten. Das liegt, so meine ich, nicht an der Mitbestimmung an sich, sondern an der Art, wie sie in verschiedenen Bereichen ausgeübt werden konnte, vor allem am Fehlen bzw. am mangelnden Gewicht des Widerparts, also des Partners, der die wirtschaftlichen Interessen zu vertreten hat, während der Betriebsrat vor allem die sozialen und finanziellen Interessen der Dienstnehmer zu vertreten und wahrzunehmen hat.

Und hier eine Warnung: Schütten wir, bitte, das Kind nicht mit dem Bade aus! Wir brauchen in den Betrieben die Interessenvertretung und die Interessenwahrnehmung durch die Betriebsräte! (Beifall.) Nur müssen sich die Betriebsräte an den betrieblichen Notwendigkeiten orientieren und sollen nicht der verlängerte Arm der Partei bzw., um mit Marx zu sprechen, der Transmissionsriemen der Partei in die Betriebe hinein sein.

Wir wollen mehr Mitbestimmung als die Sozialisten. Wir wollen, daß die Mitbestimmung nicht oben bei den Funktionären allein hängenbleibt, sondern auch für den einzelnen Arbeitnehmer im Betrieb spürbar und erlebbar wird, weil man nur dann von echter Mitbestimmung reden kann. Wenn der einzelne Arbeitnehmer mitreden, mitbestimmen kann, wo immer die Möglichkeit dazu besteht, dann wird Initiative, dann wird Kreativität herausgefordert und dann kann sich der Arbeitnehmer auch bestätigt und respektiert fühlen, dann fühlt er sich als Mensch im Betrieb ernstgenommen, und dann kommen wir in die Nähe des Postulats von labore exercens, daß der Mensch über dem Kapital stehen müsse. (Beifall.)

Freilich stellen wir gerade derzeit fest, daß vor allem auf Grund von Sachzwängen, etwa der internationalen Konkurrenzfähigkeit, Dinge geschehen, die ja wegführen von diesem Postulat durch Arbeitsformen, vermehrten Schichtbetrieb usw. Wir werden über diese Dinge sicher ganz intensiv nachdenken und diesen Dingen nachspüren müssen.

Um es aber noch einmal zu sagen: So wichtig das Wirtschaftsklima für den wirtschaftlichen Erfolg ist, so erachte

ich aber als noch wichtiger das Betriebsklima, weil es im Betrieb ja letztlich auch um den Menschen gehen muß. Für das Wirtschaftsklima - das wird oben gemacht - ist vor allem die Regierung verantwortlich, aber für das Betriebsklima ist jeder einzelne im Betrieb verantwortlich; je höher er in der Hierarchie steht, natürlich umso mehr.

Wenn wir auch vieles von dem, was Minister Dallinger an Mitbestimmung vorschlägt, ablehnen, umso mehr sollten wir, und zwar Unternehmer, Betriebsräte, leitende Angestellte, Vorgesetzte, alle im Betrieb danach trachten, neben dem Betriebsrat auch dem einzelnen Arbeitnehmer möglichst viele Gestaltungs- und möglichst viele Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen. Ich bin sicher, daß ein Großteil der Arbeitnehmer diese Herausforderung annehmen würde, zu ihrem Vorteil, zum Vorteil des Betriebes und zum Vorteil der ganzen Wirtschaft, aber auch zum Vorteil für unsere Partei. Denn wenn der Arbeitnehmer spürt, daß wir uns bemühen, den Menschen in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen, dann wird eben dieser Mensch, dann wird der Arbeitnehmer noch mehr als bisher seine natürliche politische Heimat in der ÖVP suchen und in unserer ÖVP auch finden. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Zum Wort gelangt

Herr Dr. Fetzner.

DDr. Franz Curt F e t z e r : Herr Vorsitzender! Ver-
ehrter Hoher Parteitag! Ich bin Wirtschaftler, Industrieller,
Mittelbetrieb. Dennoch möchte ich angesichts der hervorragenden
Vorträge, die wir schon gehört haben vom Podium her und von
unserem Besuch und trotz meiner Freude daran, daß Ergänzungen
zu dem, was hier erarbeitet worden ist, noch möglich sein wer-
den, meine kurze Redezeit nicht dazu benutzen, in Details ein-
zugehen.

Das Schöne an der Arbeit, die uns heute vorgelegt worden
ist, das Beste ist erstens, daß erklärt worden ist, es seien
nur Richtlinien, kein Gesetz, keine Bibel, es könne darüber
weitergearbeitet werden. Aber das Allerbeste scheint mir zu
sein, daß wir in unserer so vielseitigen Partei überhaupt zu
einer solch geschlossenen Arbeit über Wirtschaftsprobleme ge-
kommen sind. (Beifall.)

Allen Herren, die daran beteiligt sind, von der Basis bis
oben, kann ich dafür nur den herzlichen Dank aussprechen. Das
ist schon ein großer Beweis und eine Vorstufe für Erfolge.

Lassen Sie mich aber nun, abgesehen von dieser Bemerkung,
einen kleinen Vorteil ausnutzen, den ich, glaube ich, fast
Ihnen allen gegenüber habe: Ich bin nämlich schon entsetzlich
alt. Ich möchte Ihnen zur Ermutigung für unsere weitere Zu-
sammenarbeit für Sie und für uns und für die Jungen hier im
Saal, von denen ich mit Freude gehört habe, wie aktiv sie sind,
ein wenig aus der Vergangenheit erzählen.

Meine Damen und Herren! Ich habe als ein treues, manchmal
aufmüpfiges, aber unerschütterliches Mitglied der am 17. April 1945

gegründeten Volkspartei von Anfang an dort Dinge erlebt, die wir jetzt fortzusetzen haben. Es ist richtig, wir sind die besseren Wirtschaftler. Meine Damen und Herren! Das sind wir nicht erst ab heute, das müssen wir nicht beweisen. Wir gehen es jetzt, um wieder an die Regierung zu kommen, neu an. Aber in Wirklichkeit war das vom Jahre 1945 an so, daß sich erst einmal eine Reihe von Männern, die aus dem KZ kamen, zur Zusammenarbeit vereinigt haben, zu einer Zusammenarbeit von Leuten, die aus Kreisen stammten, die einander noch im Jahre 1938 meistens gar nicht so wohlwollend gegenüberstanden, gar nicht eng verbunden, manchmal sogar Gegner waren. Sie haben in Erkenntnis dessen, was die Zukunft braucht, ihre Bedenken gegeneinander aufgegeben, Vertrauen erworben und eine Partei gegründet, die das vertrat, was wir jetzt fortsetzen, nämlich - ich nehme es vorweg, obwohl das Wort nicht eng gefaßt werden darf -, daß der Mensch in den Mittelpunkt des Geschehens gestellt wird, im übrigen aber eine soziale Marktwirtschaft vorzuherrschen hat, mit Anerkennung der Rechte und Pflichten aller Teile der Bevölkerung und nicht nur Klassenkampf und einseitige Besichtigung.

Meine Damen und Herren! Das war damals gar nicht so selbstverständlich und einfach. Diese paar Männer mußten ihre Gefolgschaft erst einmal davon überzeugen, daß man das gegenseitige Mißtrauen aufzugeben hatte und daß es gemeinsame Ziele gab. So sind wir entstanden. Und genauso ist es in der Fortsetzung in den nächsten Jahren gewesen, als man wirklich zur sozialen Marktwirtschaft kam, es aber noch die Bestrebungen der politischen Gegner gab, ja weiter fortzufahren mit der

Planwirtschaft, mit der Vollbewirtschaftung, mit der Preiseinschränkung, mit den Lohn- und Preisabkommen, die uns in die Inflation gedrängt haben. Schon damals ist der Kampf um das bessere Wirtschaften von uns gewonnen worden. Das war auch die Basis des Erfolges. Ich brauche nur Namen wie Raab, Kamitz usw. zu nennen.

In diesem Sinne bin ich so stolz darauf, daß nun weitere, nicht unbedingte Übereinstimmung in allem vorhanden ist, aber in diesem Programm dennoch eine Basis gelegt worden ist, die meiner Meinung nach wirklich den Erfolg bringen kann.

In längeren Ausführungen über dieses Problem könnte ich Ihnen jetzt, indem ich über ganze Jahre hindurch erzähle, auch zugeben, daß uns in den Entstehungs-, Anfangs- und sieghaften Jahren auch Schwierigkeiten begegnet sind. Da hat es im Jahre 1953 einmal eine ungeheure Gefährdung gegeben, die Mehrheit im Parlament um ein paar Stimmen zu verlieren. Stimmen hatten wir schon verloren. Wir durften nur wegen der Wahlarithmetik den Kanzler weiter stellen.

Ich will damit sagen, ich fürchte mich gar nicht, wenn jetzt nicht in allen Dingen schon absolute Einigkeit herrscht. Das wäre schlecht. Wir sind heute eine Gesellschaft, die wirtschaftlich zum Erfolg emporgewachsen, diesen Erfolg fortsetzen will und die sieht, daß die Gefahren von der anderen Seite noch genauso bestehen wie 1945. Die politischen Gegner - es waren damals sogar noch Kommunisten in der Regierung - haben damals alles getan, um ja keine freie Wirtschaft entstehen zu lassen. Die haben wir erobert, diese Auffassung haben wir jetzt - meine

Damen und Herren, das ist heute vielfach, auch von unserem ausländischen Gast, gesagt worden - neu zu verteidigen. Wir sind erneut in Gefahr, wir müssen um diese Errungenschaft der freien Wirtschaft und der Verantwortung des einzelnen, der Förderung des einzelnen und seiner Teilnahme am Gesamtgeschehen nicht als Diener, sondern als Mitwirkender und Verantwortungsträger neu kämpfen. Damit möchte ich eigentlich schließen. Es schien mir nur wichtig, Ihnen das klarzumachen.

Wir stehen nicht am Anfang, sagen zu müssen, wir wirtschaften besser. Wir haben immer besser gewirtschaftet. Es war von Anfang an unser Programm. Wir haben damals damit gesiegt, wir werden auch in Zukunft damit siegen, siegen müssen und siegen können. (Beifall.)

Ich bin kein Freund von langen Worten. Ich will nichts wiederholen an Lob, das ich noch verteilen mußte. Nochmals mein echter Dank für die aufopfernde Arbeit, die hier geleistet wurde. Meine Damen und Herren! Wer je organisatorische und andere Aufgaben in großem Ausmaße zu erledigen hatte, der weiß, wie unendlich schwierig es ist, hier auf eine Linie zu kommen, wie sie heute erreicht wurde.

Darf ich zum Schluß vielleicht doch noch einen persönlichen Wunsch aussprechen, den Wunsch eines Mannes, der nicht Wirtschaftler ist oder sonst etwas, sondern ein ganz bescheidener Soldat und Diener im Schützengraben oder im Schlachtfeld unserer Partei. Ich bin davon überzeugt, Sie werden, wenn diese so schöne, wichtige und wegweisende Tagung zu Ende geht, unserem Herrn Präsidenten, unserem Herrn Parteiboss und allen,

die mitgearbeitet haben, mit donnerndem und lautem Beifall danken. Aber ich hätte noch die zusätzliche Bitte: Gehen Sie dann nicht aus dem Haus, zufrieden, so viel Interessantes, Wegweisendes und Wichtiges gehört zu haben. Gehen Sie hinaus mit einer Art Dienstverpflichtung, jeder einzelne, und tragen Sie in Ihrer Umgebung, von Haus zu Haus, von Familie zu Familie, von Betrieb zu Betrieb, wo immer Sie auch mit Gegnern sprechen können, unsere Ideen hinaus! Mit den Medien allein ist kein ewiger Bund zu flechten, sie sind keineswegs immer und in allem ganz unserer Meinung, so wichtig ihre Unterstützung in vielen Fällen auch ist. Worum ich aber dringend bitten würde: Die persönliche Leistung in der Werbung im nächsten Jahr wird mit zur Entscheidung beitragen, denn wir können hier über die zukünftigen Wünsche, die wir haben, so viel reden, wie wir wollen. Was wir brauchen, sind die Stimmen, wenn wir an die Regierung kommen wollen. Und zu diesen Stimmen soll jeder einzelne von uns das, was er kann, beitragen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. K r a i n e r : Meine Damen und Herren! Der legendäre Generalsekretär der Industriellenvereinigung, der heute 85jährige Dr. Fetzner. (Beifall.) Er hat in bewegender Weise ein großes Anliegen mit echter innerer Überzeugung vorgebracht. Wir danken ihm sehr herzlich für diesen Beitrag und für all das, was er vor allem auch für die Wirtschaft Österreichs in so großartiger Weise geleistet hat. (Beifall.)

Ich darf nun den gegenwärtigen Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Prof. Krejci, um sein Wort bitten.

Generalsekretär der Industriellenvereinigung Prof.

Dr. Herbert Krejci : Herr Bundesparteioobmann! Meine Damen und Herren! Nach dem großen Lehrer der Schüler, der viel von Dr. Fetzner gelernt hat. Ich kann Ihnen eines ans Herz legen, meine Damen und Herren: Kampf in der Politik hält jung, hält den Blutdruck frisch. Sie brauchen keine Pillen und Medikamente. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Franz Curt Fetzner mit seinen 86 Jahren!

Meine Damen und Herren! Dieser Parteitag zeichnet sich eigentlich ÖVP-untypisch durch ein hohes Maß an Vitalität, Elan und Kampfbereitschaft aus. Die Zukunft gehört den Kampfbereiten.

Es ist ein gutes Zeichen, daß heute viele da sind, die man sonst nicht sieht, ein Zeichen dafür, daß die Chancen zur Regierungsbeteiligung höher eingeschätzt werden. (Beifall.)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit Auf-die-Schulter-Klopfen ist es nicht gedient. Wir haben endlich wieder ein Wirtschaftsprogramm, das die hohe unbestreitbare Wirtschaftskompetenz der Österreichischen Volkspartei in hervorragender Weise dokumentiert. Bei Robert Graf und Josef Taus und deren Mitarbeitern sind wir in besten Händen, und das Erbe Julius Raabs und Reinhard Kamitz' wird damit würdig auch intellektuell fortgesetzt. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Zukunft gehört nicht einer falsch interpretierten Grünutopie, sondern einer mutigen Vision, in der auch umweltgerechte Technik und Industrie ihren Platz haben, so wie das Lothar Späth, ich möchte sagen, ganz bewußt

mit einem hohen Maß von schwäbischem Schmäh uns hier vorgeführt hat: Phantasie statt Angst, Aufsperrren statt Zusperrren, Vitalität statt Verkalkung! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Österreich ist in einer kritischen Stunde, es ist in Gefahr, sich von der westlichen Welt abzukoppeln und unter dieser Regierung in ein hohes Maß an Untermittelmäßigkeit abzusinken und zu einem Krähwinkel Europas zu degenerieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das verdient eines der höchstbegabten Völker Europas nicht!

Ich möchte Sie hier noch um zwei Dinge bitten. Erstens: Breiten Sie dieses Programm auch vor den kritischen Aufsteigern mit geistiger Eigenständigkeit aus!

Zum zweiten - ich weiß, daß ich vielleicht da und dort Widerspruch hervorrufen werde -: 1970 hat Bruno Kreisky davon gesprochen, es gebe welche, die mit uns ein Stück Weges gehen - mit ihm. Die Zeiten haben sich gewandelt. Heute gibt es viele vernünftige Sozialisten, die bereit sind, mit uns ein Stück Weges zu gehen. Stoßen wir diese, bitte, nicht zurück! (Beifall.)

Meine Damen und Herren! In jeder Kriegsschule lernt man, daß vor dem Erfolg der Wille zum Erfolg steht. Der Sieg gehört nur denen, die ihn erreichen wollen, und nicht den intellektuellen Zauderern! Ich bitte Sie: Tragen wir dieses Wirtschaftsprogramm hinaus! Setzen wir es um, gerade für jene, die vielleicht im Schatten leben. Die Ausgleichsrentenempfängerin, der um seinen Arbeitsplatz in Donawitz bangende Stahlarbeiter, der kleine Kaufmann, der sich mit dem Existenzminimum begnügen muß, sie wissen, wo die bessere Wirtschaftspolitik beheimatet ist, meine

Damen und Herren, jene Wirtschaftspolitik, die auch die sozialere Wirtschaftspolitik ist.

Wir sind hier sinnigerweise in einem Thermalbad. Meine Damen und Herren! Aus einem Thermalbad geht man gestärkt hervor. Die Zukunft kann und darf nicht den Herren Sinowatz und Steger gehören, sondern jenen, die bewiesen haben, daß sie besser zu wirtschaften verstehen. (Beifall.)

Herr Bundesparteiobermann! Für 1987 habe ich einen Wunsch, um in der Diktion von Ö 3 zu bleiben: Same time, same station, aber mit Alois Mock als Kanzler! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Franz Sauerzopf : Ich übernehme nun den Vorsitz. Wir fahren in der Diskussion fort. Am Wort ist Universitätsprofessor Streissler.

Prof. Dr. Erich Streissler : Hohes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als christlich wertender und liberal denkender Wirtschaftswissenschaftler kann ich das vorliegende Wirtschaftsprogramm nur vorbehaltlos begrüßen. Das Programm betont mit Recht, nicht der Staat, sondern nur die private Wirtschaft kann tatsächlich jene große Zahl an Arbeitsplätzen schaffen, die Österreich zur Rückeroberung der Vollbeschäftigung benötigt.

Ich möchte kurz auf zwei Aspekte des Programms eingehen, die Schaffung eines fairen Steuersystems und die Bereinigung unseres unhaltbar gewordenen Systems der wirtschaftlichen Altersvorsorge.

Die ÖVP erkennt mit Recht die Notwendigkeit, die sich abzeichnende Krise des Steuerstaates an der Wurzel zu korrigieren.

Das derzeitige Steuersystem ist nicht nur wachstumshemmend und kompliziert, es ist letztlich in seinen Auswirkungen auch extrem unfair, unsozial und wettbewerbsverzerrend. Vor allem Bezieher kleiner Einkommen wachsen in Steuerbelastungsstufen hinein, die ursprünglich vom Gesetzgeber nicht für diese vorgesehen waren. Deshalb muß es ein unabdingbares Reformziel sein, nach und nach, wie das Programm erfreulicherweise festhält, die Tarifprogression im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer um mindestens 20 Prozent zu verringern.

Ich komme zum zweiten angekündigten Thema, zum Problem der zukünftigen Altersvorsorge. Kein denkender Staatsbürger kann sich verhehlen, daß unser öffentliches Pensionsversicherungssystem spätestens ab dem Jahr 2000 in seiner gegenwärtigen Form unfinanzierbar geworden sein wird. Dafür, daß wir die Pensionen der Generation unserer Eltern zahlen durften, wird meine Generation dadurch entlohnt werden, daß die Generation unserer Kinder unsere Pensionen im gegenwärtig versprochenen Maße nicht wird zahlen können, einfach deswegen, weil diese Generation zu wenig Kinder hatte. An dem ist gerade im Lichte eines zukünftigen Pensionsbedarfes an dieser viel zu kleinen Kinderzahl sicher auch die familienfeindliche Steuerpolitik der letzten eineinhalb Jahrzehnte schuld. (Beifall.)

Wie die Dinge nunmehr stehen, muß - ich zitiere - im Interesse der Jugend Österreichs das Pensionssystem für das Jahr 2000 konsensual ohne Polemik und ohne Rücksichtnahme auf Gruppeninteressen vorbereitet und entwickelt werden. Wir Älteren werden auf Grund der Verschlechterung der Relation der Werk-

tätigen zu Pensionisten sicher nicht das erwarten können, was die gegenwärtige Pensionistengeneration erhält. Wir werden nicht auf öffentliche Hilfe vertrauen können. Wir werden schon jetzt individuell vorsorgen müssen.

Weitblickend ist es daher, wenn das Programm festhält: Neben einem im Umlageverfahren finanzierten Netz der sozialen Grundabsicherung sind als Ergänzung private Vorsorgemodelle zu schaffen. Künftig soll es stärker wieder dem einzelnen obliegen, seine ganz individuelle Prioritätensetzung zwischen Gegenwartskonsum und diversen Formen der Zukunfts- und Eigenvorsorge zu treffen. Das muß sich auch und vor allem im Steuersystem niederschlagen, weswegen das Programm mit Recht festhält, daß spezifische Steuerabsetzbeträge auf die Bereiche Eigenvorsorge und Eigentumbildung zu beschränken sind. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Sauerzopf : Als nächster zu Wort gemeldet ist Reinhold Lopatka.

Reinhold Lopatka : Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Parteitag! Gerade die dramatische Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit zeigt, daß diese Regierung am Ende ist, heißt es so richtig an dieser Schautafel. Waren 1980 noch 16.815 Jugendliche offiziell als arbeitslos ausgewiesen, waren es 1985 bereits 41.103. In Wirklichkeit sind es bereits weitaus mehr als 50.000. 50.000 Einzelschicksale, 50.000 junge Mädchen und Burschen, denen von der sozialistischen Regierung das Gefühl gegeben wird, daß sie nicht gebraucht werden, 50.000, die von

uns Zeichen der Hoffnung erwarten. Denn von wem sonst als von uns können sie diese erwarten? (Beifall.)

Gott sei Dank, muß ich sagen, steht daher die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit an der Spitze der Zielsetzung der Wirtschaftspolitik der Österreichischen Volkspartei, wie es unser Wirtschaftssprecher Graf heute auch so deutlich artikuliert hat. Ich sehe darin auch einen Akt der Solidarität. Denn gerade als junger Steirer möchte ich an Sie alle appellieren, in Zukunft insbesondere mit jenen, die am meisten unter der verfehlten Politik der Sozialisten in den letzten 16 Jahren zu leiden hatten, solidarisch zu sein. So wie die Jugend innerhalb aller Altersgruppen, so sind die Steirer innerhalb der neun Bundesländer eindeutig die Hauptleidtragenden dieser verfehlten Wirtschaftspolitik.

Daher bitte ich Sie, wo immer Sie in der ÖVP stehen, der Sondersituation der Jugend, aber auch der Sondersituation des Bundeslandes Steiermark gerecht zu werden und durch Ihre solidarische Unterstützung Rechnung zu tragen. Wir brauchen sie, darum bitte ich Sie. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Sauerzopf : Am Wort ist Abgeordneter Dr. Lichal.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Robert Lichal :
Hoher Parteitag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Als Vorsitzender der Christ-Gewerkschafter Österreichs möchte ich gleich an die besorgten Worte meines Vorredners anschließen, eines jungen Freundes, der sich mit der Jugendarbeitslosigkeit im besonderen auseinandergesetzt hat.

Meine sehr verehrten Delegierten! Seit dem Jahre 1980 dreht sich die Negativspirale der wachsenden Schulden, der steigenden Steuerbelastung und der steigenden Arbeitslosigkeit immer schneller. Wenn hier an der Stirnfront dieses Saales in so beeindruckender Weise - leider - diese Negativzahlen angeführt werden, dann müssen wir mit Bedauern feststellen, daß seit 27 Jahren, seit nahezu drei Jahrzehnten, erstmals wieder die 200.000-Marke bei der Arbeitslosigkeit überschritten wurde. Genau wurden im Jänner dieses Jahres 205.592 Personen als arbeitslos registriert; das entspricht einer Arbeitslosenrate von 7,1 Prozent. In einzelnen Bundesländern gibt es sogar schon zweistellige Arbeitslosenraten, wie im Burgenland mit 17,2 Prozent, in Kärnten mit 12,6 Prozent, aber auch die Steiermark - wie bereits erwähnt - mit 8,7 Prozent und Niederösterreich mit 8,2 Prozent haben diesbezüglich die größten Sorgen.

Von diesen rund 206.000 Arbeitslosen gehören bereits 60.000 - ich muß das leider in negativer Weise korrigieren, weil es immer mehr werden - dem Alter zwischen 19 und 24 Jahren an. Dabei sind in diesen Arbeitslosenstatistiken gar nicht die Frauen enthalten, die sich eine Zeitlang der Erziehung ihrer Kinder gewidmet haben, in Karenz gewesen sind; es sind nicht enthalten die Maturanten, die nur studieren, weil sie keinen Posten bekommen; es sind nicht enthalten die Schulabgänger; schließlich sind nicht enthalten die Frühpensionisten, die man in Frühpension geschickt hat. Und die Prognose der Wirtschaftsforscher mit 170.000 bis 190.000 Arbeitslosen in den neunziger Jahren ist wirklich äußerst besorgniserregend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ein älterer Mensch, der vielleicht 30 oder 40 Jahre im Arbeitsprozeß gestanden ist, arbeitslos wird oder in Frühpension geht, ist das auch arg. Aber doch nicht so hoffnungslos als für einen jungen Menschen, der seine schulische Ausbildung, seine berufliche Ausbildung abgeschlossen hat, nun zeigen möchte, daß er in dieser Gesellschaft etwas leisten kann, er seiner Neigung entsprechend in diese Wirtschaft einsteigen möchte, und dann ganz einfach vor der Tatsache steht, daß es für ihn keine Möglichkeit dieser Selbstbestätigung, keine Möglichkeit dieser Mitarbeit in unserem Staat gibt.

Daher darf ich alle Initiativen der Österreichischen Volkspartei wirklich begrüßen. Es wurden schon viele gesetzt. Ich denke an das Mock-Programm 1982, 1983 und 1984. Ich habe es aufgelistet: neun Initiativen. Aber auf Grund des Zeitmangels verzichte ich auf das Verlesen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das wichtigste.

Das zweite noch ganz kurz gestreift. Die Steuerschraube wird immer ärger. Immer mehr Menschen und insbesondere Arbeitnehmer, aber auch Bauern werden an den Rand der Armut gedrängt. Der Alleinverdiener mit mehreren Kindern ist heute fast nicht mehr in der Lage, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Und die Steuerprogression wird immer schärfer, die Gier des Staates immer größer.

Auch diesbezüglich müssen Initiativen gesetzt werden, und ich bin dankbar, daß das geschieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für Christ-Demokraten und für christliche Gewerkschafter ist die derzeitige Situation ganz einfach unerträglich. Denn gerade hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik, der Arbeitsplätze, der Arbeitslosigkeit geht es für uns nicht nur um ein politisches Problem, geht es für uns nicht nur um ein wirtschaftliches Problem, geht es für uns auch nicht nur um ein soziales Problem, sondern das muß für Christ-Demokraten auch ein zutiefst menschlich-moralisches Problem sein, mit dem wir fertig zu werden haben. (Beifall.)

Die Sozialisten haben dabei versagt. Ihr Versprechen, ihr Monopolanspruch ist zusammengebrochen, alleinseeligmachende Vertreter der Arbeitnehmer in diesem Staat zu sein und ihnen das Paradies auf Erden zu bereiten. Heute sind die Arbeitnehmer die Leidtragenden dieser verfehlten Politik.

Ich glaube - und mit mir alle christlichen Gewerkschafter in unserer Republik -, daß es notwendig ist, eine gesunde Wirtschaft zu haben, um auch einen sozialen und wirtschaftlichen Status für die Arbeitnehmer in unserem Staat zu erreichen. Deshalb ist dieser Neubeginn mit der Österreichischen Volkspartei so notwendig. - Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Nächster Redner

Dkfm. Böck.

Dkfm. Josef B ö c k : Hohes Präsidium! Liebe Gesinnungs-
freunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nicht mit
einem derartigen rhetorischen Feuerwerk aufwarten, wie es mein
Voredner getan hat. Aber ich werde versuchen, Sie dadurch zu er-
freuen, daß ich besonders kurz bin. (Beifall.)

Wir, die Delegierten dieses Parteitages, sollen das Wirt-
schaftsprogramm heute absegnen. Ich hoffe, wenigstens alle Dele-
gierten haben es gelesen. Hoffentlich! Ich jedenfalls habe es
studiert und finde, daß es tatsächlich ein sehr gutes Programm
ist, das allerdings eine breitere und länger dauernde Diskussion
verdient hätte, zumindest in interessierten Fachkreisen. Das ist
bisher nicht in entsprechendem Maß geschehen. Ich hoffe, das
passiert noch in der Zukunft, so wie es seinerzeit auch beim
Salzburger Parteiprogramm der Fall war.

Im Gesamturteil: ein positives Programm, jedenfalls das
beste, das in den letzten Jahren aus den Denkfabriken von
politischen Parteien gekommen ist. Und das soll diesmal kein
abfälliges Urteil sein.

Erlauben Sie mir nur ganz kurz aus meiner Sicht als Steuer-
fachmann einige Anmerkungen.

Einige Konkretisierungen zuerst. Die Steuerermäßigung oder
Steuerbegünstigung auf dem Sonderausgabengebiet, wie es im Ab-
gabenänderungsgesetz 1985 bei der Neuemission von jungen Aktien
durch Vranitzky gemacht wurde, hat allgemein Freude ausgelöst.
Kurz nach Inkrafttreten dieser Bestimmung mußten wir allerdings
erkennen, daß es nur ein halbes Geschenk war. Es handelt sich inso-
weit um ein halbes Geschenk, als man nicht die ganzen Kosten, die

man mit der Anschaffung neuer Aktien bis zum Höchstbetrag hat, absetzen kann, sondern nur den Wert der jungen Aktie selbst, und der oft sehr hohe Betrag, der für das Bezugsrecht bezahlt werden muß, ist nicht steuerlich abzugsfähig. Ich halte das für einen großen Fehler dieser Bestimmung und sage, die Österreichische Volkspartei wäre gut beraten vorzuschlagen, die Bestimmung in die Richtung zu verbessern, daß zumindest für die Arbeitnehmer eines emittierenden Unternehmens die Bezugsrechte auch als Sonderausgaben abzugsfähig sein sollen. (Beifall.)

Das wäre auch im Sinne der Bindung der Arbeitnehmer an den Betrieb günstig und würde ihnen eine quasi privilegierte Stellung als Aktionäre in ihrem eigenen Unternehmen verschaffen.

Im Programm wird immer wieder von der Notwendigkeit der steuerlichen Entlastung der kleinen und mittleren Gewerbetreibenden gesprochen. Hier auch ein Konkretisierungsvorschlag: Anhebung des gewerbeertragssteuerlichen Freibetrages auf 400.000 S und Behandlung dieses Betrages als Entgelt für die Arbeitsleistung des Unternehmers in seinem eigenen Betrieb, sprich Gewährung der sogenannten Sechstel-Begünstigung für die Beträge auch in diesem Fall.

Wenig erfreut war ich darüber, daß auf dem Gebiet der Familienbesteuerung keine klaren Prioritäten gesetzt wurden, wie das zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland jetzt schon stattfindet.

Nun noch einige andere kritische Bemerkungen.

Ich bin absolut gegen die Abschaffung der Investitionsprämie. Ich weiß schon: Sie wird vielfach auch mißbraucht und für

rein verlusttragende Betriebe verwendet. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren: Bitte bedenken Sie, daß diese Investitionsprämie auch eine große Liquiditätshilfe für junge, beginnende Unternehmer ist, die noch über keinen Gewinn und damit keine Steuerabzugsposten verfügen und die die sofortige Investitionsprämienliquidierung am Tag nach der Ausgabe der Investition sicher für den Aufbau ihres Betriebes sehr gut brauchen könnten.

Ich bin gegen die Erhöhung der sogenannten Kleinstunternehmerfreibeträge auf dem Gebiet der Umsatzsteuer und der Einkommensteuer. Sie werden zu Recht als die "Pfuscher-Freibeträge" bezeichnet. Das halte ich mit Rücksicht auf die Arbeitsplatzsituation in den Betrieben einfach für einen Fehler.

Das Programm hätte sicher noch einer redaktionellen Straffung bedurft. Es ist jedoch der unausweichliche Kompromiß zwischen der Erfüllung der Forderung nach genauer Darstellung und der notwendigen Kürze im Sinn einer Werbewirksamkeit.

Am besten für die Verbreitung und das Verständnis des an sich sehr guten Programms wäre seine Anknüpfung an eine Person, die später als Minister bereit ist, dieses Programm auch zu exekutieren. Ein Minister, der am besten Vorsteher eines Wirtschaftsministeriums sein soll, das die Agenden des Handels- sowie des Verkehrsministeriums in einem Haus vereinigt. Das würde einerseits eine Reduktion der Zahl der Regierungssitze ergeben und andererseits klarstellen, daß Privat- und Gemeinwirtschaft in einem Boot sitzen.

Wer - das ist die Frage - soll also schon jetzt, ab heute das Programm in dieser Form darstellen? - Ich würde sagen: Fragen wir die Verfasser, fragen wir auch einen Josef Taus. Vielleicht sind diese Herren bereit, heute schon zu sagen, daß sie für den Fall einer Regierungsbeteiligung der Österreichischen Volkspartei ab 1987 ein derartiges Amt gern übernehmen würden. Ich glaube, das wäre keine falsche Unbescheidenheit, sondern würde der Partei sehr helfen und die Popularität unserer wirtschaftspolitischen Ideen sehr verstärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein Letztes und zum Abschluß: Die Österreichische Volkspartei ist Gott sei Dank dadurch gekennzeichnet, daß ihre Spitzenfunktionäre auf Landes- und Bundesebene, in den Teilorganisationen sehr viel Individualität haben. Das ist ja das Kennzeichen dieser Partei.

Aber heute, etwas mehr als ein Jahr vor dem entscheidenden Wahlgang für uns und für die Republik Österreich, den Nationalratswahlen 1987, darf diese Partei nur mehr mit einer Stimme in einer Richtung sprechen. Wenn wir, die Delegierten des Parteitages, dieses Wirtschaftsprogramm selbstverständlich heute beschließen werden, dann dürfen und müssen wir erwarten, daß es vorbehaltlos von allen Funktionsträgern der Österreichischen Volkspartei vertreten wird. Gäbe es Auslegungsschwierigkeiten hinsichtlich irgendwelcher Teilgebiete, hat dies der Herr Bundesparteiohmann Dr. Mock zu entscheiden. Wir wünschen uns, daß dann der entscheidet, der hoffentlich ab 1987 auch auf Bundesebene als Bundeskanzler zu entscheiden haben wird. - Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Sauerzopf : Am Wort ist

Dr. Flemming.

Landtagsabgeordnete Dr. Marilies Flemming : Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 85.000 Frauen suchen derzeit dringend Arbeit. Im Jänner 1986 waren bei den Arbeitsämtern um 10 Prozent mehr Frauen als Arbeitssuchende gemeldet als im Jahr zuvor. Das ist, meine Damen und Herren, das traurige Ergebnis einer sozialistischen Politik für die Frau.

1970 betrug die Gesamtzahl der Arbeitslosen 45.000, und heute gibt es - wir haben es schon gehört - unter den 19- bis 24jährigen bereits 60.000 Arbeitslose.

Ich habe vor einiger Zeit den Brief einer Frau erhalten, deren Sohn keine Arbeit finden konnte. Sie bat mich um Hilfe und meinte, sie wäre gern bereit, die eigene Arbeit herzugeben, wenn nur ihr Kind Arbeit finden könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! So weit sind wir schon, daß Frauen heute glauben, ihre eigene Arbeit hergeben zu müssen, nur damit ihre Kinder Arbeit finden.

Seit über einem Jahrhundert haben Frauen aus allen politischen Lagern um das Recht auf Arbeit und um die Chance gekämpft, sich und ihre Familie selbst erhalten zu können.

Heute, nach 15 Jahren sozialistischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, ist das alles wieder in Frage gestellt. Frauen, die aus finanziellen Gründen arbeiten gehen müssen, sind heute in ihrer Existenz bedroht. Frauen, für die ihre Arbeit ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens ist, müssen heute fürchten, daß man sie nach Hause schickt, so als wäre ihre Arbeit ein Luxus, den man sich halt in schlechten Zeiten nicht mehr leisten kann.

Ich glaube, wir brauchen dringend einen Wechsel an der Spitze unseres Staates, damit das, was wir Frauen uns mühsam erkämpft haben, nicht wieder verlorengeht.

Das Wirtschaftsprogramm der ÖVP spricht von der Chancengesellschaft von morgen, Chancen für alle, Chancen am Arbeitsmarkt. Heute sind Jugendliche, Frauen und schlecht Ausgebildete die am Arbeitsmarkt gefährdetsten Gruppen. Wir müssen sehr achten, daß sich diesen Gruppen gegenüber nicht neue Vorurteile verfestigen.

Frauen sind noch immer in viel zu wenig Berufen am Arbeitsmarkt zu finden. Ihre Ausbildung erfolgt noch immer nach ganz bestimmten geschlechtsspezifischen Berufsbildern. Wir haben noch immer den geteilten Arbeitsmarkt: eine starke Aufteilung in Frauen- und Männerarbeit.

Das, was wir wollen, was wir brauchen, was unser Programm, was unser Wirtschaftsprogramm uns anbietet, ist eine Bildungsoffensive. Eine Bildungsoffensive für alle, die uns hilft, alte Vorurteile abzubauen und neue erst gar nicht entstehen zu lassen.

Es wird in Zukunft nicht genügen, in der Schule Fachwissen zu vermitteln, sondern es wird notwendig sein, die Fähigkeit zu lernen in den Vordergrund zu stellen. Ein einmal erlernter Beruf wird nicht mehr für 40 Jahre Berufstätigkeit ausreichen, und zwar weder für Männer noch für Frauen. Unsere Söhne und unsere Töchter werden sich ein Leben lang einem ständigen Lernprozeß unterziehen müssen. Diejenigen, die nicht bereit sind, zu lernen, werden auch in Zukunft Schwierigkeiten am Arbeitsmarkt haben. Für alle anderen aber, meine Damen und Herren, muß jedes Bildungsangebot bereitstehen.

450.000 Menschen waren im Vorjahr zumindest zeitweise vorübergehend von Arbeitslosigkeit betroffen. Mit den Angehörigen dieser Menschen macht das zusammen 1 Million Menschen. 1 Million Menschen, die 1985 Angst vor der Zukunft hatte.

Unser Wirtschaftsprogramm soll auch diesen Menschen wieder Hoffnung geben. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Professor Andreae.

Prorektor Prof. Dr. Clemens August A n d r e a e : Hoher Parteitag! Napoleon hat einmal gesagt: Der beste Ausschuß ist ein Mann. Dieser Mann sitzt hier links von mir, und - als Professor darf ich ja Zensuren verteilen, und nachdem bei einer ÖVP-Regierung die Notengebung wieder erlaubt sein wird - von mir kriegt er einen Einser. (Heiterkeit und Beifall.)

Dennoch erlaube ich mir, drei kleine Fußnoten, bescheiden und weiter unten, anzubringen.

Die erste ist, daß ich meine, Steuersenkung und Ausgaben-senkung müssen parallel gehen. Das heißt: Die Sehnsucht nach einer Steuersenkung muß dafür verwendet werden, um die Ausgaben abzubauen. Denn wir wissen aus der Weltbankstudie 605, daß Staaten mit hoher Staatsquote niedriges Wachstum haben und Staaten mit niedriger Staatsquote hohes Wachstum haben und daß es in den Staaten mit niedriger Steuerquote den Armen besser geht als in den Staaten mit hoher Steuerquote.

In Japan sind die 40 Prozent Ärmsten mit 22 Prozent am Sozialprodukt beteiligt, in Schweden nur mit 19 Prozent, trotz des riesigen Umverteilungsapparates.

Zweite Fußnote: der Abbau der Subventionen. So hat das Institut für Weltwirtschaft in Kiel festgestellt, würde der Abbau der Subventionen in Deutschland durchgeführt werden und würde man um 50 Prozent senken und dementsprechend auch die Steuern heruntersetzen und würde das ganze fünf Jahre in Anspruch nehmen, wäre die Arbeitslosigkeit um 50 Prozent, lies 1 Million Menschen, reduziert. Warum: weil die Subventionen das Alte und die Steuer-senkung das Neue fördern.

Dritte Fußnote: Ich bin der Meinung, die VOEST sollte den VOEST-lern geschenkt werden (Beifall), und zwar Übertragung der Aktien auf die Mitarbeiter mit allen aktienrechtlichen Konsequenzen; Zusage einer degressiven Subvention auf Zeit; aktive Arbeitsmarktpolitik für zu entlassende Mitarbeiter: Umqualifizierung, Mobilitätsförderung; Infrastrukturausbau und flexible Lohnpolitik mit Gewinnbeteiligung, wie das beim Gerätewerk in Matriei in Tirol mit Erfolg exerziert wird.

Hiezu hat die "Frankfurter Allgemeine" soeben folgendes publiziert: Was das Gerätewerk in Matriei international interessant macht, ist aber nicht der wirtschaftliche Erfolg des Mittelbetriebes, sondern das hier verwirklichte Experiment, Arbeitsleistung und Kapitalvermögen zu koppeln, Arbeiter zu Miteigentümern zu machen, Mitbestimmung im Unternehmen mit Mitverantwortung und Haftung zu verbinden. In einer Zeit, wo man sich weltweit viel mit Partizipation beschäftigt, finden Modelle wie Matriei Beachtung. Sogar sowjetische Unternehmen haben sich soeben über die Produktivgenossenschaft in Matriei informiert.

Ich meine auch, daß die VOEST bei einer solchen Vorgangsweise endlich ein Multi werden würde.

Darf ich zum Abschluß kommen. Der Nobelpreisträger Friedrich von Hajek hat in einer unveröffentlichten Schrift auf Grund des Studiums aller Weltreligionen - er selbst ist areligiös - festgestellt, daß in allen Weltreligionen drei Werte hochgeschätzt werden: Familie, Privateigentum und Anständigkeit. Der letzte Wert wird in der konfuzianischen pazifischen Region so geschätzt, daß deren Wachstumsraten deutlich höher sind als unsere. - Danke. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Direktor Fahrnberger. Bitte.

Direktor Dipl.-Ing. Dr. Alfred F a h r n b e r g e r :
Hoher Parteitag! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wir haben heute vormittag schon bei der Präsentation des Wirtschaftsprogramms erfahren, daß in der Landwirtschaft seit 1970 178.000 Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Meine Damen und Herren, einen derartig massiven Strukturwandel hat es in keinem anderen Wirtschaftsbereich gegeben.

Trotzdem war es möglich - und das zeigt die Leistungskraft unserer bäuerlichen Familienbetriebe -, daß im letzten Jahr der Selbstversorgungsgrad aus der inländischen Produktion auf 106 Prozent gestiegen ist. Gerade im Interesse der wirtschaftlichen Landesverteidigung müssen wir bestrebt sein, einen hohen Selbstversorgungsgrad zu halten, sozusagen als eine Versicherungsprämie für allfällige Krisenzeiten. Wir sollten sogar bestrebt

sein, Importlücken zu schließen, wo wir derzeit noch viel zu stark vom Ausland abhängig sind.

Wenn wir heute nach wie vor eine Inlandsversorgung aus der Eigenproduktion von nur 5 Prozent bei Ölsaaten haben, dann ist das wahrlich ein nachlässiger Fehler in unserer Versorgungspolitik. Auch bei Eiweißfuttermitteln wird sehr viel importiert, und die Umlenkung in Österreich geht viel zu langsam vor sich.

Trotz hohem Selbstversorgungsgrad für wirtschaftliche Krisenzeiten, meine Damen und Herren, ist es aber möglich, daß wir auf Grund unserer Reserven, unserer Leistungskraft und der Produktionssteigerung, die wir auch in Zukunft haben werden, eine Umlenkung in Richtung einer Rohstoffproduktion für die Genossenschaften, für das Gewerbe und für die Industrie vornehmen. Wir haben natürlich sehr viele Rohstoffe in Österreich. Wir denken dabei vor allem an das Holz für die Bauwirtschaft, für die Möbelindustrie und für die Energieversorgung, um nur einige Beispiele zu nennen. Wir könnten aber hier sehr viel mehr leisten.

Meine Damen und Herren! Wenn wir 70 Prozent des Energiebedarfes importieren und dafür rund 65 Milliarden Schilling ausgeben, dann sichern wir die Arbeitsplätze im Ausland und nicht in Österreich. Rechnen wir diese Energieimporte um, sind das insgesamt 130.000 Arbeitsplätze.

Natürlich können wir das nicht alles im Inland ersetzen. Das ist klar. Aber wir wären beispielsweise in der Lage, in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren rund 400.000 Wohneinheiten mit Biomasseheizungen zu versehen. Das wären doch Tausende Arbeitsplätze in der Rohstoffproduktion, ganz zu schweigen von der Notwendigkeit der Verwirklichung des Biospritprojekts.

Unser Wirtschaftsprogramm, meine Damen und Herren, das uns heute Präsident Robert Graf in exzellenter Weise präsentiert hat, enthält dazu beispielsweise folgenden Satz: Österreich besitzt ein nicht unerhebliches Potential an bislang nur wenig genutzter Biomasse. Eine innovative Energiepolitik muß auch unkonventionelle Energieträger nutzen.

Hoher Parteitag! Es ist einiges geschehen, in manchen Bereichen sogar sehr viel. Die Holzhackschnitzel-Heisanlagen wachsen aus dem Boden wie die Schwammerln im Sommer. Wir haben damit sehr viele Vorteile, gerade in den ländlichen Regionen. Dadurch haben die Bauern Arbeit. Die Genossenschaften, die gewerblichen Betriebe bekommen Aufträge und Arbeit. Das Geld wird in der ländlichen Region geschöpft, und es bleibt auch dort. Ich glaube, wir sollten bei jedem Transport mit einem Heizöltankwagen, der in ein Dorf fährt, daran denken, daß wir damit die Arbeitsplätze auch im Nahen Osten und beim Herrn Gaddafi sichern.

Ich begrüße es daher ganz besonders, Hoher Parteitag, daß unser neues Wirtschaftsprogramm die Chancen und Möglichkeiten der Land- und Forstwirtschaft bei neuen Produktionsalternativen klar aufzeigt.

Nur in der Verwirklichung vieler Dinge stellt sich natürlich die sozialistische Koalitionsregierung als Verhinderer dar.

Meine Damen und Herren! Seit Landwirtschaftsminister Haiden sein Amt angetreten hat, treffen unsere Bauern jedes zweite Jahr große reale Einkommensverluste. Finanzminister Vranitzky hat 1986 beim Agrarbudget den Rotstift am stärksten angesetzt. Unter Handelsminister Steger gab es im Vorjahr das größte Außen-

handelsdefizit aller Zeiten. Wir haben um 36 Prozent mehr agrarische Produkte nach Österreich importiert, als die gesamten PKW-Importe ausmachten. Was ist aus dem Versprechen von Staatssekretär Murer, der den Bauern immer gewinnbringende Agrarpreise in Aussicht gestellt hat, geworden? - Die schlechtesten Agrarpreistrunden aller Zeiten hat es in den letzten zwei Jahren gegeben, und die Preise sind heute um 30 bis 40 Prozent real unter dem Niveau von 1973. Zum Drüberstreuen - sehr viele von Ihnen haben das einige Tage zurück im Parlament gehört - hat Bundeskanzler Sinowatz in einer Rede im Parlament festgestellt, in der Landwirtschaft müßte es einen weiteren Strukturwandel mit gewissen Härten und auch noch zusätzliche Einsparungen im Agrarbudget geben.

Meine Damen und Herren! Abgesehen von dem heute vorliegenden ausgezeichneten Wirtschaftsprogramm ist ja die ÖVP, ist aber auch der Bauernbund bekannt für sehr viele Programmarbeiten. Ich darf bitte hervorheben, daß gerade in den letzten Jahren sehr viele Programme erstellt wurden. Unser Bauernbund-Programm unter Präsident Derfler "Lebenschancen im ländlichen Raum", das "Zukunftsmanifest" der ÖVP, wo Eigentum, Eigenverantwortung, Selbständigkeit und Leistungsbereitschaft im Vordergrund stehen, sind Merkmale, von denen ich glaube, daß gerade die Bauern nach diesen Prinzipien leben und wirtschaften.

Ferner das Eigentumsbildungs- und Privatisierungskonzept der ÖVP, wo ebenfalls die wichtige Funktion des Eigentums in den bäuerlichen Familienbetrieben und in den Genossenschaften besonders hervorgehoben wird.

Und jetzt unser Wirtschaftsprogramm der ÖVP, wo wieder die Notwendigkeit des Einstiegs in großflächige Produktionsalternativen und die Rohstoffproduktion aus Biomasse gefordert wird.

Schließlich, meine Damen und Herren, gehört zum Wirtschaftsprogramm auch unser "Aktionsprogramm Land- und Forstwirtschaft" dazu, das wir bereits im vergangenen Herbst beschlossen haben und das in sehr umfassender Weise alle Erfordernisse einer offensiven Politik für die Land- und Forstwirtschaft darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Umsetzung von all dem, was wir uns vorgenommen haben, wird uns sicherlich erst nach den nächsten Wahlen gelingen können. Ich bin sehr optimistisch, daß uns das gelingt, ja ich bin überzeugt davon.

Ich bin aber auch von folgendem überzeugt: Es wird, wenn wir wieder in der Regierung sind, nicht der Himmel auf Erden für alle Österreicher und für die Bauern ausbrechen.

Aber von einem bin ich besonders überzeugt: Wenn die ÖVP wieder Regierungsverantwortung trägt und wenn Bundesparteiobmann Dr. Mock als Bundeskanzler vom Ballhausplatz aus die Geschicke unseres Staates in die Hand nimmt, dann geht es allen Österreichern besser und auch den Bauern. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Sauerzopf: Landeshauptmann
Krainer. Bitte.

Landeshauptmann Dr. Josef K r a i n e r : Meine lieben Freunde! Als ich Robert Graf gedankt habe für die Präsentation des Programmes und auch seine ganz persönlichen Verdienste hervorgestrichen habe, habe ich ein Element nicht angesprochen, von dem ich meine, daß es in diesem Zusammenhang doch ausgesprochen werden muß, nämlich folgende Tatsache: Soll dies kein Alibi-Programm sein, das man sozusagen zur Dekoration vor einer Wahl braucht, sondern sollen dies Leitlinien auch für die Politik sein, die man nach diesen Wahlen selbst zu gestalten beabsichtigt, dann muß das ein Programm der Integration vieler Interessen auf der Basis von Grundsätzen unserer sozialen Marktwirtschaft sein. Dr. Fetzner hat es - für mich persönlich sehr berührend - aus seiner langen, langen Erfahrung bestätigt, daß das eigentlich gelungen sei.

Meine Damen und Herren! Das war auch nicht leicht. Das muß gesagt werden. Das sage ich vor allem als steirischer Landeshauptmann.

Denn natürlich ist die Sonderproblematik der Verstaatlichten in den Standortbundesländern, zumal in der Steiermark, wo wir den größten Teil der Verstaatlichten von den Bundesländern her gesehen mit Oberösterreich und Niederösterreich haben, ein Element, das eingeflossen ist, insbesondere in diesen Teil der Regionalpolitik auf Seite 39, wie sie von Robert Graf auch dargestellt wurde und wie sie anschließend Josef Taus in seinem sehr beachtlichen Diskussionsbeitrag - auch aus seiner langjährigen Erfahrung mit der Verstaatlichten - unterstrichen hat.

Denn, meine Damen und Herren: Wir in der Steiermark - das ist nicht allgemein bekannt - haben 44 Prozent aller Industrie-arbeitsplätze im Land in direkt oder indirekt verstaatlichten Betrieben. In der Obersteiermark ist jeder zweite Arbeitsplatz der Industrie ein solcher in der direkt oder in der indirekt verstaatlichten Industrie. Es ist kein Zweifel, daß das, was Josef Taus seinerzeit als ÖIAG-Präsident und vorher als Staatssekretär und die Regierung Klaus überhaupt übergeben hat mit den auch schon angesprochenen 1,4 Milliarden Schilling Gewinn, in der Zeit der Hochkonjunktur, in der Zeit auch der unmittelbaren Verantwortung des Bundeskanzlers Kreisky für die Verstaatlichte nicht genutzt wurde.

In diesem Sinne ist die Verstaatlichten-Politik der Regierung Kreisky, insbesondere auch in unserem Land, f a s t als gescheitert anzusehen. Ich sage dies deshalb differenziert, weil ich nichts davon halte, daß wir uns blindlings und undifferenziert zu dieser Problematik äußern, demagogisch, hingerissen von Formulierungen der Stunde.

Denn natürlich ist einiges Positive geschehen. Aber in der großen Linie ist der Strukturwandel nicht geglückt, ist es nicht geglückt, in dieser Phase, in der es möglich gewesen wäre, die Innovation, eine neue ökonomische Dynamik, eine neue regionale Dynamik auch tatsächlich herbeizuführen.

Wir haben uns als Land immer bereitgefunden, zum Unterschied von anderen Ländern - das ist die Sondersituation der Steiermark auch als Grenzland im Südosten Österreichs -, mit eigenen Wirtschaftsförderungsmitteln, der privaten und der verstaatlichten

Industrie zur Seite zu springen. Wir haben allein seit 1968 etwa 3,5 Milliarden Schilling an Landesmitteln für die Wirtschaftsförderung der privaten Wirtschaft ausgegeben und im selben Zeitraum etwa 850 Millionen Schilling der Verstaatlichten für Projekte der Innovation bereitgestellt. Sonst wäre die Situation in diesem Land eine viel schlimmere, gerade auch in der verstaatlichten Industrie.

Aber, meine Freunde: Auf dem Rücken unserer Arbeitnehmer kann nicht ausgetragen werden (Zustimmung), was in Bayou den Mississippi hinuntergeschwommen ist und bei der Intertrading auf irgendwelchen Weltmeeren verspielt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren, etwas sehr pointiert formuliert.

Deshalb danke ich euch für die gesamtösterreichische Solidarität - dem Bundesparteiobermann an der Spitze, aber allen, auch diesem Parteitag -, diese gesamtösterreichische Solidarität, die weiß, daß wir das Problem nur miteinander lösen können, meine lieben Freunde, und daß das, was in der Steiermark, in der ehernen Mark, in der grünen Mark, in der Mark, in der es vier Universitäten gibt, in diesem alten, traditionsreichen Industrieland, aber auch in diesem Land der Modernität und der Innovation, an neuer Kulturpolitik geschaffen werden muß, um die Zukunft zu bewältigen, nur mit eurer Hilfe und mit eurer Solidarität gelingen kann. Ich möchte euch an diesem Tag hier ausdrücklich dafür danken.

Wir brauchen eine Offensivstrategie der Umstrukturierung, der Innovation, der Betriebsneugründungen, der Aufnahme neuer Produktionen, meine lieben Freunde, um den Abbau- und Abwanderungs-

tendenzen wirkungsvoll entgegentreten zu können. Die kleinen und mittleren Betriebe unseres Landes sind das starke Rückgrat unserer Wirtschaft, auch der steirischen Wirtschaft.

Meine Freunde! Bauern und Gewerbetreibende sind an der Spitze des Demonstrationszuges von Leoben ebenso mitmarschiert wie seinerzeit an der Spitze des Demonstrationszuges von Judenburg, in einer Gesinnung der Gemeinsamkeit, einer steirischen Solidarität, die geteilt wird durch eure österreichische Solidarität!

Lassen Sie mich schließen und ein Wort sagen, von dem ich meine, daß es heute gesagt werden muß:

Die kleine Koalition ist in Wahrheit an den großen Problemen gescheitert, sie hat sie nicht bewältigt. (Zustimmung.) Sie war sicherlich die falsche Form von Regierung in dieser Phase, in dieser kritischen Phase Österreichs. Wir brauchen die Sammlung der besten Kräfte der Republik, um das Zukunftsorientierte und Notwendige wieder mehrheitsfähig zu machen, um jenes Klima der Anständigkeit und auch der Erneuerung zu reaktivieren, das Gesellschaftspolitik und Wirtschaft unserer Republik brauchen. Auf diese Weise können wir den brüchig gewordenen österreichischen Basiskonsens und die österreichische Identität der Einheit in der Vielfalt dieses Bundesstaates in einer unsicheren Welt des ausgehenden 20. Jahrhunderts neu fundieren und auch jenen notwendigen Patriotismus herausfordern, den die Österreicher in den Zeiten der Bedrängnis immer wieder und sehr überzeugend bewiesen haben: Gestern, heute und auch morgen! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. S a u e r z o p f : Meine Damen und Herren! Die Rednerliste enthält noch 31 Nennungen. Der Parteitag soll um 16 Uhr zu Ende gehen.

Bevor ich der Frau Rosemarie Bauer das Wort erteile, schlage ich daher eine "Quotenregelung" in der Form vor - zunächst im Wege der Selbstbeschränkung -, daß jeder Redner nur 3 Minuten Redezeit in Anspruch nimmt. - Ich danke für Ihr Verständnis.

Am Wort ist nun Rosemarie Bauer.

Abgeordnete zum Nationalrat Rosemarie B a u e r : Hohes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine gute Wirtschaftspolitik ist nicht nur von der Warte der Produktivitätssteigerung zu betrachten, sondern als Voraussetzung zur Sicherung und zur Verwirklichung gesellschaftlicher Zielsetzungen. Die Sorge um den Arbeitsplatz ist für die österreichische Familie zum Problem Nummer eins geworden. Eltern, die oft unter großen Entbehrungen und Opfern den Kindern eine Ausbildung ermöglicht haben, stehen der zunehmenden Chancenlosigkeit ihrer Kinder, einen Arbeitsplatz zu finden, geradezu hilflos gegenüber. Es häufen sich die Fälle, in denen in einer Familie bereits zwei oder gar mehrere Arbeitslose zu finden sind.

Neben der Sorge um das Einkommen ist der wachsende Steuerdruck der zweite Teil der Schere, der den finanziellen Spielraum der Familien zunehmend einengt. So ist die Gesamtsteuerlast in den letzten zehn Jahren auf das Doppelte gestiegen. Die Lohnsteuerlast ist in Österreich in den letzten zehn Jahren um mehr als das Dreifache gestiegen, wobei das Pro-Kopf-Einkommen aber nur auf das Eineinhalbfache stieg.

Die unvermeidbaren Lebenshaltungskosten stiegen in den letzten acht Jahren geradezu dramatisch. Das trifft vor allem Menschen mit kleinen Einkommen und Pensionen, die sich schon bisher nur das Notwendigste leisten konnten, aber das Notwendige ist weit teurer geworden. Miete und Wohnen stiegen um 68 Prozent, Ernährung sowie Getränke um 61 Prozent und Beheizung sowie Beleuchtung um 87 Prozent.

Die Bilanz dieser Entwicklung ist eine zunehmende Armut bzw. Armutsgefährdung der Alleinerhalter-Haushalte, wobei Familien mit mehreren Kindern bei nur einem Familieneinkommen vermehrt unter die Armutsgrenze abrutschen.

Ein weiteres Beispiel, das die Situation geradezu plakatiert, ist die Zahl der Notstandshilfe-Empfänger, die sich im Zeitraum von 1980 bis 1983 fast verdreifacht hat.

Eine gute Wirtschaftspolitik ist Grundlage für die Existenzsicherung unserer Familien. Über diese Existenzsicherung hinaus aber muß ein Spielraum für soziale Maßnahmen geschaffen werden. So könnte zum Beispiel das Erziehungsgeld, das eine unbestrittene Maßnahme im Interesse der Kinder und der Familien ist, bei einer guten wirtschaftlichen Situation leicht verwirklicht und finanziert werden.

Wir brauchen daher einen Neubeginn. Wir brauchen eine neue, gute Wirtschaftspolitik als Voraussetzung für eine effiziente Familien- und Sozialpolitik. (Beifall.)

Vorsitzender Vizebürgermeister Dr. Erhard B u s e k : Ich habe den Vorsitz übernommen und erteile Abgeordneten Präsident Dittrich das Wort.

Abgeordneter zum Nationalrat Präsident Ing. Karl

D i t t r i c h : Hoher Parteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Daß die Österreichische Volkspartei die Wirtschaftskompetenz in diesem Lande besitzt, wurde heute sehr eindrucksvoll bewiesen. Als Unternehmer bin ich felsenfest davon überzeugt, daß wir einfach besser wirtschaften können. Hätte nämlich diese Bundesregierung in den letzten 15 Jahren so manchen Ratschlag von uns entgegengenommen, wäre unserem Staat wahrscheinlich das größte Finanzdebakel dieser Zweiten Republik erspart geblieben.

Aber man hat lieber Milliarden und Abermilliarden Schilling in die Verstaatlichte gepumpt, während man die funktionierende Privatwirtschaft sukzessive weggesteuert und ausgelaugt hat. Unsere Klein- und Mittelbetriebe mußten für diese Regierung bedingungslos herhalten. Einerseits sollen wir Arbeitsplätze schaffen und sichern, 70 Prozent des gesamten Steueraufkommens erwirtschaften, Jugendliche ausbilden sowie neben vielen anderen auch den wirtschaftlichen und den sozialen Fortschritt tragen.

Heute ist die Eigenkapitalbasis dieser Betriebe erschüttert. Wir fordern seit Jahren eine Steuerreform, die in einem Drei-Stufen-Plan den Aufschwung verstärken, Arbeit schaffen, Strukturen erneuern und die Umwelt verbessern sollte.

Ohne Gewinne, meine Damen und Herren, gibt es keine Investitionen, und ohne Investitionen keine sicheren Arbeitsplätze. Aber in einer Regierung mit Dallinger & Co. wird das eben schwierig bzw. gar nicht möglich sein.

Meine Damen und Herren! Jetzt, in dieser so kritischen Situation, geht man wieder einen falschen, ja verhängnisvollen Weg: Man gründet ein neues, großes Exporthandelshaus, an dem sich die ÖIAG mit 50 Prozent und 2 private Unternehmungen mit je 25 Prozent beteiligen. Dieser neue Multi oder Gigant soll sich mit 49 Prozent an der Intertrading beteiligen. Man gibt also Hunderte Millionen und mehr aus, um der Privatwirtschaft wieder unkontrolliert Konkurrenz zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Dieses neue Warenhandelshaus ist absolut unnotwendig und braucht überhaupt niemand. Ich möchte klar und deutlich feststellen: Für die Handelsfirma Intertrading der VOEST kann es nur eine Konsequenz geben, nämlich den Rückzug auf jene Position, für die sie ursprünglich gegründet wurde, das heißt die Abwicklung der Kompensationsgeschäfte. Alles andere soll sie jenen österreichischen Handelsfirmen überlassen, die erfolgreich im Außenhandel tätig sind und keine Steuer-Milliarden brauchen.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, ganz kurz zum Kapitel "Eine faire Regionalpolitik" aus der Sicht der Wiener Wirtschaft einiges zu sagen. Die keineswegs so stille Zerteilung Österreichs ist ein wirtschaftliches Faktum. Die gesamte Ostregion liegt in einer extremen Randlage, die Standortnachteile hat, was sich auf die wirtschaftliche Entwicklung negativ auswirkt. Die Regionalpolitik des Bundes ist ganz offensichtlich Wien-feindlich. Sie konzentriert sich fast ausschließlich auf Randgebiete und nichtindustrialisierte Gebiete, seit einiger Zeit auch auf gewisse Industriebetriebe Österreichs.

Nun zählt aber Wien nicht zu den Randgebieten, obwohl es sich in einer Randlage befindet, aber auch nicht zu den alten Industriezentren, obwohl es ein altes Industriezentrum ist.

Viele regionale Sonderforderungen, wie die Vergabe der ERP-Mittel und die mißglückte 40-Prozent-Investitionsanleihe, wurden unter Ausschluß von Wien durchgeführt. Überproportional ist der Beitrag Wiens für die Sanierung der verstaatlichten Betriebe. Ich darf nur anmerken, daß die Wiener Wirtschaft 33 Prozent aller Unternehmersteuern erarbeitet; das sind 17 Milliarden von 51 Milliarden.

Die Folge dieser Wien-Feindlichkeit in der Wirtschaftspolitik ist für uns in Wien sehr dramatisch:

Wir hatten in der Wiener Industrie 1985 mit 57.000 Industriearbeitsplätzen - gegenüber 1973 mit 172.000 Industriearbeitsplätzen - um 33 Prozent weniger Beschäftigte, und das bitte ohne Wiener Bauindustrie. Obwohl die Stadt Wien in einigen Bereichen sehr deutlich Sanierungshilfe geleistet hat, ist die Situation für uns äußerst bedauerlich.

Ich ersuche den Hohen Parteitag, das Anliegen der Wiener Unternehmer zu akzeptieren, daß wir in Zukunft eine Umorientierung bei der Wirtschaftsförderung des Bundes vornehmen müssen: Weg von den Großprojektförderungen und weg von meist nur strukturkonservierenden Maßnahmen hin zu einer verstärkten indirekten Förderung, die es einer Vielzahl von kleineren und mittleren Unternehmungen erlauben würde, zu wachsen und zu expandieren, und hin zu Förderungsmaßnahmen, die eine Vielzahl von Unternehmensgründungen initiieren.

Wir wollen hinauf einen Weg zu einer neuen Gründerwelle. Eine solche Umorientierung würde auch eine Risikostreuung mit sich bringen.

Hoher Parteitag! Das Wirtschaftsprogramm der Österreichischen Volkspartei gibt jenen mehr als 200.000 Klein- und Mittelbetrieben, die die Säulen unserer österreichischen Wirtschaft sind, wieder Hoffnung. Wir brauchen keine Staatsgeschenke, sondern Chancengleichheit. Wir brauchen Fairneß dem Unternehmergewinn gegenüber und wollen uns dafür auch nicht schämen müssen. Denn Gewinne, liebe Freunde, sind immer noch sozial. Verluste sind unsozial, weil sie Arbeitsplätze kosten. (Zustimmung.)

Unsere Unternehmer brauchen endlich wieder Optimismus. Eine Wirtschaft kann sich in einer Krise, wie der gegenwärtigen, nicht in Cassandra-Rufe erschöpfen, denn sonst bricht ihre Widerstandskraft. Hier liegt nun ein Programm vor, das unrealistische Utopien vermeidet, aber Hoffnung für die Zukunft gibt.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin davon überzeugt, daß wir die Kraft und die Fähigkeit haben, diesen verfahrenen Weg wieder aufzuholen, und ich bin sicher, daß wir es sind, die die Wirtschaft in eine bessere Zukunft führen können. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Ing. Karl Dittrich.

Nächste Wortmeldung: Landesrat Dipl.-Ing. Josef Riegler, Agrarsprecher der Volkspartei.

Landesrat Dipl.-Ing. Josef R i e g l e r : Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Dieser so beeindruckende Parteitag soll auch ein Signal für die 300.000 österreichischen Bauernfamilien sein, die fürwahr zu jenen Gruppen unserer Bevölkerung gehören, die zu den Hauptleidtragenden der sozialistischen Regierungspolitik geworden sind. Unter der Führung des Ministers Haiden ist das Landwirtschaftsressort zu einem Hort der Starrsinnigkeit und der Phantasielosigkeit geworden.

Was stellt man sich eigentlich vor? - Wochenlang wird verhandelt. Die Geduld der agrarischen Verantwortlichen, im Interesse der Bauern etwas zu erreichen, ist in einem Maß strapaziert worden, daß wir sagen müssen: Entweder kommt in den nächsten Tagen etwas auf den Verhandlungstisch, das Hand und Fuß hat, oder man hat den Eindruck, daß man den Bauernaufstand bewußt provozieren will. (Zustimmung.)

Wir haben uns in der Österreichischen Volkspartei bei der Vorbereitung dieses Wirtschaftsprogramms - und ich danke hier ganz besonders unserem Parteiobmann und dem Wirtschaftssprecher Robert Graf - bemüht, jene Fragen auszudiskutieren, die wir gemeinsam im Interesse der österreichischen Bauernschaft realisieren wollen.

Wir wollen, meine Damen und Herren, unseren bäuerlichen Familien wieder eine Chance geben. Wir wollen, daß statt Klassenkampfparolen, die derzeit über die sozialistischen Gewerkschafter in den Betrieben gegen die Bauern bereits wieder laufen, in der Gesinnung der Partnerschaft die Probleme gemeinsam gelöst werden.

Wir wollen, daß der Fleiß der Bauern wieder eine Chance hat, daß vor allem die jungen Bauern einen Hoffnungsstrahl auch für ihre betriebliche Entwicklung sehen.

Wie sieht im Detail diese unsere Botschaft an die Bauern aus?

Wir wollen durch neue Produktionsalternativen dafür sorgen, daß nicht unsinnigerweise unsere Produkte im Ausland verschleudert werden und anderseits das Handelsbilanzdefizit von Jahr zu Jahr größer wird.

Wir wollen, daß unsere Bauern und die Verarbeitungsbetriebe in den Außenhandelsbedingungen wieder gerechte Wettbewerbsvoraussetzungen haben.

Wir wollen, daß die Steuer- und die Sozialpolitik, daß die Hilfe für die Berg- und Grenzlandbauern wieder auf einer Gesamtsolidarität und Gerechtigkeit aufbauen kann.

Wir müssen in die Bildung, in die Forschung und in die Beratung wieder etwas investieren, wenn wir wollen, daß sich unsere österreichische Land- und Forstwirtschaft auch international langfristig behaupten kann.

Wir haben auch die Sorge um unsere Naturgrundlagen im Schutz der Bauern vor der Umweltbelastung ebenso wie in der eigenen Verantwortung klar herausgestellt.

Das waren nur in Stichworten jene Inhalte, die wir entschlossen sind umzusetzen im Interesse unserer Bauernschaft, im Interesse unseres ländlichen Raumes und letztlich im Interesse unserer gesamtstaatlichen Entwicklung. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Joschi Riegler.
Zum Wort gelangt Landesrat Arno Gasteiger.

Landesrat Arno G a s t e i g e r : Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ministerpräsident Späth hat heute von konservativen Sozialisten in der Bundesrepublik Deutschland gesprochen. Ich glaube, er hat damit einem Teil der Sozialisten Ehre angetan, die sie nicht verdienen. Denn wir nehmen für uns in Anspruch, eine konservative Partei zu sein, und meinen das im positiven Sinn, in dem Sinn, daß wir das Bewährte erhalten wollen, aber bereit sind, Dinge, die sich nicht bewährt haben, zu verändern.

Das Problem, das uns heute in weiten gesellschaftlichen Bereichen so bedrückt, ist ja die Tatsache, daß vor allem in den sozialistischen Parteien die Bereitschaft zur Veränderung überhaupt nicht vorhanden ist und daß daher Strukturen konserviert und erhalten werden, Strukturen, an denen wir und an denen unsere Wirtschaft leiden.

Erlauben Sie mir dazu ein kurzes Zitat:

Ich glaube - so hieß es bei einem Vortrag in Salzburg -, wir müssen uns von manchen Tabus lösen, was uns schwerfällt. Nirgends steht geschrieben, erstens daß die Trennung von Arbeitsplatz und Wohnort immer so sein muß wie seit Beginn der industriellen Zivilisation, zweitens daß alle die exakt gleiche öffentlich verordnete Arbeitszeit haben müssen, drittens daß die individuelle Arbeitszeit immer zu den gleichen Wochentagen und den gleichen Uhrzeiten liegen muß. Es wäre denkbar, daß man die Arbeitszeit in unterschiedlicher Art und Weise über das Jahr, über

die Woche, über die Monate verteilt und auf diese Weise in der Tat Individualisierung für den einzelnen entsteht. Ich glaube auch, daß dies von einer ganzen Reihe von Arbeitnehmern gewollt werden wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt nicht unsere Helga Rabl-Stadler zitiert, wie Sie vielleicht meinen, sondern Peter Glotz, den Bundesgeschäftsführer der SPD.

Ich würde in dieser Diskussion um die Arbeitszeit unseren Sozialisten in Österreich raten, hin und wieder über die Grenze nach Deutschland "hinüberzuglotzen", um dort zu sehen, daß es nicht allein die 35-Stunden-Woche sein kann, die uns in der Diskussion über die Arbeitszeit weiterbringen wird. - Danke.
(Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke dem Herrn Landesrat für seine Disziplin.

Frau Vizepräsident Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder, der erste weibliche Vizepräsident der Bundeswirtschaftskammer.
(Beifall.)

Vizepräsident Abgeordnete zum Nationalrat Ingrid T i c h y - S c h r e d e r : Hohes Präsidium! Hoher Bundesparteitag! Wir haben heute schon lange diskutiert, aber dennoch müssen wir sagen, immer wieder herausstreichen, wie die österreichische Wirtschaftslage ist.

Die Erklärung des Bundeskanzlers, die er vor zwei Tagen im Parlament abgegeben hat, war eine einzige Enttäuschung. Es gab nur Ankündigungen. Er hat nicht über Wirtschaftspolitik

gesprochen, sondern über falsch verstandene Beschäftigungspolitik. Wo lagen die Fehler des sozialistischen Weges?

1. In der Bildungspolitik der Sozialisten. Sie haben alle White-collar-Berufe gefördert, um ein besseres Sozialprestige für den einzelnen durchzusetzen.

Was haben wir erreicht? - Mehr Angestellte sind jetzt arbeitslos, und die Fachkräfte, die Facharbeiter fehlen in der Wirtschaft.

Unser Programm, das duale Berufsausbildungssystem, blieb Gott sei Dank erhalten. Es wurde aber leider Gottes von den Sozialisten viel zu wenig gefördert. Denn es sind die Klein- und Mittelbetriebe, die die Ausbildung zu guten Facharbeitern durchführen. Das müssen wir weiter fördern!

2. Sie haben in den letzten 16 Jahren eine Unternehmerverteufelungsaktion durchgeführt. Woher sollen denn dann die Unternehmer die Kraft haben, für den österreichischen Staat neue Arbeitsplätze zu schaffen? Das Gegenteil ist der Fall. Wir sehen es an einer Tafel, wie viele Unternehmer, wie viele selbständige Existenzen durch diese Politik zugrunde gegangen sind.

Jetzt erst kommt der Bundeskanzler darauf: Wir brauchen Manager. Ich kann nicht zuerst Unternehmer und Manager verteufeln und jetzt die Manager durch Schulen suchen gehen. Die Wirtschaft bildet in der Praxis Manager aus. Das muß gesehen werden.

3. Der Fehler lag in der falschen Wirtschaftsförderung. Wir sehen das Resultat der exorbitanten Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe gegenüber den Großbetrieben und der verstaatlichten Industrie.

4. Es rächt sich eben jetzt, daß der Markt nicht anerkannt wurde und man geglaubt hat, Österreich könne neben dem Weltmarkt existieren und eine andere Beschäftigungspolitik durchführen. Jetzt muß auch der Markt akzeptiert werden.

5. Nicht Schulden, wie Bundeskanzler Kreisky immer gesagt hat, verhindern Arbeitslosigkeit, sondern das Gegenteil ist eingetreten. Durch die Schuldenpolitik der Bundesregierung haben wir jetzt die hohen Arbeitslosenzahlen.

Diese Fehler der Bundesregierung rächen sich eben jetzt. Das sind eben fünf Todsünden der sozialistischen Regierung.

Wir brauchen also mehr Privatinitiative, mehr Eigeninitiative, eine Wende und einen Kurswechsel. Darum wollen wir an die Macht! Wir müssen an die Macht für Österreich und seine Bevölkerung! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Danke, Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Frau Landtagspräsident Waltraud Klasnic.

Landtagspräsident Waltraud K l a s n i c : Hohe Bundesparteitag! Die Plakate links und rechts machen mir Angst. Das Plakat in der Mitte macht mir Hoffnung. Die Aussagen, die von diesem Pult gemacht wurden, geben mir Mut.

Die Erlebnisse der letzten Tage, die ich in der Steiermark mit Frauen und Jugendlichen hatte, möchte ich Ihnen kurz erzählen. Frauen aus allen Bevölkerungsgruppen, junge Menschen haben wieder mehr Hoffnung als Angst, sie glauben an etwas, junge Menschen, die ein besonderes Gefühl für kommende Entwicklungen haben, die Zukunftsträume haben. Einer dieser Träume heißt Arbeit. Sie glauben daran, und sie haben Hoffnung in die Österreichische Volkspartei, weil sich erstens jeder Mitarbeiter dieser Volkspartei vom Bundesparteiobermann bis zum Mitglied in der Ortsgruppe um die Verwirklichung des Traumes Arbeitsplatz, der kein Traum sein darf, sondern Wirklichkeit sein muß, bemüht; weil wir zweitens nicht an den Menschen vorbeiplanen, sondern dort, wo wir Verantwortung haben, dieser auch gerecht werden. Denken Sie an die Worte unseres steirischen Landeshauptmannes hier von dieser Stelle aus; weil wir drittens dieses Wirtschaftsprogramm haben und mit diesem gemeinsam mit dem Bundesparteiobermann und den Verantwortlichen der Volkspartei in eine sichere Zukunft gehen werden. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Danke, Frau Landtagspräsident.
Herr Abgeordneter Schwarzböck.

Landtagsabgeordneter Rudolf S c h w a r z b ö c k : Herr Bundesparteiobermann! Hoher Bundesparteitag! Diese zwölf anschaulichen Tafeln an der Stirnwand dieser Halle sind ein erschütterndes Zeugnis der wirtschaftlichen Situation unseres Landes.

Meine geschätzten Damen und Herren! Dennoch wird es in diesem Raum keinen Menschen geben, der sich auch nur im geringsten über diese Zahlen freuen kann, wenn auch führende

Politiker der ÖVP immer wieder aufgezeigt haben, daß das eintreten werde, wenn es nicht zu einem anderen wirtschaftspolitischen Kurs in diesem Land komme.

Meine Damen und Herren! Vorgestern hat der Herr Bundeskanzler in seiner wirtschaftspolitischen Rede im Parlament davon gesprochen und einen dramatischen Aufruf an die Öffentlichkeit gerichtet: Zerstört mir nicht mein Österreich!

Aus der Sicht der Bauernschaft ist die Situation so ernst, daß man diesen Appell verstehen könnte, aber nur dann, wenn dieser Appell auch in allen Bereichen Wirkung zeigt. In diesem Wirtschaftsprogramm und nicht nur in diesem Wirtschaftsprogramm sind Wege aufgezeigt, wie man mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik die Stellung der Bauern in diesem Land halten und festigen kann.

Meine geschätzten Damen und Herren! Immer wieder, wenn das Desaster in der Industriepolitik aufgezeigt wird, reagieren die Verantwortlichen empfindlich und weisen darauf hin, daß die Landwirtschaft in diesem Land auch Geld koste. Ja, meine Damen und Herren, die Bauern werden in diesem Land auch weiter Geld kosten. 2,5 Milliarden Schilling Förderungsbudget für einen Berufsstand mit Hunderttausenden Mitgliedern. Das entspricht der Förderung eines Betriebes für Zukunftstechnologie mit 1.000 Beschäftigten!

Wir nehmen in Anspruch, daß wir auch in Hinkunft so viel kosten dürfen wie 1.000 Beschäftigte mit Zukunftstechnologie, weil wir auch in Zukunft Verantwortung tragen wollen, nicht nur was die Ernährungssicherung betrifft, sondern auch als Landschaftsgärtner und Erhalter einer gesunden Umwelt.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wenn uns heute immer wieder vorgeworfen wird, die Bauern sehen ihr Ziel nur mehr darin, zu radikalisieren, aufzumarschieren und zu demonstrieren, und damit unter Umständen auch einen Weg gehen, der dieses Österreich zerstören kann, dann möchte ich fragen: Bedeutet es, Österreich zu zerstören, wenn man aufzeigt, daß seit zehn Jahren bei Personalentscheidungen in der Landwirtschaft, unabhängig davon, welcher Partei diese Leute angehören, nur mehr Landwirtschaftsfremden in Schlüsselpositionen der Vorzug gegeben wird? Bedeutet es, Österreich zu zerstören, wenn man aufzeigt, daß man in wenigen Wochen, nämlich von Ende Jänner bis Februar, infolge der Verzögerung von Getreideexporten, indem man unsere Kunden aus dem Ausland weggeschickt hat, 80 Millionen Schilling mehr brauchen wird? Bedeutet es, Österreich zu zerstören, wenn die Weinbauern ein Gesetz fordern, das der Zukunft entspricht? Bedeutet es, Österreich zu zerstören, wenn wir aufzeigen, daß wir auch für die Milch in Zukunft Lösungen brauchen?

Meine geschätzten Damen und Herren! Der Bauer hat noch nie zerstört. Er wird auch in Zukunft nicht zerstören wollen. Ich hoffe, daß jene, die diese Worte gebrauchen, nun auch Taten setzen, damit eine Berufsgruppe, die im Eck steht, nicht nach vorne schlagen muß. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Der nächste ist Abgeordneter Prof. Ermacora.

Abgeordneter zum Nationalrat Prof. Dr. Felix

E r m a c o r a : Sehr geehrter Parteiboss! Hoher Parteitag! Nur wenn es uns gelingt, hinauszutragen, daß dieses Wirtschaftsprogramm die Wiedereinsetzung der Bedeutung des Eigentums in Österreich bedeutet, haben wir gewonnen.

Das 20-Punkte-Programm, das sich auf Seite 19 für die Konsolidierung des Haushaltes findet, ist fundamental. Machen wir es zum Gegenstand der Verwaltungsreform und nicht nur zum Gerede über die Verwaltungsreform!

Es findet sich dort der Satz, daß die faire Neuverteilung knapper Ressourcen unter Wahrung begründeter Ansprüche geschehen muß. Aber, meine verehrten Freunde, es gehören zu diesen begründeten Ansprüchen Österreichs Unabhängigkeit und Österreichs Sicherheit. Sie allein sind, wenn man es realistisch betrachtet, die Grundlage dafür, daß dieses Programm weiterhin realisiert werden kann. Denn mit diesen Grundlagen steht und fällt die österreichische Identität, von der der Landeshauptmann aus der Steiermark so deutlich gesprochen hat.

Die Erfüllung dieses Programms ist die Bedingung dafür, daß die Landesverteidigung ihre Aufgaben erfüllen kann. Ohne dessen Verwirklichung teile ich die Meinung Grafs, daß das Heeresbudget keine besondere Steigerung erfahren kann. Aber die Regierungen seit 1970 haben so gewirtschaftet, daß heute eine Qualitätssteigerung auch eine Quantitätssteigerung verlangt. Dies ist nur mit einer Wirtschaftspolitik möglich, für die Mock, Graf und Taus die Garanten sind. Sonst wird alles auch in diesem Bereiche Alibi, aber ein teures Alibi. Das wollen

weder die Hunderttausenden, die dem Bundesheer und damit Österreich gedient haben, noch kann die Österreichische Volkspartei das wollen, für die es immer geheißen hat: Österreich zuerst. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Abgeordneten Ermacora.

Der nächste Redner ist Abgeordneter Ferdinand Manndorff.

Abgeordneter zum Nationalrat Ferdinand M a n n d o r f f :
Hoher Parteitag! Das Wesentliche an dem Wirtschaftsprogramm, das wir heute vorgelegt bekommen haben, ist, Voraussetzungen für den unternehmerischen Mut des einzelnen zur Ankurbelung der Leistung des einzelnen zu schaffen, denn das Entscheidende ist die Haltung des Menschen. Und die Rahmenbedingungen müssen sie ermöglichen und anfeuern.

Niemand braucht diesen unternehmerischen Mut und diese Initiative mehr als ein Gebiet unseres Staates, das ganz besonders von Schwierigkeiten, negativen Entwicklungen und der Gefahr des Ausrinnens bedroht ist, nämlich die Ostregion Österreichs. Wenn Sie einen Blick auf die Landkarte Europas werfen, dann werden Sie immer wieder daran erinnert, daß Österreich wie kein anderer freier Staat Europas mitten in den kommunistischen Block dieses Kontinents hineinreicht. Hauptträger dieser geopolitisch so kritischen Position unseres Staates ist die Ostregion mit Niederösterreich, Wien und dem Burgenland. Wenn wir uns die Zahlen über die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte vor Augen halten, dann sehen wir, daß die Westregion gewaltige Zunahmen bis zu einer Viertel- und halben Million Menschen hat,

die Prognose für die kommenden Jahrzehnte sagt eine positive Geburtenbilanz für die Westregion voraus, während die Ostregion eine negative Geburtenbilanz von fast einer halben Million Menschen und einen Bevölkerungsverlust von einer Viertelmillion Menschen zu befürchten hat. Das zeigt, wie staatspolitisch gefährlich das Weitergehen jener Entwicklung ist, die wir jetzt vor Augen haben.

Das, was hier der einzelne an unternehmerischem Geist an den Tag legen soll durch entsprechende Rahmenbedingungen, muß die Politik an Mut und Unternehmergeist dort aufbringen, wo es gilt, Strukturen zu ändern, auch dann, wenn es unpopulär erscheint, neue Wege zu gehen, auch dann, wenn sie nicht sofort verstanden werden.

Ich bin Erhard Busek sehr dankbar dafür, daß er bisher als einziger auf diesem Parteitag unser niederösterreichisches Projekt Landeshauptstadt Niederösterreich mit Verständnis zitiert und erwähnt hat. (Beifall.) Als Leiter des Modells Niederösterreich möchte ich Sie, meine Damen und Herren, alle darauf aufmerksam machen, daß wir in unserem Land einen Weg versuchen, daß der Impuls, diese neue Hauptstadt, geteilt in die Verlagerung von Dienststellen in die Regionen hinaus und Schaffung eines eigenen Zentrums, ein Signal sein soll für neue Aktivitäten in Niederösterreich und auch in der ganzen Ostregion. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese Initiative auch das gesamtösterreichische Interesse verdient und auch das Gesamtinteresse unserer Volkspartei des ganzen Staates.

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie abschließend mit Dank alle darüber informieren, daß sich die der ÖVP angehörenden Bürgermeister und Vizebürgermeister aller Landeshauptstädte gerne bereit erklärt haben, in der Schlußveranstaltung vor den Abstimmungstagen 1. und 2. März mit uns gemeinsam in Laxenburg aufzutreten, um die Solidarität aller Landeshauptstädte mit unserem Konzept unseres Landeshauptmannes zu demonstrieren, das Ja zur Landeshauptstadt Niederösterreichs und, ich glaube, damit auch das Ja zu neuen Impulsen für die Ostregion und zu einem guten Fortschritt für ganz Österreich. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Der nächste Redner ist Bezirksbauernkammerobmann Franz Kofler.

Bezirksbauernkammerobmann Franz K o f l e r : Geschätzter Herr Bundesparteioobmann! Sehr geehrte Damen und Herren! Der ehemals märchenhafte Wunsch, in einem Land leben zu können, wo Milch und Honig fließen, ist, soweit es die Milch betrifft, in Österreich Wirklichkeit geworden. Ich spreche namens jener Bauern, welche 365mal im Jahr morgens und abends, wochentags und an jedem Feiertag ihre Arbeit im Rinderstall verrichten und damit für Sie stets frische, qualitativ hochwertige Milchprodukte schaffen.

Ich bin einer der 37.000 oberösterreichischen Milchbauern, von denen 19.200 Bergbauern sind und 17.700 Flachlandbauern. 54 Prozent dieser Milchbetriebe werden im Vollerwerb geführt, während in der gesamten Landwirtschaft nur mehr 40 Prozent im Vollerwerb arbeiten.

1978 wurden unsere Liefermengen um 7 Prozent gekürzt. Es wurden uns dabei versprochen ein angemessener Milchpreis, ein niedriger Absatzförderungsbeitrag und auch für die schwächeren Betriebe ein Noch-Hineinwachsen, um somit das Einkommen zu verbessern.

Die Realität sieht heute so aus, daß für jeden abgelieferten Liter Milch 60 Groschen bezahlt werden müssen. Das ist mehr als 12 Prozent des Milchrohertrages. Auf das Jahr umgerechnet, werden dies eineinhalb Monate ohne Lohn sein.

Sehr geehrte Damen und Herren! Durch die Rinderhaltung werden im Bergland die Landschaft und der Erholungsraum erhalten bleiben und es kommt zu keiner Entsiedelung dieser Regionen. Der österreichische Fremdenverkehr ist voller Nutznießer dieser Leistungen. Wir Grünlandbauern können und werden diese Leistungen auch weiterhin erbringen, vorausgesetzt, daß man uns den gerechten Lohn für unsere oft mühevollen Arbeit nicht weiterhin vorenthält und ein politisch ernster Wille zur Erhaltung unserer Existenzen klar zum Tragen kommt. Denn unsere jungen Hofübernehmer wollen endlich wissen, wie es mit ihrer Zukunft bestellt ist.

Um die Arbeitsplätze auf unseren Höfen zu sichern, brauchen wir unbedingt Einschränkung der Importe von Milchprodukten und verstärkte Qualitätskontrollen. Weiters brauchen wir unbedingt die beschränkte Handelbarkeit, eine Rückführung des allgemeinen Absatzförderungsbeitrages, damit der ohnehin bescheidene Milcherlös unseren Bauern verbleibt, und eine aktive Preispolitik, damit wir auch in Zukunft unsere Kaufkraft erhalten können,

denn die Investitionen in der Landwirtschaft haben eine nicht übersehbare Größenordnung.

Ein altes Sprichwort heißt: Hat der Bauer Geld, hat es die ganze Welt. Wenn Sie, geschätzte Damen und Herren, von hier weggehen, dann vergessen Sie beim nächsten Einkauf nicht, österreichische Molkereiprodukte zu kaufen. Sie sichern damit unseren und letztlich Ihren Arbeitsplatz! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Danke vielmals.

Der nächste Redner ist Abgeordneter Dr. Sixtus Lanner.

Abgeordneter zum Nationalrat Dr. Sixtus L a n n e r : Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen gerne einen kurzen Satz vorlesen: In der Landwirtschaft gibt es nur wenige buchführende größere Betriebe, der überwiegende Rest wird nach lächerlich niedrig angesetzten Einheitswerten eingeschätzt. Dies erklärt die minimale Steuerleistung der Landwirtschaft. Das gleiche gilt auch für den Sozialbereich. Das kann doch nicht mit rechten Dingen zugehen. - Erschienen in der "Welt der Arbeit" vom Jänner 1986, herausgegeben von der Fraktion sozialistischer Gewerkschafter im ÖGB.

Das ist keine Hetzerei, das ist eine Darstellung der Einstellung, die offenbar in weiten Bereichen der Sozialistischen Partei zur Landwirtschaft vorhanden ist.

Ich werde immer wieder gefragt: Gibt es einen Ausweg aus der schwierigen Situation der Agrarpolitik? Und ich sage mit dem Brustton der Überzeugung: Ja, wenn man will und wenn man mit der richtigen Einstellung an die Lösung der Agrarprobleme

herangeht. Der Bauer ist Selbstversorger hochqualitativer Nahrungsmittel auch in Krisenzeiten. Der Bauer pflegt, gestaltet und kultiviert unser Land. Er hält die Kulturlandschaft in Ordnung. Und der Bauer sichert den Siedlungsraum für den, der dort Erholung und Entspannung in seiner Freizeit sucht.

Ich sage immer wieder: Man kann auf dem Weltmarkt vieles einkaufen, Umwelt wird auf dem Weltmarkt nicht angeboten. Es ist so einfach zu glauben, wie man das gelegentlich hört, ja, die Bauern werden das schon machen. Sie werden es nicht machen.

Eine Anekdote zeigt vielleicht am besten, was ich hier meine: Ein Pfarrer trifft auf einer Bergwiese einen Bauern, spricht ihn leutselig an und sagt: Na, guter Mann, schön habt Ihr diesen Flecken Erde bewirtschaftet, Ihr und der Herrgott. Na ja, sagt der Bauer, nur hättet Ihr sehen sollen, wie dieses Stück Erde ausgesehen hat, als der Herrgott noch allein gewirtschaftet hat!

Sehen Sie, diese landschaftspflegerische Bedeutung des Bauernstandes ist nicht hoch genug einzuschätzen.

Es ist heute schon wiederholt darauf hingewiesen worden, wo der neue Weg liegt. Ich möchte nur die Stichworte anführen: Ordnung schaffen an den Grenzen. Solange wir die heutige Situation haben, daß nicht freier, sondern unfairer Handel betrieben wird, so lange haben Anstrengungen im eigenen Bereich wenig Sinn. Das muß man ganz offen sagen. Die Möglichkeiten in der eigenen Heimat nutzen, alles unternehmen, um von der Massenware zur Qualitätsware, zu Spezialitäten aus der Region umzusteigen, und mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

deutlicher sprechen. Wir kaufen dort doppelt so viel ein, als die Herrschaften bereit sind, uns abzunehmen. Wir brauchen gar nicht mit einer Kniefallpolitik in Brüssel zu verhandeln.

Meine lieben Freunde! Wenn man will, dann geht es, dann ist auch ein neuer, ein erfolgreicher Weg in der Agrarpolitik möglich. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Herzlichen Dank.

Der nächste Redner ist Dr. Walter Höhnel.

Dr. Walter H ö h n e l (Akademikerbund): Herr Vorsitzender! Herr Obmann! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ein unbeliebtes Thema ganz zum Schluß, aber, ich glaube, es ist wichtig.

Österreich, ein kleines Land an der Nahtstelle zwischen zwei großen Machtblöcken. Österreich hat, wenn es seine Souveränität halten will, drei Möglichkeiten. Es kann, was seine Wehrbereitschaft anbelangt, sich einem Block anschließen. Das, haben wir gesagt, wollen wir nicht, und auch unsere Neutralität spricht dagegen.

Zweitens: Österreich könnte ein völlig waffenloses Land sein, in der Hoffnung, daß es als liebes Land von den Machtblöcken respektiert wird und daß niemand Gelüste bekommt durchzumarschieren. Das glauben wir nicht.

Drittens: Österreich ist ein bewaffnet neutrales Land. Und dazu haben wir uns entschlossen. Zu diesem bewaffneten Land gehört aber nicht nur eine gesunde Volkswirtschaft, sondern auch als Teil davon eine gesunde Verteidigungswirtschaft. Wir müssen anstreben, daß unsere bewaffneten Truppen, unser Bundes-

heer, möglichst mit eigenen Waffen ausgestattet werden, also eine Teilautarkie auf dem Bewaffnungssektor.

Es ist ja nicht so, daß Österreich als hochtechnologisiertes Land nicht imstande wäre, gute, hervorragende Waffen zu produzieren. Was uns vielleicht fehlt, ist das nötige Backing in der öffentlichen Meinung. Wir stellen bereits sehr, sehr gute Systeme her. Auch diese sind gut, die jetzt immer wieder umstritten sind.

Es geht darum, Verständnis für die Notwendigkeit zu finden. Das bringt mich wieder zu einem weiteren Punkt. Einer unserer Abgeordneten, der Abgeordnete Lichal, hat das Kriegsmaterialgesetz in die Debatte gebracht. Meine Damen und Herren! Das Kriegsmaterialgesetz gehört geändert. Auch dafür bitte ich Sie um Verständnis.

Ich werde an die 3-Minuten-Begrenzung erinnert. Ich befolge natürlich die Ratschläge des Präsidenten Graf.

Meine Damen und Herren! Schlußsatz: Helfen Sie uns, die wir uns bemühen, die in Österreich in den Anfängen vorhandene Verteidigungsindustrie, die gut ist, weiter auszubauen im Interesse unserer Arbeitsplätze, im Interesse unserer Sicherheit, der Sicherheit des Landes und vor allem auch im Interesse der Achtung unseres Volkes in der ganzen Welt! Danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Der nächste ist Franz Brandstätter, Sektionsobmann aus Wien.

Franz B r a n d s t ä t t e r : Hoher Parteitag! Sehr geehrte Damen und Herren! Bezüglich der künftigen Steuerreform möchte ich einen konkreten Vorschlag einbringen. Eine Steuerre-

form ist selbstverständlich unbedingt notwendig, aber wir müssen davor warnen, daß das Gießkannenprinzip der Sozialisten zur Anwendung gelangt. Es wäre daher bei einer künftigen Steuerreform wichtig, daß die ÖVP vor allem den Alleinverdienerfreibetrag, der derzeit monatlich etwas mehr als 300 S ausmacht, spürbar erhöht. (Beifall.)

Es würden damit zwei Effekte erzielt. Erstens: Es wird der christlichsozialen Weltanschauung unserer Partei insofern Rechnung getragen, als wir für die Familien und Familienerhalter eintreten. Zweitens wäre bei einer spürbaren Erhöhung des Alleinverdienerfreibetrages auch der Anreiz dafür gegeben, daß Berufstätige mit geringem Einkommen zugunsten ihrer Familie darauf verzichten, einem Beruf nachzugehen. Damit würden indirekt wieder Arbeitsplätze frei. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Herzlichen Dank für die beispielhafte Kürze.

Der nächste ist der Herr Landeskammerrat Schopf.

Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich sagen: er ist der drittletzte Redner. Daher würde ich jene bitten, die sich einem anderen Wirtschaftsprogramm in den Gängen hingeben, langsam hereinzukommen. Ich ersuche die Ordner, mich dabei zu unterstützen.

Herr Landeskammerrat, Sie haben das Wort.

Landeskammerrat BB-Landesobmann Hans S c h o p f : Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hoher Bundesparteitag! Man hat in letzter Zeit einen neuen Namen für den Bauern erfunden, und zwar hat uns Minister Kreuzer als die "Landschaftsgärtner" bezeichnet. In Zukunft wird man zu uns nicht mehr "Bauern", sondern "Landschaftsgärtner" sagen müssen.

Ich möchte aber doch zur Landwirtschaft zurückkommen und hier den Bereich Wirtschaft herausgreifen. Man hat sehr oft vom Wirtschaftsbereich und vom Wirtschaftsbericht gehört. Man vergißt dabei sehr leicht, daß die Landwirtschaft auch ein Wirtschaftsbereich ist, der sehr wohl wirtschaften muß und auch die anderen Wirtschaftssektoren sehr ernst nimmt.

Wir junge Bauern - und ich selbst als junger Bauernvertreter - befassen uns mit der Zukunft Österreichs, aber auch mit unserer Zukunft. Wenn man heute die Politik betrachtet, muß man sagen, daß unsere Zukunft in manchen Bereichen schon jetzt verspielt wird. Für viele junge Bauern und auch für viele Jugendliche aus anderen Bereichen bedeuten die kommenden Jahre fast keine Zukunft mehr.

Wir verlangen - und das verlangen wir auch von unseren eigenen Kollegen und Vertretern -, daß man uns künftig mehr Freiheit einräumt. Der freie Bauer, der Bauer, welcher mehr Freiheit in seinem Bereich hat, dem man mehr Fairneß in Vergleich zu anderen Gruppen und insbesondere mehr Ehrlichkeit, die gerade für junge Leute sehr wichtig ist, entgegenbringt. Die Ehrlichkeit von einem zum anderen, so wie wir es in der Bauernschaft zum Großteil gewohnt sind. Man soll uns nicht immer als die Sündenböcke und als die Unruhestifter in Österreich hinstellen.

Wir müssen sehr viel Neues in der Landwirtschaft angehen, sehr viele neue Aspekte hineinbringen. Zahlreiche Vorschläge, auch von uns Jungen, wurden erstattet. Wir haben uns über unsere Zukunft Gedanken gemacht, um sie bewältigen zu können. Auch dazu haben wir Vorschläge gebracht, die leider von der anderen Seite nicht anerkannt wurden.

Minister Haiden mit seinen Mannen im Ministerium - das hat heute noch keiner gesagt - kostet dem Steuerzahler sehr viel Geld, das nicht notwendig wäre. Wenn man uns dabei hülfe, andere Produkte zu produzieren, könnte dem Steuerzahler einiges an Geld erspart werden. Produktionen im Alternativbereich kämen billiger als etwa der Export von Getreide.

Man muß unsere Leistungen anerkennen. Man redet nicht mehr sehr viel von damals, als Österreich zuwenig Nahrungsmittel hatte und man nicht wußte, wie man die Bevölkerung versorgen soll. Heute, da wir zu viel haben, ist das ein viel größeres Problem geworden. Sollen wir doch dankbar sein, daß es unseren Bauern gelungen ist, Österreich ausreichend zu versorgen!

Ich möchte schon zum Schluß kommen. Die Bürokratie in Österreich macht uns Bauern, gerade uns Jungen, sehr große Schwierigkeiten. Wir dürfen sehr vieles nicht mehr tun, was früher selbstverständlich war. Wir haben in manchen Bereichen nicht mehr die freie Entscheidungsmöglichkeit, die es früher gegeben hat.

In Zukunft muß die Leistung, die wir Bauern gewöhnt sind, wieder anerkannt werden, die Leistung muß wieder selbstverständlich sein. Es darf keine Schande sein, daß man Leistung erbringt und

dafür auch Geld bekommt. In letzter Zeit wird doch jeder, der etwas leistet, als der schlechte Mann hingestellt. Genauso geschieht es mit der Landwirtschaft.

Es muß für uns junge Bauern eine Chance geben, im Bauernbetrieb zu bleiben. Es muß die Möglichkeit bestehen, wieder Bauer zu werden. Dafür wollen wir uns verwenden. Wir beschäftigen uns selbst damit und gemeinsam mit Ihnen, Herr Parteiobmann, diese Zukunftsprobleme in Angriff zu nehmen und für unsere jungen Menschen im Bauernstand einen neuen und auch sinnvollen Weg zu gehen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Danke, Herr Landeskammerrat.

Der nächste Redner ist Herr Dr. Kernasenko aus der Steiermark.

Ich ersuche alle, die in den Wandelgängen sind, hereinzukommen. Die Mitglieder des Präsidiums bitte ich, wieder heroben Platz zu nehmen.

Dr. N. K e r n a s e n k o : Hoher Parteitag! Wenn man den heutigen schönen Parteitag erlebt hat und sich in unserem Lande nach 13 Jahren sozialistischer Alleinregierung und drei Jahren dieser kleinen Koalition umschaut, muß man sich doch sehr wundern, woher die Sozialisten und noch mehr die Freiheitlichen - beide gehören jetzt in denselben Topf - die Stirn haben, immer wieder zu sagen, die Österreichische Volkspartei wäre nicht regierungsfähig, sie hätte keine Alternative zu bieten. Wenn wir das, was wir hier heute gehört haben in unser Land hinaustragen, muß doch noch der letzte Bürger erkennen und wissen, daß wir eine Alternative haben, eine sehr gute Alternative haben und es höchste Zeit ist, daß wir wieder an die Regierung kommen -

nicht um der Macht, sondern um des Landes willen. Und dafür müssen wir uns alle einsetzen. Darum bitte ich Sie. - Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke Dr. Kernasenko sowohl für den Inhalt als auch für die Kürze seiner Rede.

Der letzte Redner: Abgeordneter zum Nationalrat Betriebsratsobmann Paul Burgstaller.

Abgeordneter Betriebsratsobmann Paul B u r g s t a l l e r
(mit Beifall begrüßt): Hoher Bundesparteitag! Liebe Freunde! Ein beeindruckender Bundesparteitag, ein beeindruckendes Klima. Sinowatz vor wenigen Tagen im Parlament, der sich Sorge um sein Österreich macht. Liebe Freunde, es ist nicht sein Österreich, sondern es ist unser Österreich! Und wir machen uns seit 15 Jahren berechtigte Sorgen - wie wir wissen - um dieses Österreich.

Das Wirtschaftsprogramm ist ein Hoffnungsprogramm, ein Hoffnungsprogramm auch für 100.000 Arbeitnehmer in der verstaatlichten Industrie. Es sind nicht die Arbeiter und die Angestellten in diesen Industrieunternehmen, die die großen Probleme verursacht haben, sondern es sind die Sozialisten, es sind die sozialistischen Regierungschefs und sozialistischen Minister, die das Debakel auch in diesem Bereich zu verantworten haben. (Zustimmung.) Liebe Freunde, es wird keine Sanierung der verstaatlichten Industrie geben mit einem Minister Lacina, der mehrmals das Parlament belogen hat, der mehrmals in der Öffentlichkeit gelogen hat. Er genießt nicht mehr das Vertrauen der Arbeiter und der Angestellten aus den verstaatlichten Unternehmen,

und er soll schleunigst zurücktreten. Nur dann wird eine Sanierung der verstaatlichten Industrie möglich sein. (Neuerliche Zustimmung.)

Zum ÖIAG-Papier, mit dem angeblich die verstaatlichten Betriebe saniert werden sollen. Sinowatz hat die Stirn, von einem Neubeginn in der Verstaatlichten zu sprechen. Wir werden mit einem Generaldirektor Dr. Oskar Grünwald an der Spitze der ÖIAG nichts sanieren. Er hat angeblich jetzt das Zugriffsrecht bekommen. So ist es bei den Sozialisten: Jener, der zugegriffen hat, Minister Sekanina, mußte zurücktreten. Auch Oskar Grünwald sollte das tun. Er hat nicht einmal sein Kontrollrecht ausgenützt, obwohl er jahrelang zuständig und verantwortlich war.

Meine Damen und Herren! Es wird uns nur gelingen, unser Österreich wieder zu gestalten, wenn wir erreichen, daß der nächste Bundeskanzler Dr. Alois Mock heißt. (Beifall.) Dieser Bundeskanzler, den wir haben wollen, nämlich Dr. Alois Mock, wird mit uns gemeinsam die Reparatur am Hause Österreich vornehmen, in allen Regionen und in allen Schichten. Wir leben trotz Sinowatz und seiner sechs blauen Gastarbeiter in einem lebens- und lobenswerten Land. Sorgen wir dafür, daß diese Phase des traurigen Österreichs beendet wird? - Ich danke Ihnen! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. B u s e k : Ich danke dem Herrn Abgeordneten Burgstaller für seine markigen Schlußworte. Ich vermute, daß für die "Gastarbeiter" eine Arbeitserlaubnis vorliegt, aber offensichtlich die Leistung fehlt. So hat es Burgstaller gemeint.

Es sind einiges über 50 Wortmeldungen gewesen. Ich möchte allen für die auf oder ab vorhandene Disziplin bei den Wortmeldungen sehr herzlich danken. Ich danke all jenen, die sich zu Wort gemeldet haben, ich möchte aber auch jenen danken, die Verständnis für eine gewisse Zeitökonomie gehabt haben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

5. c) Beschlußfassung

Vorsitzender Dr. B u s e k : Wir kommen daher auf diesem Sonderparteitag zur Beschlußfassung über das Wirtschaftsprogramm der Österreichischen Volkspartei und damit immerhin zu unserer Grundlage, mit der wir in die Nationalratswahlen 1987 gehen werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, die Delegiertenkarte vorzubereiten, und möchte Sie nach der Geschäftsordnung ersuchen, daß jene, die dem ÖVP-Wirtschaftsprogramm ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Delegiertenkarte geben. - Ich danke Ihnen. Gegenprobe. Wer ist gegen dieses Wirtschaftsprogramm? - So weit das Auge reicht: niemand. Damit ist es einstimmig angenommen. (Beifall.)

Mit diesem Wirtschaftsprogramm haben wir unserem Bundesparteiohmann Dr. Alois Mock eine Grundlage gegeben, mit der er vor die österreichische Öffentlichkeit und damit vor unsere Mitbürger treten kann. Es wird unsere Aufgabe sein, es nicht nur hier beraten zu haben, sondern es auch in der Öffentlichkeit entsprechend zu vertreten, damit wir dann in der Überzeugungskraft unserer Argumente die Möglichkeit haben, mit Dr. Alois Mock das durchzusetzen, was wir heute hier beschlossen haben.

Ich bitte unseren Bundesparteiohmann um sein Schlußwort.

6. Schlußwort: Bundesparteiobmann Dr. Alois Mock

Bundesparteiobmann Dr. Alois M o c k (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Liebe Delegierte! Ich möchte mich für euer Kommen nach Wien gleichfalls sehr herzlich bedanken. Ich danke unseren Wiener Freunden für die Gastfreundschaft und bedanke mich für die Teilnahme an der Diskussion in der ganzen Bandbreite der hier Anwesenden, auch altersmäßig, von den Landesobmännern angefangen, der Jugendbewegung der Österreichischen Volkspartei: Hahn aus Wien, Lopatka aus der Steiermark, bis hin zum Nestor österreichischer und europäischer Geschichte, Generalsekretär Dr. Fetzner, dem ich nochmals sehr herzlich danken möchte, daß er zu uns gekommen ist. (Beifall.) Ich danke allen, liebe Freunde, die an der Erstellung dieses Wirtschaftsprogramms, das ihr beschlossen habt, mitgearbeitet haben. Ich danke jenen, die uns ihr Wissen als Professoren, als Wirtschaftsforscher zur Verfügung gestellt haben. Ich danke den Politikern, den Abgeordneten, die hier herinnen sind und die mitgearbeitet haben. Ich danke jenen, die ihre praktische Wirtschaftserfahrung draußen aus den Betrieben in das Programm einfließen ließen. Ich danke allen, die hier sind, und ich danke allen, die nicht kommen konnten. Und ich danke auch jenen, die ihre politische Erfahrung im Werden dieses Programms in den letzten zwei, drei Jahren zur Verfügung gestellt haben und heute nicht mehr unter uns sind, wie die unvergeßlichen Freunde Vizepräsident des ÖGB Johann Gassner und unser Bauernbundobmann Roland Minkowitsch.

Es ist die Beschlußfassung des Bundesparteitages, daß dies unser wirtschaftspolitisches Programm ist. Diese Beschlußfassung,

liebe Freunde, ist Auftrag, wie Erhard Busek es formuliert hat, die Zielsetzungen auch hinauszutragen, den Bürgern bekanntmachen, um so das Vertrauen, das ständig wächst, noch größer werden zu lassen. Wir müssen durch die fachliche und politische Präsentation und Kompetenz, wir müssen durch ein neues moralisches Bewußtsein verstärktes Vertrauen erhalten. Wir müssen dadurch immer stärker zur einzigen politischen Alternative und zur Hoffnung der Österreicher für eine gute Zukunft werden. Ich habe das bewußt gesagt. Es geht nicht nur um ein wirtschaftspolitisches Programm, für das ich nochmals Präsident Graf, auch seinem und meinem ersten Mitarbeiter in diesem Bereich, Dr. Ditz, danken möchte, daß sie die großartige politische und fachliche Arbeit geleistet haben. Es geht auch, liebe Freunde, um ein neues moralisches Bewußtsein in unserem Lande. Wenn ich die derzeitige Machtstruktur betrachte, so muß ich sagen, wie ich es im Belvedere formuliert habe: Es gibt zu viele in diesem Lande, die sich des Staates bedienen, aber zu wenige, die den Staat bedienen. Letzteres wollen und müssen wir wieder eines Tages sein! (Beifall.)

Ich darf euch nun zu einem Empfang mit dem Präsidentschaftskandidaten Dr. Kurt Waldheim im Restaurant im ersten Stock sehr herzlich einladen.

7. Bundeshymne

Ich schließe unseren Wirtschaftsparteitag mit der Bundes-
hymne. (Beifall.)

Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen und intonie-
ren "Land der Berge, Land am Strome".

Bundesparteiobmann Dr. M o c k : Der von Generalsekretär
Dr. Michael Graff hervorragend vorbereitete Bundesparteitag ist
geschlossen. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Schluß des Sonderparteitages: 16 Uhr
=====